NEUES ROTES FORUM

1/70 12.10.70 DM 1.-



Friedliche Lösung und blutige Liquidierung - Zur Funktion des Rogers-Plans S. 4

Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung" S. 8

Zukunft des Imperialismus - Zur Analyse des Pearson-Reports S.11

Das Schuldenproblem der "Entwicklungsländer" S.16

Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique S.19

Legitimationsversuche des deutschen Kapitals S.31

The World of SIEMENS S.35

SIEMENS-Konzern - Elektroimperium in der Expansion S.36

Brief an die Genossen von der RPK und die "Projektgruppe Afrika" S.40

Gewerkschaftlicher und politischer Kampf in den italienischen Streikbewegungen seit Frühjahr 69 S.44

impressum:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten und hat eine Auflage von 5 000.

Erscheint im Verlag:
Trikont-Verlag, 8 München 80, Josephsburgstr. 16

Redaktion:
Joscha Schmierer (verantwortlich), Jürgen Sendler, Gerd Steffens
unter Mitarbeit von:
Gabi Ripke, Brigitte Steinmüller, Dietrich Hildebrandt

Anzeigenverwaltung:
Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans-Thoma-Platz 38
Tel: 06221/40812

Anschrift: Redaktion und Vertrieb des Neuen Roten Forum
c/o Politische Buchhandlung Jörg Burkhard, 69 Heidelberg
Schiffgasse 3, Tel: 06221/46153

Druck:
Caro-Druck, Heidelberg

Nach Möglichkeit sollte das Neue Rote Forum über die linken Buchhandlungen bezogen werden.

Erklärung des Trikont-Verlags

Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der Westdeutschen Linken. Als Organ des Heidelberger SDS wurde diese Zeitschrift von der Verbotsverfügung des Baden-Württembergischen Innenmisteriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forum" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze Westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont-Verlag, München

Vorbemerkung

In diesem Heft sollte eine längere Analyse des arabischen und palästinensischen Nationalismus erscheinen; der Artikel konnte jedochnicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Wir mußten uns deshalb auf den Abdruck einer kurzen Darstellung des Zusammenhanges von Rogers-Plan und jordanischem Bürgerkrieg beschränken. Eine Auseinandersetzung mit den Kramerschen Thesen (in Rotes Forum 3/70) mußte aus Platzmangel auf ein späteres Heft verschoben werden; das gilt auch für eine Analyse der Wirkung des technischen Fortschritts auf das konstante Kapital von Richard Vahrenkamp. In einem der beiden Hefte, die noch vor Jahresende erscheinen, wird auch der Artikel über die Streikbewegung in Italien fortgesetzt werden. Außerdem werden wir die wesentlichen Dokumente zum SDS-Verbot veröffentlichen, sowie eine Auseinandersetzung mit der Einheitsfrontpolitik der DKP.

Wir drucken in diesem Heft noch einmal die kurze, aber wichtige Einschätzung der Situation vor dem jordanischen Bürgerkrieg durch Nayef Hawatmeh. Sie ist in einer Sondernummer der Al-Djabha erschienen (20.9.70). Es handelt sich dabei um das Protokoll eines mündlichen Beitrages, mit dem Gen. Hawatmeh vom ZK der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) eine Diskussion zwischen westeuropäischen Besuchern und Mitgliedern der Führung der FPDLP am 16.8.1970 in Amman einleitete.

Westberliner Buchladen Kollektive



Marxistische Theorie

Psychologie • Pädagogik

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lietzenburger Str. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchhandlung Karin Röhrbein
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 32 29 83

Jürgens Buchladen
1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40
Tel.: (0311) 769 16 25

Wir arbeiten zusammen
Wir kontrollieren die Profits gemeinsam
Wir bauen Handarchive auf:
Zeitschriften: Das Politische Buch
Psychologie, Erziehung: Buchhandlung Röhrbein
Marxistische Theorie: Jürgens Buchladen
Wir verschicken gemeinsame Literaturlisten

NEUES ROTES FORUM 1/70

Dem Versuch, die palästinensische Widerstandsbewegung zu zerschlagen, ging der Versuch voraus, die Befreiungsbewegung in Mozambique (FRELIMO) zu vernichten. Der Vernichtungsangriff der portugiesischen Kolonialtruppen auf die befreiten Gebiete in Mozambique wurde von der westdeutschen Linken nicht zur Kenntnis genommen. Er wurde nach großen Anfangserfolgen schließlich zurückgeschlagen. Auch der Vernichtungsschlag gegen die palästinensische Widerstandsbewegung wurde von der westdeutschen Linken weithin nur beobachtet, jedenfalls war sie zu schneller, massenwirksamer Reaktion nicht in der Lage. Lediglich in Heidelberg, Frankfurt und Berlin fanden Solidaritätsaktionen statt, obwohl doch die drohende amerikanische Intervention ein einheitliches Handeln der Linken unbedingt erfordert hätte. Auch diese Demonstrationen waren isoliert, auf verschiedene Tage verteilt und konnten von der bürgerlichen Presse ohne weiteres verschwiegen werden. Die westdeutsche Linke hat also in beiden Fällen versagt. Man kann dieses Versagen kaum als Rückschlag bezeichnen, denn bisher war die westdeutsche Linke nur in einem Fall, dem Krieg in Vietnam, in der Lage, eine breite Mobilisierung zu erreichen und auf der Grundlage der einigermaßen kontinuierlichen Agitation auch auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren (so beim US-Einfall in Kambodscha). Ihre Schwäche erklärt sich zum Teil aus der völlig ungenügenden Analyse des gegenwärtigen Imperialismus. Diese ungenügende Analyse, und ihr entspricht eine diffuse Propaganda, und Agitation, führte zu einer regionalistischen Aufteilung der antiimperialistischen Bewegungen. Entsprechend partikularistisch ist das Bewußtsein der Solidarität mit diesen.

Das zeitliche Zusammentreffen der portugiesischen Offensive gegen die FRELIMO und des Liquidierungsversuchs der palästinensischen Widerstandsbewegung stößt uns zwangsläufig auf folgende Tatsache: der Imperialismus unternimmt derzeit einen groß angelegten Versuch, sich den ganzen afrikanischen Kontinent zu erhalten und seine Herrschaft durch eine gezielte Befriedungs- und Durchkapitalisierungsstrategie in diesem Erdteil zu befestigen. Sollte ihm dies gelingen, und das setzte die Liquidierung der palästinensischen und der antiportugiesischen Befreiungsbewegungen voraus, so würde das vorübergehend eine bedeutende Stärkung des Imperialismus bedeuten. Eine zentrale Rolle in dieser Strategie spielen Israel und die Südafrikanische Republik. Während Israel vom Norden her seinen Einfluß in Afrika zu erweitern versucht, (das erklärt auch seine reservierte Haltung gegenüber dem Rogersplan, dessen Verwirklichung den Zugang Israels nach Ostafrika gefährden könnte) dehnt die Südafrikanische Republik ihren Herrschaftsbereich ständig aus. Hier ist der Bau des Cabora-Bassa-Staudamms, dessen Schutz die portugiesische Offensive mittelbar diente, von größter Bedeutung. Er könnte die Klammer einer Südafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden und gleichzeitig die ökonomische und militärische Ausgangsposition einer Durchkapitalisierung Mozambiques. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das Gerede von Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik seitens der imperialistischen Staaten keine bloße Phrase ist, sondern daß die Strategen des Kapitals eine Entwicklung des Kapitalismus in den zurückgebliebenen Ländern ernsthaft ins Auge gefasst haben. Das wichtigste Instrument dieser Durchkapitalisierung Afrikas sind die SAR und Israel. Beide Staaten sind ökonomisch und militärisch relativ entwickelt. Ihre weitere Entwicklung ist eine Bedingung für jenee Ausdehnung des Welthandels, die für den Kapitalismus lebensnotwendig ist. Ihre Entwicklung muß auf Kosten der sie umgebenden zurückgebliebenen Länder gehen. Sie macht anderer-seits gewisse Begünstigungen seitens der großen kapitalistischen Industriemächte notwendig. Die rassistischen Tendenzen beider Staaten verhindern eine solche Begünstigung natürlich keineswegs. Im Gegenteil. An dem israelischen Rassismus hat sich ohnehin niemals irgendjemand gestoßen und die westlichen Kapitalherren wissen natürlich auch, daß der Rassismus Südafrikas keineswegs anachronistisch , sondern höchst zeitgemäß ist, denn die ungeheure Ausbeutung der Arbeitskraft die notwendig ist, diese Staaten zu imperialistischen Nebenmetropolen auszubauen, kann am besten auf der Grundlage einer rassistischen Trennung des Proletariats durchgeführt werden.

Der antikolonialistische Kampf der FRELIMO in Mozambique ist längst zum antikapitalistischen geworden, denn spätestens mit dem Bau des Cabora-Bassa-Staudamms ist ihr Gegner das internationale Kapital, das sich der portugiesischen Kolonialmacht bedient. In dem Maße wie Südafrika in die Auseinandersetzung eingreift, wird dies immer deutlicher, denn Südafrika selbst ist ein Schmelztiegel des internationalen Kapitals.

Die offene Drohung der USA, im jordanischen Bürgerkrieg zu intervenieren, hat wohl auch dem letzten linksangehauchten Israelsympathisanten die Augen über den dortigen Konflikt geöffnet. Es kommt darauf an die Befreiungsbewegungen in Mozambique, Angola und Guinea-Bissau und die palästinensiche Widerstandsbewegung als die entscheidenden Gegenkräfte gegen die drohende Durchkapitalisierung Afrikas und des Nahen Osten zu begreifen, Gegenkräfte, die bewiesen haben, daß sie einen nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus einschlagen können, und denen wir jede Unterstützung schulden.

Dieses "Neue Rote Forum" ist den Befreiungsbewegungen Mozambiques, Angolas, Guinea-Bissaus und Palästinas gewidmet.

Die Redaktion

FRIEDLICHE LÖSUNG UND BLUTIGE LIQUIDIERUNG
zur funktion des rogersplans

Auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieg s in Jordanien sagte Nixon zur Begründung einer amerikanischen Intervention, "daß den USA in einem solchen Fall der Schutz der etwa 390 amerikanischen Staatsbürger in Jordanien als offizielle Begründung einer Intervention dienen würde, während der Hauptzweck in der Erhaltung des gemäßigten Regimes von König Hussein liege". (1) Nixon will damit ausdrükken, daß Hussein in derglobalen Rechnung des Imperialismus ein ziemlich wichtiger Posten ist. Den jordanischen Bürgerkrieg allein als innerjordanischen oder innerarabischen Konflikt, oder als Reflex des israelisch-arabischen Konflikts zur Kenntnis zu nehmen, hieße deshalb, hinter die Einsichten des Imperalismus über sich selbst zurückzufallen. Dieser Bürgerkrieg ist auch weniger als in solchen Fällen angenommen wird, durchdie Dunkelmänner des CIA vorbereitet worden, sondern -unter dem Titel der "friedlichen Lösung des Nahostkonflikts" - auf der eleganten Bühne der Diplomatie, au f der sich die Vertreter der Sowjetunion bewegen wie alter englischer Adel. "Diesmal ist die Sache geritzt", sagte Gromyko am 4.6.70 zu einem französichen Diplomaten. "Die Amerikaner werden neue Vorschläge zu einer Friedensregelung im Nahen Osten machen. Wir werden sie akzeptieren, Nasser ebenso. Und nicht nur Nasser, auch alle anderen Araber - die "Irregulären" inbegriffen". (2) Gromykos Voraussagen waren präzise mit Ausnahme genau des einen Punktes, von dem er glaubte, daß ein Irtum ihn nichts kosten würde: würden nämlich die "Irregulären" nicht akzeptieren, dann würde der Rogers-Plan , indem er sie isolierte, die besten Voraussetzungen für ihre Liquidierung schaffen. - und auch dann war "die Sache geritzt".

Der Rogers-Plan enthält bekanntlich als wesentliche Momente 1. die Herstellung einer mindestens 3-monatigen Waffenruhe, 2. die Führung von durch die UN vermittelten Gesprächen zwischen Ägypten, Jordanien und Israel, um "ein Übereinkommen über die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen ihnen zu erreichen, auf der Basis erstens der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität des anderen durch die VAR und Jordanien und Israel und zweitens des israelischen Abzugs von (den) Territorien, die im Konflikt 1967 besetzt wurden". (3) Bekanntlich ist der erste Punkt - der Waffenstillstand - derzeit verwirklicht, der zweite Punkt - die Führung der Gespräche - nicht.

Warum haben die Amerikaner den Rogers-Plan vorgelegt und warum versuchen sie ihn durchzusetzen ?- Kurz vor der Lancierung des Rogers-Plans , nämlich am 1.7.70, deutete Nixon in einer Fernschrede ziemlich klar an, daß die USA für ihre Nahostinteressen unter Umständen einen Weltkrieg riskieren würden. "Die Amerikaner neigten dazu , sagte Nixon, den Konflikt im Nahen Osten allein im Blick auf die israelisch-arabische Auseinandersetzung zu sehen. Aber dieses Gebiet sei 'die Pforte zum Mittelmeer, die Türangel der NATO und der Ausgang nach Indien'. 80 % des Öls für Europa und 90 % für Japan komme, so sagte Nixon weiter, aus diesem Bereich der Welt... Wenn das militärische Kräfteverhältnis zu ungunsten Israels verändert werde, 'wird es Krieg geben'". (4)

Tatsächlich fallen im Nahen Osten zwei primäre Interessen des Imperialismus zusammen - nämlich 1. das "Systemsicherungsinteresse der Gesamtbourgeosie", hier sich explizit als militärisch-strategisches Interesse ausdrückend, und 2. das Interesse der extraktiven Monopole, hier der Erdölmonopole, an ihrem pfündigsten und profitträchtigsten Gebiet.(5) Um den zweiten Aspekt noch etwas zu verdeutlichen: 1964 gingen 43,7 % aller US-Investitionen in der 3. Welt in den Erdölsektor (6); im Nahen Osten, dessen Anteil an der Gesamterdölproduktion derzeit etwa 4o % ausmacht (7), erzielen die Erdölmonopole eine Profitrate von mehr als 60 % (8). "Die Extraprofite, die zu erzielen sind, resultieren einerseits aus den sehr niedrigen Lohnkosten, andererseits aus der Preispolitik des Welt-Ölkatells. Der Inlands-Rohöl--Preis der USA liegt der Preisregelung durch das Weltkartell zugrunde; da nun die durchschnittlichen Förderkosten in Nahost nur etwa 1/ 9 derjenigen in den USA betragen, erzielen die US-Ölgesellschaften im Nahen Osten außerordentlich hohe Profite."(9) Die amerikanischen Erd-

(1) FR, 21, 9. 70
(2) Nouvel Observateur, 3.8.70
(3) Die von den Amerikanern veröffentlichte Version sieht die Räumung " von besetzten Gebieten", die von Ägypten veröffentlichte die Räumung "der besetzten Gebiete" vor. Dieser schäbige grammatische Trick, der 1967 vom UN-Sicherheitsrat erfunden worden ist - der englische Text der Resolution vom 22.11.67 hat "von", der russische, französiche und spanische Text hat "der" - charakterisiert am besten, was an der sog. diplomatischen Lösung Diplomatie und was Lösung ist.
(4) FR und Heidelberger Tageblatt vom 3.7.70
(5) Zur Kategorisierung der imperialistischen Interessen vgl. Arbeitsgruppe 3. Welt am OSI: Neuere Imperialismustheorien, SoPo 6/7, 1970, S. 91 ff.
(6) ebd. S. 105
(7) Nach der Statistik in : "Das Erdöl und die imperialistische Politik im arabischen Raum", Forum, Organ der FDJ, Nr. 4/70; nachgedruckt in Al Djabha, 6/7, 70, S.16 ff.
(8) SoPo, a.a.O., S. 105
(9) ebd. S. 105 f.

Ölmonopole realisieren im Ausland mehr Profite als alle übrigen amerikanischen Monopole zusammen. (10) Und dieses Geschäft verspricht eine glänzende Zukunft: Etwa 60 % aller bisher bekannten Erdölreserven der Welt lagern im Nahen Osten und dort insbesondere auf der arabischen Halbinsel. (11)

Danach lassen sich die Aufgaben, die durch den Rogers-Plan in Hinsicht auf die US-Interessen gelöst werden sollen, präzisieren. Es geht darum, 1. Israel als militärisch-strategischen Brückenkopf des Imperialismus auf Dauer und zu geringeren Kosten als bisher im Stand zu halten, die arabische Welt militärisch zu dominieren; 2. die Ausbeutungsbedingungen, die die Ölmonopole bislang auf der arabischen Halbinsel vorfinden, zu erhalten und gegen nationale Befreiungsbewegungen und sozialrevolutionäre Bewegungen abzusichern.

Beide Aufgaben sind natürlich auch bislang gelöst worden, aber in einer Weise, die ihre gleichzeitige Lösung immer mehr ausschloß. Vielmehr hat gerade die Etablierung und Ausweitung des imperialistischen Brückenkopfes Israel die bislang stärkste nationale Befreiungsbewegung im Nahen Osten hervorgerufen, deren zumindestens propagandistische Wirkung außerordentlich stark ist und deren Sieg den direkten amerikanischen Einfluß auf Saudi-Arabien und die Öl-Scheichtümer beschränken würde und obendrein die Bedingungen der Revolutionierung dieser feudal verfassten Länder erheblich verbessern würde. Mithin muß der Imperialismus unter Führung der USA versuchen, seine strategisch-militärisch überlegene Position zu bewahren, ohne dadurch gleichzeitig seine Erdölinteressen aufs Spiel zu setzen bzw. diese permanent durch eigenes militärisches Eingreifen retten zu müssen. Der Rogers Plan ist also ein Plan zur Erhaltung der Marionettenregimes der USA auf der arabischen Halbinsel. Es ist klar, daß ein befreites Jordanien - und schon das Jordanien der Doppelherrschaft - nicht nur die Erhaltung des Brückenkopfes Israel erschweren würde, sondern für die Imperialisten in der selben bedrohlichen Relation zu den feudalen Erdölreichen stehen würde wie die befreiten Teile Indochinas zu Thailand und dem Kambodscha Lon Nols.

Die Widerstände, die in Israel gegen den Rogers-Plan bestehen und die sich in der Haltung der Regierung als verbale Annahme aber tatsächliche Sabotierung dieses Plans widerspiegeln, resultieren vor allem aus den Widersprüchen, die sich aus der Funktion Israels im globalen Rahmen des Imperialismus und seinen eigenen imperialistischen Interessen ergeben. Israel hat bekanntlich den Rogers-Plan erst angenommen, nachdem ihm von den USA Zusagen darüber gemacht worden waren, daß militärische Veränderungen im Bereich von 50 km längs des Suez-Kanals als Bruch des Abkommens betrachtet würden, diese von den USA festgestellt würden und daß, falls Ägypten nicht zu einer Korrektur bereit wäre, Israel dann freie Hand hätte. Diese merkwürdige Übereinkunft, die gegen die Installierung von Luftabwehrraketen in der Kanalzone gerichtet ist, ist ein Exempel dafür, was bei

(10) Al Djabha, a.a.O., S. 18
(11) Pierre Jalée: L'impérialisme en 1970, Paris 1969, S. 32 u. Al Djabha, a.a.O., S. 16



Reihe Hanser

Wolf Wondratschek, Ein Bauer zeugt mit einer Bäuerin einen Bauernjungen, der unbedingt Knecht werden will
Band 44. Ca. 5.80 DM

Let it bleed. Die Rolling Stones in Altamont
Berichte und Photos. Herausgegeben von S. Schober.
Band 45. Ca. 7.80 DM

Richard Brautigan, In Wassermelonen Zucker
Roman. Band 46. Ca. 7.80 DM

Sprache und Stil Lenins
Aufsätze von V. Schklowski, B. Eichenbaum, L. Jakubinski, J. Tynjanow, B. Kasanski und B. Tomaschewski.
Herausgegeben von F. Mierau. Band 47. Ca. 5.80 DM

Kvetoslav Chvatik, Strukturalismus und Avantgarde
Aufsätze zur Kunst und Literatur. Band 48. Ca. 7.80 DM

August Strindberg
Ein Lesebuch für die niederen Stände
Herausgegeben von Jan Myrdal. Band 49. Ca. 9.80 DM

Elias Canetti, Alle vergeudete Verehrung
Aufzeichnungen 1949-1960
Band 50. Ca. 7.80 DM

George Günther Eckstein
USA: Die Neue Linke am Ende?
Band 51. Ca. 7.80 DM

Arnfrid Astel, Kläranlage
100 neue Epigramme. Band 52. Ca. 5.80 DM

Lars Gustafsson, Utopien
Essays. Band 53. Ca. 7.80 DM

Weltbilder
49 Beschreibungen. Herausgegeben v. Gert F. Jonke und Leo Navratil. Band 54. Ca. 7.80 DM

Lenin, Über historischen Materialismus
Herausgegeben von A. Schmidt. Band 55. Ca. 7.80 DM

Michael Pehlke/Norbert Lingfeld
Roboter und Gartenlaube
Ideologie und Unterhaltung in der Science-Fiction-Literatur.
Band 56. Ca. 7.80 DM

Klaus P. Wallraven/Eckart Dietrich
Politische Pädagogik
Aus dem Vokabular der Anpassung. Band 57. Ca. 5.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 80, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Amerikanern und Israelis "Erhaltung des militärischen Gleichgewichts" heißt und in Wirklichkeit Erhaltung der militärischen Überlegenheit Israels ist. Das wirkliche Kräfteverhältnis drückt sich schon darin aus, daß quasi-vertraglich das Recht Israels auf ungehinderte Bombardierung Ägyptens festgehalten und für den Fall von Behinderungen dabei freie Hand für jede Intervention gegeben wird.

Die Kontroversen, die sich wegen der Realisierung dieser Vereinbarung zwischen Israel und den USA ergeben haben, sind Ausdruck eines Interessenwiderspruchs zwischen imperialistischer Metropole und Dependance bzw. Nebenmetropole. Für die USA ist die militärische Auseinandersetzung Israels mit Ägypten im Rahmen der Koexistenzbedingungen mit der Sowjetunion ein dysfunktionaler Konflikt, weil Israel seine Rolle im globalen Konzept - als imperialistischer Brückenkopf - auch ohne Suezfront spielen kann und weil die USA wissen, daß auch die Sowjetunion sich an die Koexistenzbedingungen hält und den Erdölinteressen in Arabien nicht ins Gehege kommen wird. Für Israel dagegen ist der permanente Konflikt mit Ägypten vorteilhaft wenn nicht notwendig: die von den USA garantierte militärische Überlegenheit Israels stellt sicher, daß der Konflikt niemals auf dem eigenen Terrain, sondern immer auf dem des Gegners ausgetragen wird; die Klassengegensätze innerhalb Israels sind im Kriegszustand - auch institutionell durch das Fortbestehen der Ausnahmegesetze - zugunsten einer völkischen Kampfgemeinschaft suspendiert; da die Bedrohung, die diese Kampfgemeinschaft existenziell zusammenhält, nach den militärischen Kräfteverhältnissen derzeit wenigstens nicht übermäßig real ist, muß sie, wie vor dem Juni-Krieg und jetzt, immer wieder hergestellt werden - das geht bei permanenter Konfrontation ziemlich gut. Außerdem garantiert die Beibehaltung des Konflikts die Beibehaltung eines spezifischen Charakteristikums der israelischen Gesellschaft, nämlich eine Subsidiengesellschaft zu sein. Der Konflikt gibt Israel die Möglichkeit, sowohl die Militärhilfe der USA wie auch die Wirtschaftshilfe der imperialistischen Länder wie die Spenden und Investitionen der amerikanischen Juden in die Höhe zu treiben. Die Fortdauer des Konflikts stellt schließlich die Fortdauer der militärischen Vorherrschaft im Nahen Osten sicher - sein Aufhören könnte Ägypten erlauben, eine solche militärische Infrastruktur aufzubauen, die Ägypten nicht ohne weiteres mehr besiegbar sein ließe und es allein deshalb schon zu einem starken Protektor derjenigen nationalen Befreiungsbewegungen machen könnte, die einen ähnlichen Weg einschlagen wollen wie Ägypten. Hier zeigt sich, wie die Widersprüche des Imperialismus langfristig auf diesen selbst zurückfallen. Der Widerspruch zwischen den USA und Israel resultiert daraus, daß Israel die ihm im globalen Konzept zukommenden Aufgaben im eigenen Interesse ganz konsequent erfüllen will.

Freilich geht dieser Schluß davon aus, daß das von der Sowjetunion unterstützte Ägypten und mithin die Sowjetunion selber ein potentieller Verbündeter wenigstens der nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen im Nahen Osten wäre. Tatsächlich hat die bislang geleistete Waffen- und Ausbildungshilfe für die palästinensischen Fedayin Anlaß für eine solche Annahme geben können. Seitdem aber der diplomatische Druck der Sowjetunion auf Syrien den bevorstehenden Sieg der nationaldemokratischen Revolution in Jordanien vereitelt, das Hussein-Regime gerettet, die Fortsetzung des Massenmordes am palästinensischen Volk und die Liquidierung großer Teile der Widerstandsbewegung ermöglicht hat, ist endgültig klar, welches Spiel die Sowjetunion treibt, und vor allem, wie weit sie es treibt. In einer Situation, in der die gesamte palästinensische Widerstandsbewegung aus der Haltung der bloßen Verteidigung ihrer Existenz zum entscheidenden Angriff auf das feudale Regime in Jordanien übergegangen war, in der die anfängliche Parole der Widerstandsbewegung "Sturz der Militärdiktatur", also der augenblicklichen Regierung, durch "Sturz des Königs", also des bestehenden Herrschaftssystems überhaupt, ersetzt worden war, und also die Linke innerhalb der Widerstandsbewegung sich durchgesetzt hatte, hat die Sowjetunion sich zum Exekutor der imperialistischen Interventionspropaganda gemacht. Sie hat nicht nur die Lüge unterstützt, daß es sich bei den auf Seiten der Fedayin kämpfenden Panzertruppen um syrische Truppen handle, sondern auch das von den USA und Israel sich herausgenommene Recht auf Intervention zur Rettung Husseins akzeptiert. Während selbst in der westlichen Presse (vgl. die Berichterstattung von Le Monde) klargestellt wurde, daß es sich bei den Panzereinheiten um Einheiten der palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) handelte, hat die Sowjetunion Syrien gezwungen, sich entsprechend der imperialistischen Propaganda zu verhalten. Die Einheiten, die in Nordjordanien operiert haben, gehörten zu dem Kontingent der PLA, das in Syrien stationiert und militärisch in die syrische Armee integriert ist, aber gleichzeitig über die PLO im ZK der Widerstandsbewegungen vertreten ist.

Tatsächlich befand sich die Sowjetunion in einer Position, in der sie sich in keiner Weise zu einem sog. diplomatischen Eingreifen genötigt sehen konnte. So schätzt denn auch der Moskauer Korrespondent von LeMonde die sowjetische Haltung als eine freiwillige Demonstration dafür ein, "daß die Elemente, die sich der Annahme eines auf dem Rogers-Plan basierenden Kompromisses widersetzen, wohl oder übel zur Vernunft gebracht werden können und das mit der aktiven Beteiligung der sowjetischen Diplomatie." (12) Welchen Inhalt dieser Kompromiß hat, hat der Bürgerkrieg in Jordanien gelehrt: zugunsten der Stabilisierung ihrer Position in Ägypten, mithin in Nordafrika, überläßt die Sowjetunion dem US-Imperialismus die arabische Halbinsel und verzichtet damit auf die reife Gelegenheit, dem Imperialismus an einer äußerst empfindlichen Stelle schwere Schläge zu versetzen. Trotz der Sowjetunion werden aber die demokratischen und sozialistischen Revolutionen in den Ländern des Nahen Ostens nicht aufzuhalten sein und auch vor Ägypten nicht haltmachen.

(12) Le Monde, 26. 9. 70 | G.St.

Heidelberger Arbeitsbücher

Die Heidelberger Arbeitsbücher sind ein neues Lehrmittel; sie dienen zur Einübung der grundsätzlichen Begriffe und Denkweisen des im zugehörigen Lehrbuch behandelten Stoffgebiets. Dazu wird der Lehrstoff in kleine Lernschritte unterteilt, zu jedem dieser Lernschritte wird eine Lernfrage gestellt. Der Formulierungszwang, der sich mit den Antworten verknüpft, verhindert, daß sich der Lernende mit vagen Vorstellungen zufrieden gibt, und zwingt ihn, mit dem neu erlernten Wortschatz neue Gedanken zu verfolgen. Die Beschäftigung mit den Lernfragen gibt dem Anfänger ein ausreichendes und solides Instrumentarium für das weitere Verständnis seines Fachs in die Hand. Zur Kontrolle findet der Leser am Ende jedes Kapitels Angaben mit ausführlichen Lösungen.

Arbeitsbuch zu STOBBE:* Volkswirtschaftliches Rechnungswesen

Von **Bernd A. Schmid**
Mannheim
XII, 125 Seiten. 1970
Geheftet DM 8,–
US $ 2.20

Im Wintersemester 1969/70 ersetzte an der Universität Mannheim ein Tutorenprogramm die sonst übliche Vorlesung und Übung »Volkswirtschaftliches Rechnungswesen«. Unter der fachlichen Leitung von Professor A. Stobbe wurden ca. 600 Studenten von 22 Tutoren in Gruppenarbeit betreut. Daraus ist dieses Arbeitsbuch als eine wirtschaftswissenschaftlich-pädagogische Hilfe entstanden.

*** Heidelberger Taschenbücher Band 14**
Stobbe, A.: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen
2., revidierte und erweiterte Auflage
16 Abbildungen. XIV, 295 Seiten. 1969
Geheftet DM 12,80
US $ 3.60

SPRINGER-VERLAG
BERLIN · HEIDELBERG · NEW YORK

Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"

Die amerikanischen Vorschläge zum Nahostkonflikt, die am 10. Juni 1970 den Regierungen in Kairo, Amman und Tel Aviv vorgelegt wurden, waren nicht das Produkt der moralischen Überzeugung der USA von der Notwendigkeit einer Lösung des Nahostkonfliktes nach dem Beschluß des Sicherheitsrates vom 22. November 1967. Denn dieser Beschluß blieb 3 Jahre lang unverwirklicht, weil die USA ihn praktisch ablehnten. Und während die USA diesen Beschluß wenigstens theoretisch akzeptierten, lehnte Israel ihn theoretisch und praktisch ab. Die USA und Israel gaben nämlich der Sicherheitsratsresolution eine ganz andere Interpretation als die Sowjetunion und Ägypten.

Die sowjetisch-ägyptische Interpretation ging vom Rückzug der israelischen Besatzungstruppen in die Grenzen vom 4. Juni 1967 aus. Als Gegenleistung sollten die Anerkennung Israels, die Garantie sicherer Grenzen und der freien Fahrt für israelische Schiffe durch die Wasserstraßen, die Israel mit Ostafrika verbinden (also Scharm El Scheik), ausgesprochen werden. Die USA und Israel gaben dem Beschluß eine sehr viel breitere Interpretation. Sie forderten darüber hinaus wichtige Grenzänderungen zugunsten Israels in Westjordanien und im Gaza-Streifen, die Neutralisierung des Gaza-Streifens und die Entmilitarisierung Westjordaniens.

Nach 3 Jahren, während derer die beiden verschiedenen Interpretationen der Sicherheitsratsresolution gegolten hatten, kommen nun die USA mit dem Rogersplan, der nach der Einschätzung der Demokratischen Volksfront letzten Endes zur Übereinstimmung mit der sowjetisch-ägyptischen Interpretation führen wird, nämlich Rückzug der Besatzungstruppen in die Grenzen vom 4. Juni 1967 im Austausch gegen die Anerkennung des Staates Israel innerhalb sicherer Grenzen, freie Schiffahrt durch Scharm El Scheik, UN-Truppen und internationale Garantie für dieses Abkommen.

Diese Haltung der USA war kein Zufall, sondern sie war ein Produkt der Entwicklung des dialektischen Verhältnisses zwischen den Kontrahenten in dem Konflikt, dem US- Imperialismus und dem Zionismus auf der einen Seite, Ägypten und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Denn die heutigen Verhältnisse sind völlig andere als die am 22. November 1967. Der Beschluß des Sicherheitsrates war ein Produkt des internationalen politischen Gleichgewichts direkt nach dem Junikrieg. Im Juni 1970 hatten sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der sowjetisch-ägyptischen Position verschoben. Zu den Faktoren, die die neue Haltung der USA erzwungen haben, gehören vor allem: der verstärkte sowjetische Einfluß im Mittelmeer und in Ägypten, die quantitative Zunahme und die Hebung des technischen Niveaus der arabischen Armeen, das Anwachsen der palästinensischen Widerstandsbewegung und ihr moralisches Gewicht in den palästinensischen und arabischen Massen und v.a. die damit verbundene vorrevolutionäre Entwicklung im Nahen Osten. Der Imperialismus war sich angesichts dieser Entwicklung darüber im Klaren, daß er die Kontrolle über dieses Gebiet verlieren würde, und damit die Chancen der Verwirklichung der Sicherheitsratsresolution mit allen ihren Details, falls die Krise ungelöst bliebe.

Am meisten fürchtet sich der amerikanische Imperialismus, der Zionismus und die arabische Reaktion bei dieser Entwicklung vor der wachsenden revolutionären Bewegung in diesem Gebiet, die von der palästinensischen Widerstandsbewegung repräsentiert wird, und vor den revolutionären Richtungen unter den arabischen Massen, die hinter der palästinensischen Widerstandsbewegung stehen. Sie versuchen daher mit dem Rogersplan und der friedlichen Lösung der revolutionären Entwicklung in diesem Gebiet durch eine arabische Umzingelung ein Ende zu machen. In den letzten drei Jahren wurde die Entwicklung im Nahen Osten durch den Konflikt zwischen dem Imperialismus und dem Zionismus einerseits und dem palästinensischen Widerstand andererseits bestimmt. Heute beginnt sich die Entwicklung auf Konflikte im arabischen Lager zu verlagern.

Die imperialistischen Mächte merkten bald, daß unter den Bedingungen eines internationalen Konflikts die Widerstandsbewegung nicht zu liquidieren ist. Sie ließen daher ihre erzreaktionären Verbündeten in den arabischen Ländern zum Angriff übergehen. Dies geschah bisher sechs mal: In drei militärischen Auseinandersetzungen mit der libanesischen Regierung und in drei Konflikten mit der jordanischen Regierung. Alle diese Versuche schlugen fehl. Angesichts der Unfähigkeit und Machtlosigkeit ihrer Marionetten in Jordanien und im Libanon gegenüber der Widerstandsbewegung und der Auswirkungen, die die Widerstandsbewegung auf die anderen arabischen Länder hat, fürchten die US - Imperialisten nun, daß es zu einem zweiten Vietnam kommen könnte, d. h. zu Verhältnissen in Palästina, die mit der vietnamesischen Situation vergleichbar sind. Daher wollen die USA die Widersprüche, die bis jetzt zwischen der Widerstandsbewegung und den arabischen Massen auf der einen Seite und dem Zionismus, dem Imperialismus und der arabischen Reaktion auf der anderen Seite bestehen, in einem Konflikt zwischen allen arabischen Staaten und der palästinensischen Widerstandsbewegung verwandeln. Das würde dem US - Imperialismus erlauben, die Vorteile seines reaktionären "friedlichen" Plans auf Kosten des unterdrückten und von seinem Land vertriebenen palästinensischen Volks zu realisieren. Die hinter dem Rogersplan versteckten Ziele zeigten sich sehr rasch. Die Demokratische Volksfront hat sie direkt nach der Veröffentlichung des Planes genannt. Sie hat den Plan scharf angegriffen und in ihren Kommuniques auf die drohende "Vietnamisierung" des Konflikts hingewiesen, d. h. auf die Schaffung von Verhältnissen ähnlich denen, die die US - Aggressoren in Indochina geschaffen haben, wo sie Vietnamesen gegen Vietnamesen, Laoten gegen Laoten und Kambodschaner gegen Kambodschaner kämpfen lassen. Schon heute zeigt sich sehr deutlich: Die Palästinensische Widerstandsbewegung ist nicht nur mit dem jordanischen und dem libanesischen reaktionären Regime konfrontiert, sondern mit dem ganzen arabischen Lager.

Die arabischen Herrschaftsapparate, vor allem die in Händen der Nationalbourgeoisie, sind wegen ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Struktur nicht in der Lage, in ihrer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und dem Zio-

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

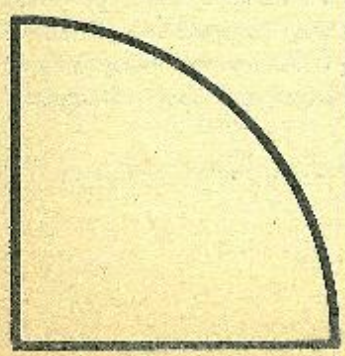
Jährlich erscheinen
20 Bände, kartoniert, mit
Schutzfolie versehen, zu
DM 4,80 – 7,80 – 9,80.

September

Band 1
Jurek Becker
Jakob der Lügner
Roman. 272 Seiten.
DM 7,80

Band 2
Helmut Krauch
Die organisierte Forschung
Eine Studie über Forschungsplanung und Wissenschaftspolitik in der Demokratie. 288 Seiten.
DM 9,80

Ausführliche Verzeichnisse
der
»Sammlung Luchterhand«
erhalten Sie
durch Ihre Buchhandlung
oder beim
Hermann Luchterhand
Verlag
545 Neuwied
Postfach 1780



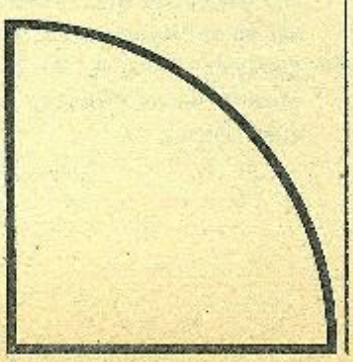
September

Band 3
Helmut Heißenbüttel
Das Textbuch
Vom Autor besorgte Zusammenfassung der Textbücher 1–6. Gemeinschaftsausgabe der Verlage Walter und Luchterhand.
284 Seiten. DM 7,80

Band 4
Herbert Marcuse
Der eindimensionale Mensch
Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.
Ungekürzte Sonderausgabe.
284 Seiten. DM 7,80

Band 5
Michail Bulgakow
Hundeherz
Roman. Sonderausgabe.
160 Seiten. DM 4,80

Band 6
Leo Kofler
Stalinismus und Bürokratie
Zwei Essays.
184 Seiten. DM 7,80



September

Band 7
Hilde Domin (Hrsg.)
Nachkrieg und Unfrieden
Gedichte als Index 1945–1970.
Mit einem Nachwort von Hilde Domin.
ca. 172 Seiten. DM 7,80

Band 8
Wolfgang Naucke/ Paul Trappe (Hrsg.)
Rechtssoziologie und Rechtspraxis
348 Seiten. DM 9,80

Band 9
Ernst Jandl
Der künstliche Baum
Gedichte 1957–1969.
152 Seiten. DM 4,80

Band 10
Harry Pross
Publizistik
Thesen zu einem Grundcolloquium.
164 Seiten. DM 7,80



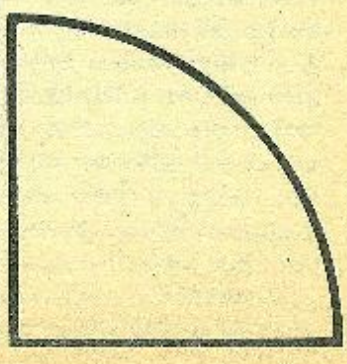
November

Band 11
Georg Lukács
Geschichte und Klassenbewußtsein
Studien über marxistische Dialektik.
516 Seiten. DM 9,80

Band 12
Marguerite Duras
Zerstören, sagt sie
Roman.
Aus dem Französischen von Walter Boehlich.
80 Seiten. DM 4,80

Band 13
Konrad Farner
Der Aufstand der Abstrakt-Konkreten
Zur Ideologie der spätbürgerlichen Zeit.
Mit einem Briefwechsel zwischen Georg Lukács und dem Verfasser.
176 Seiten. DM 7,80

Band 14
Anna Seghers
Aufstellen eines Maschinengewehrs im Wohnzimmer der Frau Kamptschik
Erzählungen. Mit einem Nachwort von Christa Wolf
Westdeutsche Erstausgabe.
164 Seiten. DM 7,80



nismus einen langandauernden revolutionären Krieg vorzubereiten oder zu unterstützen. Sie können lediglich versuchen, zu den gleichen Verhältnissen wie vor dem Juni-krieg zurückzukehren, indem sie ihre regulären Armeen reorganisieren, quantitativ verändern oder umrüsten. Das würde aber zu den gleichen Ergebnissen wie im Juni 1967 führen und folglich die Voraussetzungen für eine liquidatorische Lösung des Palästinaproblems schaffen. Das würde auch die Liquidierung der arabischen Befreiungsbewegungen bedeuten.

Diese Verhältnisse bilden die Voraussetzung für die Verwirklichung der amerikanischen Vorschläge. Darüber hinaus wurde in den letzten Wochen klar, daß es ein enges Zusammenspiel zwischen der Sowjetunion und den USA gibt, und daß beide Großmächte auf eine schnelle Regelung des Nahostkonflikts drängen, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Die Amerikaner fürchten, daß die revolutionäre Bewegung um sich greift und für sie zu einem zweiten Vietnam führt. Die Sowjets wollen aus Furcht um die Erhaltung der friedlichen Koexistenz kein zweites Vietnam.

Auch die arabischen reaktionären Regime setzen sich für eine schnelle Regelung des Konflikts ein. Sogar die "Stimme Saudiarabiens", die den Beschluß des Sicherheitsrates immer laut abgelehnt hat, verstummte nach der Verkündung des Rogersplans. Dies war uns von vorneherein klar, weil die Interessen solcher Regime gegen die Interessen der Volksmassen gerichtet sind, und weil sie sich vom Imperialismus und vom kapitalistischen Weltmarkt nicht trennen können. Andere arabische reaktionäre Regierungen ebnen den Weg für die Anerkennung Israels. Auf diesem Weg machte der marokkanische König mit dem Empfang Goldmanns, des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, den ersten Schritt.

Die nationalbourgeoisen Regime sind heute untereinander gespalten. Ägypten nahm entsprechend seiner ideologischen, politischen und ökonomischen Struktur den Rogersplan an. Syrien und der Irak lehnten ihn zwar verbal ab, aber sie sind ebenfalls aufgrund ihrer ideologischen und ökonomischen Strukturen nicht in der Lage, diese Ab lehnung in die Tat umzusetzen. Man kann daher behaupten, daß sämtliche arabische Regierungen objektiv den Rogersplan annahmen.

Die eigentlichen Kräfte, die - wenn auch in unterschiedlichem Grad - den Rogersplan ablehnen, sind die palästinensischen Widerstandsorganisationen und die unterdrückten arabischen Massen. In den nächsten Monaten wird es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern des Rogersplans und der palästinensischen Widerstandsbewegung und den arabischen Massen um die Verwirklichung des Friedensplans kommen. Mit anderen Worten, es werden eine Reihe von nationalen Bürgerkriegen, insbesondere in Jordanien, ausbrechen. Gerade Jordanien steht vor einer Polarisierung aller Klassen und politischen Kräfte. Die imperialistischen Mächte und der Zionismus werden zweifellos den reaktionären Kräften zu Hilfe kommen, um die palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren und die arabischen Massen, die hinter ihr stehen, zu unterwerfen. Es wird von der Standhaftigkeit der Widerstandsbewegungen abhängen, ob diese Pläne verwirklicht werden können oder nicht.

Angesichts der Lage der Widerstandsbewegungen und der Erfahrungen der letzten drei Jahre, besonders aber nach der Verkündung des Rogersplanes, erwartet die demokratische Volksfront einige Veränderungen innerhalb der Widerstandsbewegungen und unter den arabischen Massen.

Ein Teil der Widerstandsbewegung stellte sich in Zusammenhang mit dem Rogersplan hinter die ägyptische Position. Es handelt sich um die "Organisation der Tat" und die "Organisation des arabischen Palästina". Ein weiterer Teil neigt dazu, die Massenbewegungen einzuschränken und die revolutionäre Bewußtmachung der Massen zu verhindern, unter Parolen wie "taktische Flexibilität", "Rationalisierung der politischen Positionen", der "politischen Weisheit". Das ist praktisch die Linie von Al Fatah. Diese Richtung wird nicht in der Lage sein, die liquidatorischen Pläne zu verhindern. Bewußt oder unbewußt, das ist nicht wichtig, wichtig sind die Resultate, wird diese Richtung die "friedliche Lösung" nicht verhindern können.

Die dritte Richtung wird vertreten von der palästinensischen Linken, insbesondere der Demokratischen Volksfront, von den Blanquisten (also der Habbasch-Gruppe) und von dem progressiven Teil der Kleinbourgeoisie (der syrisch - baathistischen Al Saikeh). Diese Richtung ist in der Lage, die Initiative zu ergreifen und die Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Sie wird auch in der Lage sein, dem konterrevolutionären Lager die Stirn zu bieten und den amerikanischen Friedensplan zum Scheitern zu bringen. Aber all dies hängt von der Fähigkeit des linken Flügels, also der FPDLP, ab, die Arbeit der blanquistischen Richtung zu kontrollieren und die Arbeit der progressiven kleinbürgerlichen Richtung voranzutreiben, sowie auch davon, ob dieser Flügel es vermag die schwankende Haltung der nationalen Kräfte zugunsten der Linken zu entscheiden.

Die kommende Entwicklung wird eine gewisse Ähnlichkeit mit der haben, die sich in Rußland im Jahre 1905 abspielte. Ein Blutbad wird die Bevölkerung dieses Gebiets von den arabischen Zaren trennen. Die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung ähnlich der in Rußland zwischen 1905 und 1917 ist nach der Einschätzung der Demokratischen Volksfront gering, aber nicht auszuschließen. Dennoch, unsere Front ist entschlossen, den Kampf weiterzuführen, um die "politische Lösung" zum Scheitern zu bringen. Die wichtigste Aufgabe, die sich uns in dieser Phase stellt, ist es, eine nationale und revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse in Jordanien einzuleiten und die nationale demokratische Macht der Massen zu errichten, die den Kampf gegen den Zionismus und Imperialismus weiterführt und die liquidatorische Lösung verhindert.

Wir stehen vor einem zweiten Vietnam. Daher appellieren wir an die internationalistischen Genossen und die progressiven Kräfte der Welt, die kommenden blutigen Ereignisse im Nahen Osten zu verfolgen und unseren Kampf zu unterstützen.

aus: Al-Djabha, Sondernummer 20.9.70

ZUKUNFT DES IMPERIALISMUS - ZUR ANALYSE DES PEARSON REPORTS +

Die Studenten, die die Entwickelungshilfe zerschlagen wollten, indem sie sich weigerten, ihr schönes marxistisches Gehirn in den Knechtsdienst des Kapitals zu stellen, sind förmlich von der Bildfläche verschwunden. Es existieren aber in der Studentenbewegung weiter vielfach vereinfachte und leichtfertige Vorstellungen über die Entwicklungshilfe und die zukünftigen Chancen des Imperialismus. Die allgemeine Vorstellung scheint zu sein, daß die industrielle Entwicklung der Länder der Dritten Welt unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht möglich ist und daß alle Anstrengungen der imperialistischen Staaten, Entwicklungshilfe usw., bloße Täuschungsmanöver und meist der Pazifizierung von revolutionären Bewegungen gewidmet sind. Gewiß trifft dies vermutlich sogar in der Mehrzahl der bisherigen Fälle zu. "Der bei weitem größte Teil der US-Hilfe wurde für Länder in der Nachbarschaft der kommunistischen Welt bereitgestellt,sowie für Lateinamerika und Bereiche großer politischer Spannungen". (S.164) (1). Indes handelt es sich hier nicht unbedingt um Probleme, die innerhalb des imperialistischen Systems selbst nicht auch anders behandelt werden könnten. In den letzten 4 Jahren zeichnen sich in den Entwicklungsländern neue und bedeutende Erscheinungen ab, die analysiert werden müssen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Stagnation der imperialistischen Politik. Die Auffassungen der Studenten über die Unterentwicklung haben sich vor allem 1966/67 gebildet, unter dem Eindruck einer umfassenden Krise in der Landwirtschaft Ost- und Südasiens, die auch die reaktionären Kräfte zu düsteren Prognosen verleitete (S.54). Seit 1966 gelang es aber, die Wachstumsraten der Nahrungsmittelproduktion vieler Länder durch wissenschaftliche Fortschritte in der Saatgutforschung überraschend anzuheben: in Burma von 0,3 % auf 9,2 %, in Indien von 0,1 % auf 7,2 % usw. (S. 55). Auch das jährliche Wachstum der Industrieproduktion liegt in den Entwicklungsländern erheblich über dem der hochkapitalistischen Volkswirtschaften, nämlich bei 7,3 % gegenüber 5,6 % (S. 58). Gleichzeitig ist jedoch die absolute Verelendung der Dritten Welt und ihre Verschuldung derart gewachsen, daß mit den traditionellen Methoden imperialistischer Ausplünderung nicht mehr viel zu holen ist. Dies muß das Monopolkapital (besonders der BRD) umso schmerzlicher anmuten, als es zunehmend vor schwerwiegenden Problemen der Realisierung des Mehrwerts steht, also Kapital überakkumuliert. In dieser düsteren Zeit,in der zugleich die traditionellen Methoden der Ausplünderung der Dritten Welt immer unergiebiger werden, hat sich die internationale Monopolistenclique dazu durchgerungen, unter der Führung der Weltbank eine Gruppe von "Format und Erfahrung" damit zu beauftragen, eine neue Strategie für den Imperialismus auszuarbeiten.

Die von McNamara beauftragte Kommission setzt sich folgendermaßen zusammen:

Lester Pearson, Liberaler, ehemaliger kanadischer Premierminister, Universitätskanzler, Friedensnobelpreisträger, Inhaber von 49 Ehrendoktoraten;
Sir Edward Boyle, konservativer Prodekan, Inhaber von 4 Ehrendoktoraten;
Roberto de Oliverra Campos, Präsident der Bank für industrielle Entwicklung in Sao Paulo;
Mister Dillon , ehemaliger Finanzminister der USA, 11 Ehrendoktorate, Berater der Kommission für Rüstungskontrolle der US-Regierung;
Dr. Guth, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank;
Sir Arthur Lewis, Prof. der Nationalökonomie, Mitglied des Verwaltungsrates der Zentralbank von Jamaica;
Robert Marjolin, Prof. der Volkswirtschaftslehre, drei Ehrendoktorate, Berater des franz. Außenministers;
Dr. Saburo Okita, Sonderberater des Ministers für Wirtschaftsplanung, Japan.

Diese fähigen Professoren, Staatsmänner und Bankdirektoren lassen sich bei ihren Überlegungen ganz von der Sorge für den Mitmenschen leiten: "Es ist gerecht", sagen sie, "wenn die Besitzenden ihren Reichtum mit den Armen teilen". Und das verstehen sie keineswegs bloß im engen Rahmen jeweiliger Staatsgrenzen: "Die Sorge um das Wohlergehen anderer und ärmerer Nationen ist der Ausdruck einer grundlegend neuen Kennzeichnung unseres Zeitalters - des Bewußtseins, einer Weltgemeinschaft anzugehören" (S.27). "Wir dürfen also das nationale Interesse nicht in einem engen, restriktiven Sinn verstehen. Tatsächlich hat die Beschleunigung der historischen Veränderungen den Begriff des nationalen Interesses selbst gewandelt". (S.28). Und es ist, als wollten sie dies edle Bekenntnis nur gleichsam abrunden, wenn sie noch hinzufügen: "Dazu kommt noch als Beweggrund das wohlverstandene Eigeninteresse. Eine möglichst vollkommene Ausnützung aller Ressourcen der Welt, der menschlichen wie der materiellen, die nur durch internationale Zusammenarbeit zu erreichen ist, hilft nicht nur den wirtschaftlich schwachen Ländern, sondern auch denjenigen, die stark und wohlhabend sind. Solche Vorteile ergeben sich einmal aus bilateralen Hilfsbeziehungen und zum anderen - was noch wesentlicher ist - durch die Steigerung des Welthandels als eine Folge der internationalen Wirtschaftsentwicklung". (S. 28).

1) Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf: Der Pearson Bericht, Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik. Wien, München, Zürich 1969

+ Beitrag zu einem teach-in am 16.6.70 in Heidelberg

Es ist schön, daß die Moral einer neuen Weltgemeinschaft sich mit der Ausweitung des Imperialismus zu einem harmonischen Ganzen verbindet. Wir wollen sehen, wer davon den Vorteil hat.

In der kapitalistischen Produktionsweise werden die Waren nicht produziert, um ein bestimmtes Bedürfnis zu befriedigen, sondern wegen des Mehrwerts, der aus der Produktion entspringt. Die Befriedigung der Bedürfnisse durch die Waren erscheint daher als ein zufälliges Nebenprodukt, und zwar sowohl, was die Bedürfnisse der Arbeiter angeht, als auch die privaten Bedürfnisse der Kapitalisten selber. Ein Produzent von Kugelschreibern produziert Kugelschreiber weder, damit er selber noch seine Arbeiter noch sonstwer schreiben kann, sondern wegen des Profits. Wenn er aber mit dem Profit nicht primär seine Bedürfnisse befriedigen will, was dann? Der Profit wird produziert, um noch mehr Profit produzieren zu können, die Akkumulation von Kapital erfolgt um ihrer selbst willen. Es ist also nicht so, daß Produktion und Handel ein Nebenprodukt der Sorge um den Mitmenschen sind, vielmehr ist die Existenz des Mitmenschen ein bloßes Nebenprodukt der Akkumulation von Kapital. Das bedeutet, daß ständig ein Widerspruch bestehen muß zwischen der Akkumulation und der Befriedigung der Bedürfnisse, zumal niedrige Lohnniveaus das beliebteste Mittel zur Steigerung der Profite sind. Dieser Widerspruch resultiert in einer periodischen Verengung der Märkte. Das Kapital ist also darauf angewiesen, die Schranken des Marktes stufenweise aufzuheben. Bezogen auf das Gesamtkapital kann diese Erweiterung letzten Endes nicht in der Steigerung der Konsumtion der Arbeiter bestehen, da dazu zusätzlich die Löhne erhöht werden müßten, auch nicht in der der Bourgeoisie, da das vom Mehrwert abginge. Die Märkte müssen also - allerdings mit unter Umständen langen periodischen Unterbrechungen - nach außen expandieren.

Dieser Prozeß der Schaffung und Eroberung des Weltmarktes hat die Akkumulation des Kapitals von da ab begleitet, wo das Kapital in größerem Umfang als produktives Kapital aufgetreten ist, also etwa seit Ende des 18. Jhd. Diese klassische Phase des Imperialismus setzte jedoch voll erst um 1870 ein, infolge einer tiefgreifenden Krise in Europa. Das Kapital dringt daher in Form von Handelskapital in die vorkapitalistischen Gesellschaften ein und verwandelt deren naturalwirtschaftliche Formen in solche der einfachen Warenproduktion, und der Plantagenwirtschaft. Ist dieser Prozeß auch heute noch nicht ganz abgeschlossen, stieß er doch gegen 1913 auf eine ernsthafte Schranke: die Eroberung des Weltmarktes durch die imperialistischen Staaten war im wesentlichen abgeschlossen. Die folgende Periode von 1913 bis 1945 war durch furchtbare Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Staaten gekennzeichnet um die Neuverteilung der jeweiligen Anteile am Weltmarkt. Aus den zwei Weltkriegen ging der US-Imperialismus als mächtiger Sieger hervor. Die folgenden Jahre ließen das Realisierungsproblem zunächst in den Hintergrund treten, da durch die furchtbaren Vernichtungen und Erschließung von Elektronik und Atomkraft der innere Markt der kapitalistischen Staaten rasch expandierte. Aber schon seit Mitte der 50er Jahre trat auch der eigentliche Imperialismus in eine neue Phase: Die Verwandlung der Warenproduktion und extraktiven Industrien in der Dritten Welt in kapitalistische Warenproduktion, und seit den sechziger Jahren wird trotz manchen gegenteiligen Anscheins immer deutlicher, daß das Weltkapital sich anschickt, in einzelnen Ländern der Dritten Welt die kapitalistischen Produktionsweise voll zu etablieren und zu entwickeln. - Der Pearson-Report wertet nun die "positiven und negativen Erfahrungen dieser ersten Dekade der Entwicklungshilfe" aus und formuliert eine Strategie für ihre Weiterentwicklung.

Auffallend ist zunächst, daß nach der Stagnation von 1913 bis 1945 gegen Ende der 60er Jahre gerade die am weitesten entwickelten Länder, wie Argentinien, Uruguay, Brasilien usw. erneut in ihrer industriellen Entwicklung stagnieren. Die Imperialismustheorie Lenins, die sich auf die Stagnationsperiode seit 1913 bezieht, besagte, daß eine Industrialisierung der unterentwickelten Länder in kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht mehr möglich ist, weil nämlich für die Akkumulation eines nationalen Gesamtkapitals die Eroberung gewisser Anteile am Weltmarkt notwendig ist. Gerade das ist den Kapitalen in den Entwicklungsländern aber versagt, da ja die imperialistischen Staaten diesen Weltmarkt bereits aufgeteilt haben und sich untereinander wie die Wölfe um ihre Anteile reißen. Die Industrialisierung einiger unterentwickelter Länder in der Zeit von 1945 bis 1970 hat denn auch darauf verzichten müssen. Die Strategie ihrer Industrialisierung bestand im wesentlichen in der Importsubstitution. Mit Erlangung ihrer politischen Unabhängigkeit und durch die vorübergehende Entlastung vom imperialistischen Druck durch den zweiten Weltkrieg war es ihnen möglich, durch eine gezielte Schutzzollpolitik die Warenimporte aus den Industrieländern zu ersetzen durch eigene Produktion und so eine Industrie im eigenen Lande aufzubauen. So entstanden kapitalistische Enklaven in einigen Ländern der "Dritten Welt," die zudem die Möglichkeit einer gewissen Markterweiterung hatten, indem sie das Hinterland des eigenen Staatsgebietes zu ihrer Kolonie machten. Heute ist dieser Prozeß im wesentlichen bereits abgeschlossen, daher die Stagnation gerade der am weitesten entwickelten Entwicklungsländer.

Die Pearson-Kommission erkennt nun mit dem Scharfsinn, wie er großen Reaktionären eigentümlich ist, die einzige Chance, die der Imperialismus heute noch hat: die weitere Akkumulation des Kapitals ist nur möglich durch die weitere Ausweitung des Welthandels, und die Ausweitung des Welthandels ist nur möglich, wenn man die Masse der Entwicklungsländer in zwei Gruppen aufteilt: diejenigen, die sich weiter entwickelt haben, und diejenigen, die über-

haupt noch nicht oder kaum entwickelt sind. Die relativ fortgeschrittenen können sich nur weiterentwickeln, wenn ihre Exporte steigen. Also muß eine freiwillige und geplante Umstrukturierung des Weltmarkts eingeleitet werden: Die fortgeschrittenen Entwicklungsländer sollen industriell produzierte Konsumtionsmittel (Fahrräder usw.) in die weniger entwickelten Länder exportieren und Rohstoffe und tropische Nahrungs- und Genußmittel in möglichst verarbeiteter Form in die Industrieländer exportieren, die so wiederum Produktionsmittel in die sich entwickelnden Entwicklungsländer exportieren können. Der Bund der Kapitalisten gibt sich eine Verjüngungsspritze und nimmt eine Reihe neuer kapitalistischer Staaten in seine finstere Bruderschaft auf.

Die Strategie, mit der dieses Ziel erreicht werden soll, besteht im wesentlichen aus folgenden Stücken:

- Technische Rückständigkeit der Industrien in den Entwicklungsländern
- Senkung der Reallöhne
- Liberalisierung der Exporte
- Forcierung des staatlichen und privaten Kapitalexports
- Multilaterale Investitionsplanung
- Vermehrter Einsatz wissenschaftlicher Kader
- Absicherung des Ganzen durch faschistische Regimes in den Entwicklungsländern und wenn nötig, militärische Intervention.

Daß das die Strategie für die Zukunft des Imperialismus sein muß, daran läßt der Pearson-Report keinen Zweifel: "Der Welthandel muß weiterhin auf der Basis eines steten Wirtschaftswachstums der Industrieländer stark expandieren". (S. 97) "Keineswegs haben die ärmeren Länder selber alle die für ihr Wachstum und ihre Entwicklung erforderlichen Bedingungen selbst in der Hand. Die bei weitem wichtigste, von außen abhängige Wachstumsbedingung aber ist die Möglichkeit, den Anteil am Weltmarkt auszuweiten". (S. 67). "Die interessanteste Entwicklung war die Erweiterung der Exporte der verarbeitenden Industrie, die von einer jährlichen Wachstumsrate von 7,5 % (1953-55) auf 11,5 % (1963-65) anstiegen". (S. 70). "Es muß die Expansion des Welthandels von einer Liberalisierung begleitet sein. Dies setzt wiederum die Bereitwilligkeit der Industrieländer voraus, Strukturveränderungen vorzunehmen, die sie in die Lage versetzen, in immer größerem Maß Fertigwaren und Halbfertigprodukte der Entwicklungsländer aufzunehmen". (S. 97). "Die Möglichkeiten für eine Ausweitung des Handels zwischen den Entwicklungsländern sind groß... Die großen Verschiedenheiten in den natürlichen Ressourcen und die unterschiedlichen Entwicklungsstadien der armen Länder sollten einen wechselseitigen gewinnbringenden Handel in einem weiten Bereich von Produkten gewährleisten". (S. 119). "Länder, die derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen, werden im Laufe der Zeit aus Präferenzempfängern zu Präferenzgebern werden". (S. 117).

"Die erste Voraussetzung für eine beschleunigte internationale Wirtschaftsentwicklung ist eine anhaltend kräftige Expansion des Welthandels. Viele Entwicklungsländer müssen ihre Handelspolitik stärker nach außen orientieren und konkurrenzfähiger werden". (S. 34).

Diese Konkurrenzfähigkeit soll nun aber gerade nicht so erreicht werden, wie das in den spätkapitalistischen Ländern üblicherweise der Fall ist, durch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, durch den technischen Fortschritt. Vielmehr greift die Kommission hier wieder auf die Moral zurück, genauer: auf das riesige Heer der Arbeitslosen in der Dritten Welt: "Eine rasche Steigerung der Beschäftigtenzahlen liegt im Bereich des Möglichen, doch bedarf es dazu eines hohen Maßes an Dynamik, Flexibilität und unternehmerischem Denken ... Im Interesse einer Steigerung der Möglichkeiten, Arbeitskräfte zu beschäftigen, dürfen die Lohnsätze nicht so hoch steigen, daß die Unternehmer auf den Einsatz von Arbeitskräften verzichten und lieber kapitalintensive Produktionsmethoden wählen. In vielen Entwicklungsländern verleitet jedoch die Ungleichheit der Einkommensverteilung dazu, eine Beschäftigungspolitik zu verfolgen, die politischen Überlegungen den Vorzug gibt und die Kosten der menschlichen Arbeitskraft erhöht". (S. 83). - Angesichts der Tatsache, daß der Tageslohn für schwere Arbeit in vielen dieser Länder weniger als 1 DM ausmacht, ist die Auffassung, daß er zu hoch sei, für eine Kommission, die sich die "soziale Gerechtigkeit" zur Aufgabe gemacht hat, gewiß eine etwas merkwürdige Ansicht. (2)

Für das europäische und US-amerikanische freie Unternehmertum tun sich als Entschädigung für ihren freiwilligen Verzicht auf gewisse Marktanteile durch das niedrige Lohnniveau in den sich industrialisierenden Ländern in Form der Möglichkeit vermehrten Kapitalexports rosige Zukunftsaussichten auf: "Hohe Profite deuten an, daß solche Investitionen besonders wirtschaftlich sind". (S. 128). Indes stoßen sie immer noch auf unberechtigtes Mißtrauen: "Wenn man sich die geschichtlichen Ereignisse in Erinnerung ruft, kann es kaum überraschen, daß in so manchem Land die Leute die Tochterfirmen ausländischer Gesellschaften als Vorboten einer neuen ausländischen Herrschaft ansehen. Diese Auffassung ignoriert allerdings die nennenswerten Verbesserungen, die sich im Verhalten und in der Einstellung der ausländischen Unternehmungen ... als Folge einer steigenden internationalen Verflechtung und Zusammenarbeit ergeben haben". (S. 125).
Der Vorschlag des Pearson-Reports, vermehrt internationale Kapitalgesellschaften zu gründen, ist tatsächlich ernst zu nehmen und wir müssen uns vor einer nationalistischen Kritik des Kapitalexports sehr hüten. Dem Arbeiter ist es und muß es gleichgültig sein, ob er von einem brasilianischen oder US-amerikanischen oder westdeutschen Kapitalisten ausgebeutet wird, wichtig ist nur die Ausbeutung

2) Ein weiterer Vorschlag der Kommission zur Lösung der Probleme der Armut bezieht sich auf das Bevölkerungswachstum: "Wir glauben, daß kein Kind ungewollt zur Welt kommen sollte." (S. 40)

selber, wenigstens, wenn man von finanztechnischen Problemen absieht. - Auch die bisher akzeptierte Erklärung des Kapitalexports, daß er nämlich die hohen Profitraten in der Dritten Welt wahrnehmen will, ist auf der Basis des Pearson-Reports nicht mehr uneingeschränkt haltbar: "Wenn die unternehmerischen Ambitionen innerhalb einer Industrie sich frei entfalten dürfen, sind hohe Profite ein vorübergehendes Phänomen, das darauf aufmerksam macht, was die Bevölkerung eines Landes besonders wünscht oder billiger zu produzieren vermag als vorher". (S. 128).

Tatsächlich kann man annehmen, daß die Liberalisierung des Welthandels, verbunden mit gesteigertem Kapitalexport in absehbarer Zeit zur Bildung einer neuen Durchschnittsprofitrate führen könnte, was bedeutet, daß die Profitraten in der Dritten Welt wesentlich fallen würden, da ihr Anteil am Weltgesamtkapital nur etwa 12,5 % ausmacht; und die Durchschnittsprofitrate in den hochkapitalistischen Ländern müßte geringfügig steigen (3). Wenn das aber verbunden sein soll mit einer weiterhin geringen organischen Zusammensetzung des Kapitals in den Entwicklungsländern, dann müssen dort die Löhne auf lange Sicht erschreckend niedrig bleiben, d.h., daß die unter Umständen sehr forcierte Industrialisierung mit einer Erhaltung oder Verschärfung des Elends und der Armut der Völker verbunden werden soll.

Bei aller Weltgemeinschaftsgesinnung hat die Kommission doch klar erkannt, daß das Unruhe hervorrufen muß und daß gegen diese Unruhe meist nur die nationalistische Diktatur in den Entwicklungsländern die Interessen des internationalistischen Imperialismus zu schützen vermag: "Die wirtschaftliche Entwicklung löst tiefgreifende Veränderungen im nationalen Verhalten aus und ruft oft Kräfte auf den Plan, die die nationale Eigenheit bedrohen und denen manchmal nur durch Besinnung auf die besonderen historischen Erfahrungen der betreffenden Nation entgegengewirkt werden kann". (S. 25). "In einigen Ländern versucht man ernsthaft, gegenüber Auslandsinvestitionen eine etwas ausgewogenere Haltung an den Tag zu legen. Doch wenn es dazu kommen soll, müssen die politisch explosiven Kräfte ... entschärft werden". (S. 133).
In dieser Hinsicht gibt sich der Pearson-Report übrigens überraschend optimistisch: Die aus der Modernisierung "entstehenden Konflikte haben sich trotz aller Schwierigkeiten im großen und ganzen als erstaunlich leicht beherrschbar erwiesen, sobald die politischen Strukturen der Entwicklungsländer einmal elastischer und anpassungsfähiger geworden sind". (S. 77). - Was das genauer heißt, geht hervor aus der Darstellung, die die Kommission von den faschistischen Regimen in der Dritten Welt gibt. So heißt es über den Putsch in Brasilien: "Erst nachdem ein

3) Hier ist der Einfachheit halber von den Monopolprofitraten abstrahiert.

Rosa Luxemburg und die Oktoberrevolution 1917

Mit "Die russische Revolution" von Rosa Luxemburg und Texten von Cliff, Fröhlich und Nettl zu diesem Thema. Ausführliche Bibliographie.

3,00 Ab 10 Exempl. 2,3o

Friedrich Engels: Ursprung der Familie, des Staats und des Privateigentums

Nachdruck aus der MEW, vollständiges Register und einem Vorwort von J.Kudas aus der Zeitschrift "Unter dem Banner des Marxismus": "Wie Engels von der bürgerlichen 'Wissenschaft' widerlegt wird". Über 2oo Seiten insgesamt.

4,00 Ab 10 Exempl. 3,oo

Zur stalinistischen Philosophie

Mit Beiträgen von O.Negt ("Zur Genese der stalinistischen Philosophie"), J.Schleifstein, A.Schmidt, T.F.Mohl und einem einleitenden Vorwort.

3,00 Ab 10 Exempl. 2,3o

Vor-und Frühformen des Sozialismus

von Iring Fetscher
Kurzer geschichtlicher Abriß einschließlich Karl Marx
2. erweiterte Auflage mit bibliographischen Hinweiser und zahlreichen Abbildungen

3,50 Ab 10 Exempl. 2,7o

Lukacs: Geschichte und Klassenbewußtsein	6,oo	Reich: Funktion des Orgasmus	5,oo
Lukacs: Partei und Organisation	5,oo	Reich: Was ist Klassenbewußtsein?	3,oo
Das rote Gewerkschaftsbuch	5,oo	Reich: Dialektischer Materialismus u. Psychoanalyse	3,5o
Grossmann: Marx, die klassische nationalökonomie und das Problem der Dynamik	2,5o	Reich: Der triebhafte Charakter	3,5o
Horkheimer/Adorno: Dialektik der Aufklärung	7,oo	Reich: Einbruch der Sexualmoral	3,5o
Horkheimer: Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie	3,5o	Reich: Der sexuelle Kampf der Jugend	3,5o
Habermas: logik der Sozialwissenschaften	6,oo	Stalin: Histomat und Diamat und die Grundlagen des Leninismus	3,oo
Vera Schmidt u.a.: Antiautoritäre Erziehung u. Kinderanalyse	4,5o	Mao: Über die Praxis / Über den Widerspruch	1,3o

Ab 10 Exempl. pro Titel 3o% Rabatt. Lieferung nur per Nachnahme oder Vorausbezahlung auf das Postscheckkonto: Hmb. 2551 8o, Spartakus GmbH, 2 Hamburg 13.
Weitere große Auswahl an sozialisierten Drucken - liste anfordern!

★spartakus

POLITISCHE BUCHHANDLUNG GmbH. · 2000 Hamburg 13, Schlüterstr. 86 · Tel. 0411/41 74 84

Regierungswechsel im April 1964 die Einführung einer kontinuierlichen internen Wirtschaftspolitik ermöglichte, brachte man die Entwicklungshilfe für Brasilien wieder in normale geregelte Bahnen". (S. I/25). Hinter diesen glatten Sätzen verbirgt sich der Terror der Todeskommandos, die Foltern, die Leiden und das Elend des brasilianischen Volkes.

Aber unser Friedensnobelpreisträger geht noch weiter: "Die Verantwortung für (derartige) (heikle politische) Entscheidungen (4) liegt natürlich bei den einzelnen Regierungen, wenn auch die Art und Weise, in der diese Regierungen ihrer Verantwortung nachkommen, auf jeden Fall die internationale Zusammenarbeit ... tangieren wird". (S. 78). "Es ist natürlich unrealistisch, von Regierungen kapitalexportierender Länder zu erwarten, daß sie passiv bleiben, wenn im Gastland das Eigentum ihrer Bürger diskriminierenden oder konfiskatorischen Maßnahmen ausgesetzt ist, doch sollte die Intervention - wenn immer möglich - Formen annehmen, die die langfristigen Beziehungen nicht aufs Spiel setzen". (S. 134).

Und wenn unter solcher Obhut die armen Völker recht fleißig arbeiten, sollen sie's - nach den Berechnungen der Pearson-Kommission - in 100 Jahren auch so schön haben wie wir heute hier bei uns . (S. 154).

Das Schreckliche an den Empfehlungen der Pearson-Kommission ist, daß sie durchaus realistisch sein könnten. Die Industrialisierung einiger Länder der Dritten Welt kann in kapitalistischen Produktionsverhältnissen gelingen, gerade weil das der einzige Ausweg ist, der dem Imperialismus heute noch verblieben ist. Für die Völker der Dritten Welt, für diejenigen, deren Staaten in die Brüderschaft des Imperialismus aufgenommen werden sollen, wie für die, deren totale Versklavung noch einmal beginnen soll, bleibt nur die Alternative des Sozialismus, der Lösung der Probleme der Industrialisierung durch die ursprüngliche sozialistische Akkumulation und die internationale sozialistische Arbeitsteilung, also die Alternative der Revolution. Gelingt diese nicht bald, könnte noch einmal das imperialistische Kapital womöglich auf Jahrzehnte seine Herrschaft stabilisieren. Damit würde auch das Erstarken der Arbeiterbewegung in Westeuropa und Nordamerika noch einmal um ebensoviel Jahrzehnte verzögert werden können: Es kommt also gerade im Interesse der Arbeiterbewegung hier darauf an, unsere Aufmerksamkeit und unsere Kräfte auf den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt zu konzentrieren.

Der Pearson-Bericht selber deutet eine Praxismöglichkeit an: Trotz der niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals in den Entwicklungsländern ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Wissenschaft auch jetzt schon von entscheidender Bedeutung, nämlich in der forcierten Förderung des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Entwicklung kapitalsparender Technik und Ausarbeitung politischer und ökonomischer Strategien. Schon jetzt arbeitet ein Heer von 100.000 wissenschaftlichen und technischen Kadern aus den Metropolen in den Entwicklungsländern, und dieses Heer soll möglichst schnell vergrößert werden. Die Pearson-Kommission hat klar erkannt, daß dieses Heer auch von "größter ideeller Bedeutung" ist, für die Verpflanzung von Ideologien nämlich.

"Das Recht auf Ausbildung ist eines der Grundrechte des Menschen, und Gesellschaften mit niedrigen Einkommen brauchen gebildete und aktive Staatsbürger, deren Ausbildung den Bedürfnissen der sich wandelnden Wirtschaft entspricht." (S. 93).

Die Strategie 'Zerschlagt-die-Entwicklungshilfe' ist ebenso illusionär wie falsch. Die sozialistische Intelligenz der Metropolen hat einige ihrer dringlichsten Aufgaben an asiatischen und afrikanischen Universitäten, in der Analyse des Todeskampfes des Imperialismus und in der propagandistischen Verbreitung dieser Analyse und Kritik, in der praktischen Unterstützung der revolutionären Bewegungen der Völker der drei Kontinente. Und der Aufruf der Pearson Kommission im Auftrag der Weltbank könnte einen anderen Sinn bekommen: "Es ist eine edle Aufgabe, zu der die Menschheit in diesem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts aufgerufen wird." (S. 165).

Fritz Kramer

4) Gemeint sind Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Mobilität, Bodenreformen (als Anreiz für Investitionen), Verwaltungsreformen, Umverteilung der Steuerlast und Bestimmungen gegen übermäßige Machtkonzentration. Da es sich hier im allgemeinen um wenigstens in Resten vorbürgerliche Gesellschaften handelt, müssen diese Maßnahmen von oben als "Ersatz" einer bürgerlichen Revolution, zumindest aber progressiver bürgerlicher Bewegungen dienen. Bisher ist dazu nur ein gesellschaftliches Mittel gefunden worden: der Faschismus. (vgl. dazu etwa B. Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Ffm. 1969).



Das Schuldenproblem der «Entwicklungsländer» +

Die hohe Verschuldung der Entwicklung sländer gegenüber den kapitalistischen Industrieländern ist Ausdruck des Dilemmas, in das der Imperialismus heute geraten ist, und zu dessen Überwindung Pearson seine Strategie ausgearbeitet hat.[1] Wenn sich die Handels- und "Entwicklungshilfepolitik" der imperialistischen Länder nicht sehr bald grundlegend ändert, werden die Entwicklungsländer noch vor Ende der Achziger Jahre derart verschuldet sein, daß sie ihre Importe aus den kapitalistischen Industrieländern erheblich einschränken müssen. Genau das hätte schwere Realisierungskrisen in den Industrieländern zur Folge.

Das Ausmaß der Verschuldung der Ent wicklungsländer

Die Verschuldung der Entwicklungsländer stieg in den letzten Jahren durchschnittlich um 17% pro Jahr auf insgesamt etwa 50 Milliarden Dollar im Jahre 1969 an. Der Schuldendienst (also Zinszahlungen und Rückzahlungen) beträgt heute etwa 5 Mrd. Dollar. Das Ausmaß dieser Schuldenlast wird erst deutlich, wenn man sie im Verhältnis zu den Deviseneinnahmen (z.B. neugewährte Kredite, Exporterlöse) der Entwicklungsländer sieht. Der Schuldendienst dieser Länder beträgt im Verhältnis zu den neugewährten Krediten in: Lateinamerika 87%, in Afrika 73%, in Ostasien 52% und in Südasien und dem Nahen Osten 40%. Wenn die Kredite strukturell in der gleichen Zusammensetzung bleiben und im gleichen Tempo anwachsen, werden all diese Regionen schon 1977 mehr für den Schuldendienst ausgeben müssen, als sie an Krediten erhalten. Die Rückzahlungen und Zinsen müssen in konvertierbarer Währung gezahlt werden, d.h. die Entwicklungsländer müssen hierfür Devisen aufwenden, die sie sonst für Importe verwenden könnten. Devisenquellen sind einmal die Reserven der Entwicklungsländer, zum zweiten die privaten und öffentlichen Kapitalimporte und zum dritten die Exporterlöse. Die letzteren sind die wichtigste Devisenquelle der Entwicklungsländer. Doch schon heute müssen im Durchschnitt etwa 20% der Exporterlöse für den Auslandsschuldendienst und die Gewinntransfers aus privaten Investitionen ausgegeben werden. Länder wie Brasilien, Argentinien, Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Chile, Iran, Indonesien müssen schon über 25% ihrer Exporterlöse für diese Zwecke aufwenden. Das bedeutet natürlich eine beträchtliche Einschränkung ihrer Importmöglichkeiten.

Gründe für die hohe Verschuldung

Das Schuldenproblem der Entwicklungsländer besteht schon immer, es hat sich aber vor allem seit 1967 rapide verschärft. Die direkten Gründe dafür sind zu suchen einmal in der Zusammensetzung und den Konditionen der Kredite an die Entwicklungsländer und zum zweiten in dem langsamen Ansteigen der Exporterlöse und dem zunehmenden Bedarf an Importen.

Veränderungen in der Zusammensetzung und den Konditionen der Entwicklungshilfe der imperialistischen Länder

Vor allem aus vier Gründen wurde durch die Art der Entwicklungshilfe der imperialistischen Länder die Schuldenlast der Entwicklungsländer verschärft:

1. Seit 1967 ist der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe an der gesamten Entwicklungshilfe rapide gefallen, und der Anteil der privaten Entwicklungshilfe entsprechend gestiegen. Da die Konditionen der privaten Kredite aber immer härter sind als die von öffentlichen Krediten, erhöht sich bei gleichbleibendem gesamten Kreditvolumen die Schuldenlast. Das zeigt auch die Tatsache, daß der Anteil privater Kredite an den ausstehenden Schulden der Entwicklungsländer nur 25% beträgt, der Anteil des Schuldendienstes für private Kredite aber 50% des gesamten Schuldendienstes.
2. Seit 1961 ist die gesamte Entwicklungshilfe im zunehmenden Maße gebunden vergeben worden. 1967 waren nur noch 16% der gesamten öffentlichen Hilfe nicht gebunden. Gebundene Kredite bedeuten aber immer zusätzliche Kosten für die Entwicklungsländer, da sie einmal die Güter, die sie mit diesen Krediten kaufen wollen, nicht dort kaufen können, wo sie am billigsten sind, sondern nur in dem Land, kaufen dürfen, das ihnen den Kredit gewährt hat; zweitens entstehen Kosten durch zusätzliche Verwaltung, Kontrolle, u.ä.,
3. Die kostspieligste Art der Entwicklungshilfe stellen für die Entwicklungsländer die Exportkredite dar. Exportkredite sind natürlich immer bilaterale, gebundene Kredite. Ihre Laufzeit ist sehr kurz (5Jahre), die Zinsen sehr hoch. Der Anteil der Exportkredite ist seit 1966 enorm gestiegen. 1967 betrugen die privaten Exportkredite brutto etwa 3 Mrd Dollar. Zählt man die öffentlichen Exportkredite dazu, dann erhöht sich die Summe auf etwa 4 Mrd. Dollar. Die privaten Exportkredite machten etwa 14% der gesamten Geldmittel aus, die 1968 an die Entwicklungsländer übertragen wurden. In einigen Ländern - Argentinien z.B. - machen sie jedoch 1/4 der gesamten Auslandsverschuldung aus.

Die wachsende Konkurrenz der imperialistischen Länder im Export von Produktionsmitteln hat die Konditionen der Exportkredite etwas leichter werden lassen. Die Zinsen wurden etwas gesenkt und die Laufzeit über die üblichen 5 Jahre hinaus verlängert, dadurch, daß ein Teil des Kredits vom imperialistischen Staat getragen wird. Doch diese Erleichterung ist nur oberflächlich, sie wird durch eine "Preisanpassung" wettgemacht. Diese Anpassung besteht schlicht darin, daß die mit den Exportkrediten finanzierten Güter zu Preisen verkauft werden, die weit über dem Weltmarktpreis liegen. (Manchmal bis zu 100% über dem Weltmarktpreis!)

Da die Exportkredite oft für langfristige Investitionen verwandt wurden, die nicht direkt Ertrag abwerfen, mußten

+ Beitrag zu einem teach-in am 16.6.70 in Heidelberg

häufig Umschuldungen vorgenommen werden. Argentinien mußte innerhalb von 10 Jahren 3 mal umschulden, Indonesien innerhalb von 3 Jahren 3 mal. Umschulden heißt, daß das Entwicklungsland neue (und fast immer teurere) Kredite aufnehmen muß, nur um alte zu bezahlen, und sich zudem Eingriffe in seine Innenpolitik von Seiten des Gläubigers, also des imperialistischen Landes, gefallen lassen muß.

4. Das Schuldenproblem verschärfte sich schließlich auch noch dadurch, daß nicht nur die Konditionen der privaten Kredite, sondern auch die der öffentlichen Kredite sich verschlechtert haben. Der durchschnittliche Zinssatz der DAC-Staaten stieg von 3,1% (1964) auf 3,3% (1968) während gleichzeitig die Laufzeit um etwa 15% gesunken ist. Der Zinssatz der BRD liegt bei 4 %, der der USA bei 3,5 %.

Eine Aufschlüsselung der gesamten Entwicklungshilfe kann nicht global erfolgen. Es soll deshalb hier nur kurz und exemplarisch auf die Entwicklungshilfe der USA und der BRD eingegangen werden. Die private Entwicklungshilfe, also private Investitionen in Entwicklungsländern, private Exportkredite, etc., die ganz offensichtlich nichts als ein Geschäft der Kapitalisten ist, wird dabei von vornherein ausgeschlossen.

Die Entwicklungshilfe der USA

Daß die öffentliche Entwicklungshilfe (genau wie die private) der USA nur für die Durchsetzung ihrer Interessen eingesetzt wird, geht eindeutig aus dem Titel des Foreign Assistance Act von 1969 hervor. Er sei nämlich: "Ein Gesetz zur Förderung der Außenpolitik, der Sicherung und der allgemeinen Wohlfahrt der Vereinigten Staaten, mittels der Hilfe an die Völker der Welt, um das wirtschaftliche Wachstum im Rahmen demokratischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Institutionen zu erreichen, und für andere Zwecke."

1969 betrug die offizielle Entwicklungshilfe der USA 6,5 Mrd. Dollar. Davon entfielen allein 3,4 Mrd. Dollar auf Militärhilfe für Vietnam, Kambodscha, Thailand, Laos, Südkorea, die Türkei, Griechenland und 44 weitere Länder. (Der Peterson Report über die amerikanische Entwicklungshilfe meint dazu, daß durch die Militärhilfe die Empfänger ja Mittel einsparen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben)

Von den restlichen 3,1 Mrd. Dollar entfielen 1,4 Mrd. Dollar auf die Lieferung von Nahrungsmitteln an Entwicklungsländer. Durch diese Lieferung wird erstens die amerikanische Landwirtschaft indirekt subventioniert, da damit die Preise für Agrargüter in den USA künstlich hochgehalten werden, und zweitens bedeuten sie eine Unterstützung der US-Schiffahrt, denn die Transporte der Nahrungsmittel mußten mit amerikanischen Schiffen durchgeführt werden, die Transportkosten von den Entwicklungsländern bezahlt werden.

Es bleiben also 1,8 Mrd. Dollar übrig, die für Kapitalhilfe, technische Hilfe, Peace Corps und multilaterale Zuwendungen verwendet werden. Die multilateralen Zuwendungen, soweit sie an Institutionen wie die Weltbank gehen, werden mit 7% verzinst und bringen zudem noch Aufträge für die amerikanische Industrie ein. Die Rolle und Funktion des Peace Corps ist hinlänglich bekannt. Die Kapitalhilfe, die z.B. im Rahmen des AID verliehen wird, wird zu mindestens 80% wieder für Exporte aus den USA ausgegeben, wenn sie nicht, wie in Vietnam, zur Bezahlung der Arbeit des CIA herhalten muß. Die technische Hilfe erfüllt u.a. die Funktionen des Kulturimperialismus, der Erhöhung der Produktivität der Lohnarbeit und der Schaffung eines "günstigen Investitionsklimas" für die privaten Investitionen, der Reformen im Agrarsektor, denn, so meint John. D. Hannah, der Chef des AID-Programms, "Mao lehrt, daß die Revolution vom Lande kommt, wir (die USA) müssen sie also dort verhindern."

Die amerikanische Entwicklungshilfe erfüllt also, was das Gesetz fordert, nämlich die Sicherung des wirtschaftlichen, politischen, und Sicherheitsinteresses der USA.

Die Entwicklungshilfe der BRD

Die deutsche Entwicklungshilfe gleicht in der Intention und in ihrer Zusammensetzung der der USA. Unterschiede bestehen allenfalls in der Höhe der Gesamtsumme und darin, daß die militärische Hilfe im Haushalt des Auswärtigen Amtes und nicht im Haushalt des BMZ geführt wird. 1969 betrug die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe 2,5 Mrd. DM. (Die vielgerühmten 8,9 Mrd. DM kommen nur zustande, wenn man die 6,47 Mrd. DM privater Leistungen dazu zählt)

Zieht man die Leistungen nichtstaatlicher Organisationen ab, bleiben für die öffentliche Hilfe ganze 2,2 Mrd. DM übrig. Davon entfiel die Hälfte auf nicht rückzahlbare Zuwendungen in Form von technischer und multilateraler Hilfe. Hiervon entfielen wiederum etwa die Hälfte auf Reparationen und ähnliche Übertragungen. Die technische Entwicklungshilfe erfüllt die gleichen Funktionen wie die der USA, wobei im Falle der BRD politische Motivationen allerdings eine stärkere Rolle spielen.

Beispielhaft dafür, wie deutsche Entwicklungshilfe in einzelnen Fällen aussieht, ist das Kreditabkommen, daß im Januar 1970 zwischen Indien und der BRD abgeschlossen wurde. Es belief sich auf insgesamt 265 Mill. DM. Davon waren 79 Mill. Dm für Warenimporte aus der BRD und 29 Mill. DM für Warenimporte aus einem beliebigen Land vorgesehen. Außerdem 30 Mill. DM für die Finanzierung von vier Frachtmotorschiffen, die in deutschen Werften gebaut werden sollten. (Hier ist zu beachten, daß die deutsche Werftindustrie von der Aufwertung Ende 1969 besonders hart betroffen war und derartige Aufträge dringend benötigte). 35 Mill. DM sollten für den Import von Kapitalanlagegütern aus der BRD, und 62 Mill. DM für Umschuldung verwandt werden. Die restlichen 89 Mill. DM waren für den Bau einer petrochemischen Fabrik bestimmt, deren Anlagen vor allem aus der BRD bezogen werden.

Der Vertreter der BRD, der die Verhandlungen führte, war Hermann J. Abs, der die imperialistischen Interessen des deutschen Monopolkapitals wieder einmal treffend zum Ausdruck brachte. Er betonte, daß deutsche Investoren östlich von Suez und insbesondere in Indien gute Anlagemöglichkeiten erblickten. Es komme jedoch darauf an, deren Projekte nicht allzusehr zu beschneiden, sondern eine möglichst liberale Investitionspolitik zu pflegen. "Wir suchen langfristige Anlagen in einem großen Markt und wollen dort nicht nur für den heimischen Bedarf, sondern auch für dritte Länder und die deutschen Stammhäuser produzieren." (zitiert nach Handelsblatt, 19.1.1970)

Einmal hat also die spezifische Form der Kreditgewährung der kapitalistischen Industrieländer zu der Verschärfung des Schuldenproblems beigetragen, zum anderen aber hat sich die Position der Entwicklungsländer im Welthandel laufend verschlechtert und sie zu immer größeren Kreditaufnahmen gezwungen.

Die Verschärfung des Schuldenproblems durch die Verschlechterung der Außenhandelsposition der Entwicklungsländer

1. Der Importbedarf an Investitionsgütern der Entwicklungsländer wächst schneller als die gesamte Wirtschaft. Zudem waren viele Entwicklungsländer gezwungen, Nahrungsmittel zu importieren.
2. Die Exporterlöse sind langsamer gestiegen, als die Ausgaben für Importe. Bis 1966 stiegen die Exporterlöse insgesamt um etwa 6% pro Jahr, ab 1967 aber nur noch um 1% pro Jahr, in einigen Ländern gar nicht mehr. Das liegt einerseits an dem Sinken der Rohstoffpreise und andererseits daran, daß die Industrien, die entstanden, vor allem Güter produzierten, die die Importe an Konsumgütern ersetzen sollen. Jeder Aufbau einer Industrie in Entwicklungsländern führt aber zu vermehrten Importen an Investitionsgütern. Wenn diese Industrien nicht selbst für den Export produzieren, fehlen also die zusätzlichen Devisen für den Kauf ihrer Produktionsanlagen. Das Land muß für die Finanzierung dersteigenden Importe also entweder auf seine Devisenreserven zurückgreifen (die aber zumeist sehr niedrig sind) oder Kredite aufnehmen. Durch die Kredite muß es aber wieder zusätzliche Devisen für den Schuldendienst verwenden. Diese Devisen fehlen dann bei der Bezahlung der Importe, die Verschuldung wird also immer größer.

Das Entwicklungsland hat im Rahmen des kapitalistischen Systems nur eine Möglichkeit, aus diesem Dilemma herauszukommen, wenn es die Produktion für den Export forciert. Allerdings stößt es dabei heute auf die Zollbarieren der Industriestaaten, die seine Bemühungen nichtig machen. Von daher ist Pearsons Vorschlag einer liberalisierung des Handels zu verstehen.

Benachteiligung der Entwicklungsländer im Weltwährungssystem

Ihre Devisen- und Währungsschwierigkeiten haben die Entwicklungsländer neben den oben angeführten Faktoren zum großen Teil auch der Art des Währungssystems der nicht sozialistischen Länder zu verdanken. Dieses Währungssystem ist vorwiegend auf die Interessen der kapitalistischen Industrieländer ausgerichtet. Die Aktivität des IWF ist dafür bezeichnend. Von allen Krediten, die er für die Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten bereitstellte, haben die Entwicklungsländer nur etwa 1/3 erhalten. (in den letzten Jahren sogar weniger.) Zudem hat der IWF diese Mittelbereitstellung meistens mit wirtschaftspolitischen Forderungen verbunden, die die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer entschei dend hemmten. So mußte Bolivien z.B. 1959 seine bilateralen Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten aufkündigen, ehe es einen Kredit vom IWF erhielt.

Die Funktionen der Weltbankgruppe

Die wichtigste multilaterale Finanzierungsorganisation für die Entwicklungsländer ist die Weltbankgruppe. Sie besteht aus der Weltbank selbst und ihren beiden Unterorganisationen, der IDA und der IFC. Diese Gruppe ist exemplarisch für die Kooperation der imperialistischen Länder zur Kontrolle über die Dritte Welt. Sie übernimmt sozusagen die Entwicklungshilfefunktionen des Staates auf internationaler Ebene. Die Weltbankgruppe soll die Freizügigkeit der imperialistischen Länder in ihrer Entwicklungshilfepolitik nicht beschränken, sondern nur ergänzen. Das zeigt sich darin, daß Kredite nur vergeben werden, wenn der Antragsteller sonst keine Möglichkeiten der Kreditaufnahme hat.

Während die IDA und die Weltbank vornehmlich die langfristigen, direkt weniger profitablen, aber notwendigen Infrastrukturinvestitionen übernehmen, ist die IFC mehr ein Bund privater Kapitalisten, der aus den von der Weltbank und IDA geschaffenen Möglichkeiten einer profitablen Kapitalanlage Nutzen zieht. Die Kredite der IDA

DO. 15.10.
P. KOSCH GROUP BERLIN
DO. 22.10.
BARBA ROSSO BREMEN
DO. 29.10.
BIG BAND 70
feat.: SIGI BUSCH b.
CAVE 54
Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e. V.
Heidelberg, Krämergasse 2 Tel. 06221/27840
Werden Sie Mitglied im ältesten Studenten Jazz- Club Deutschlands

sind praktisch zinsfrei und werden auf 50 Jahre vergeben. Die Kredite der Weltbank werden jetzt zu 7 % verzinst und haben nur eine Laufzeit von 25 Jahren.
Die Weltbankgruppe hat sich für die imperialistischen Länder direkt als recht ertragreich erwiesen. Abgesehen von den Gewinnen aus der IFC und den Zinserträgen der Weltbankkredite wurden alle Produktionsaufträge an die kapitalistischen Industrieländer vergeben. Deutschland hat beispielsweise bis Juni 1965 an Exportaufträgen der Weltbank fünf mal so viel wie sein in der Weltbank eingezahltes Kapital verdient.
Viel wichtiger sind aber die eigentlichen Funktionen der Weltbankgruppe, nämlich:

1. Sicherung der Einflußsphäre der imperialistischen Länder
2. Erweiterung des Marktes für deren Produkte
3. Schaffung von profitablen Kapitalanlagemöglichkeiten.

Die kapitalistischen Industrieländer haben die Mehrheit der Stimmen in der Weltbankgruppe und können damit auch sicherstellen, daß die Politik der Weltbank in ihrem Interesse durchgeführt wird. Die Bewilligung der Kredite der Weltbank ist an die Anerkennung "marktwirtschaftlicher", also kapitalistischer, Grundsätze von Seiten der Schuldner gebunden.
Zur Erfüllung der Funktionen 2 und 3 soll die Weltbank jetzt in der neuen Strategie des Imperialismus nach Pearsons Empfehlungen die Führung und Koordination übernehmen. Unter der Leitung von Robert McNamara hat sie schon damit angefangen. Von 1968 auf 1969 hat sich das Kreditvolumen der Weltbank verdoppelt. Die von Pearson empfohlenen Sektoren sind im Vergleich zum Vorjahr besonders gefördert worden: Verdreifacht haben sich die Kredite für Investitionen in den Sektoren Erziehung, Fernmeldewesen; verdoppelt in den Sektoren Landwirtschaft und Transportwesen, während die Investitionen in den Sektoren Industrie und Energieversorgung, die zwar absolut schon immer einen relativ großen Anteil an den Gesamtinvestitionen einnahmen, um weniger als die Hälfte gewachsen sind. Fast acht mal so groß wie im Vorjahr sind die Ausgaben für die Kontrolle und Vorbereitung von Projekten. Außerdem wurden die zur Industrialisierung auserwählten Entwicklungsländer schon verstärkt berücksichtigt.

Das Schuldenproblem zeigt, daß eine neue imperialistische Strategie für die kapitalistischen Industrieländer lebensnotwendig ist. Die von Pearson vorgeschlagene Strategie wird von dem Monopolkapital der USA und der BRD massiv unterstützt. Inwieweit sie sich aber für alle imperialistischen Länder und vor allem gegen die Interessen des Teils der amerikanischen Kapitalisten, die Nixons Politik unterstützen, durchsetzen wird, ist noch nicht abzusehen.

Tilla Siegel

Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

Inhalt:

I Die Entwicklung der protugiesischen Wirtschaft
II Die ausländischen Investitionen in Portugal und Kolonien
III Westdeutsche Interessen in Portugal und Kolonien
1. Krupp in den Kolonien
2. Siemens in der Metropole
3. Cabora Bassa als Modellfall
IV Zusammenfassung

"Aus den Angaben, die das Sub-Komitee von seinen Mitgliedern, von afrikanischen Ländern, die Petitionen einbrachten, und aus den Arbeitspapieren des Sekretariats für Bergwerksindustrie und Landbesitz in Angola und Mozambique erhalten hat, geht hervor, daß die portugiesische Kolonialpolitik (in krassem Gegensatz zu der traditionellen portugiesischen Kolonialpolitik) zu ausländischen Investitionen ermuntert hat, die ihrerseits wieder das portugiesische Unterfangen in diesen Gebieten unterstützen und stärken. Es ist bezeichnend, daß die Politik Portugals, das Volumen der ausländischen Investitionen in den unter seiner Verwaltung stehenden Gebieten zu vergrößern, genau mit dem Aufbruch der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika koinzidiert. Ziel dieser überlegten Politik war, wie die Erfahrung gezeigt hat, die Gewinnung der finanziellen, materiellen und sonstigen Unterstützung durch die ausländischen Interessen, die Portugal bei der zukünftigen Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen sowie bei der Repression der wachsenden politischen Bestrebungen der Bevölkerung in den von ihm verwalteten Gebieten (Angola, Guinea-Bissau und Mozambique) helfen soll". (UN-Dokument, vorgelegt in der 17. - 22. Sitzung der UN-Generalversammlung)

I Die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft

1968 konnte man den Presseberichten entnehmen, daß Portugal begonnen hatte, in seinen internationalen Beziehungen ein Thema besonders herauszuarbeiten und aufzuwerten: den strategischen Wert seiner afrikanischen Kolonien. Es wurde betont, daß nach der Suezkrise ein "kolossales Va-

→

kuum" entstehen könne und damit die Inseln Azoren, Cap Verde und Sao Tomé zum "Bollwerk" der westlichen Verteidigung werden würden. Bei längerem Ausfall des Suezkanals und der dadurch erzwungenen Benutzung der Kaproute, so betonte der protugiesische Außenminister, könnten die Küsten von Mozambique im Indischen Ozean mit ihren "wunderbaren und gut ausgerüsteten Häfen und Flughäfen" zusammen mit der Südafrikanischen Republik "diesen breiten Raum verteidigen und die Seeverbindung garantieren" (1). Im Februar 1969 besuchten Militärattachées, unter anderem aus den Ländern Südafrika, England und der BRD, die Kolonien Angola, Guinea und Mozambique (2).

Um die neue Linie in der port. Kolonialpolitik zu verstehen, muß man die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe seit der Machtergreifung der Militärs Ende der Zwanziger Jahre und der Gründung des "Estado Novo" mit Salazar an der Spitze der Regierung betrachten. Besonders wichtig ist die Entwicklung der Beziehungen zwischen der portugiesischen und der ausländischen Bourgeoisie seit dem 2. Weltkrieg.

Eine Analyse der portugiesischen Wirtschaft und Politik seit der Etablierung des Estado Novo im Jahre 1926 läßt sich in drei Phasen aufteilen, die ihre besonderen Merkmale aufweisen: die erste Periode von 1930-50, die 2. von 1951-1960 und die 3. von 1961 bis heute (3).

Die erste Periode 1930-1950

Die Etablierung des Faschismus in Portugal (Estado Novo) war bedingt durch die Bedürfnisse des portugiesischen Kapitalismus in seinen Bemühungen, den Klassenkampf zu paralysieren. Dazu wurde ein korporativer Staat geschaffen und vor allem die Gesetze über die Bedingungen der Gründung industrieller Unternehmungen sowie repressive Gesetze wie das über die Beschränkung der Größe der Gewerkschaften, ihre Kontrolle und über die Aufhebung des Streikrechts erlassen (4).

Die Regierung Salazar, geboren aus der Allianz zwischen Großgrundbesitzern, Bankiers, Kaufleuten und mittleren Industriellen, führte diese Allianz geschickt durch den 2. imperialistischen Weltkrieg. Sie ging sogar stark gefestigt daraus hervor, gestärkt durch die Akkumulation außerordentlicher Profite aus dem Kriegshandel, besonders mit kriegswichtigen Metallen wie Wolfram (5).

Aufgrund seiner geringen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beschränkte sich die portugiesische Wirtschaft nach dem Krieg einerseits auf den Binnenmarkt; wegen des Mangels an modernen Produktionsprozessen entstanden dem portugiesischen Kapitalismus andererseits hohe Produktionskosten, was ein Bedürfnis nach niedrigen Löhnen mit sich brachte. Da niedrige Löhne - durch die Notwendigkeit, nur auf dem internen Markt abzusetzen - niedrige Preise implizierten, sah sich der Staat als Vertreter der Großgrundbesitzer veranlaßt, diesen finanzielle Unterstützungen zu gewähren, mit deren Hilfe sie trotz Beibehaltung niedriger Preise zu ihren Gewinnen kommen konnten. Diese Politik führte zu einer direkten Assoziierung der Großgrundbesitzer und der politischen Macht.

In dieser Periode tendierte Portugal zu einer Agrargesellschaft mehr oder weniger mittelalterlicher Art, ohne Unterstützung durch den Staat, dagegen mit einer Konditionierung, die eine Entwicklung verhindern sollte: "eine Mischung aus Feudalismus und Kapitalismus, ausgerichtet nach Übersee ..." (6). Jede Umstrukturierung, so fürchtete man, könnte den Privilegien der Großgrundbesitzer schaden. Einige industrielle Unternehmen wurden zugelassen, doch erhielten sie, um die Konkurrenz auszuschalten und Gewinne zu garantieren, eine Monopolstellung. Dieses Vorgehen erklärt, warum der Lebensstandard in dieser Periode stagnierte. Ein Überangebot an Arbeitskräften erlaubte zudem das Beibehalten niedriger Löhne, obwohl in dieser Periode und besonders nach dem Krieg eine große Kapitalakkumulation zustandekam. In der Tat brachten der Deviseneingang von ausländischen Flüchtlingen und die Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen zu sehr hohen Preisen Portugal nach dem 2. imperialistischen Krieg große Mengen an Kapital, womit die portugiesische Wirtschaft hätte angekurbelt werden können. Doch entsprach dies nicht den Interessen der portugiesischen Bourgeoisie, und diese Kapitalien wurden in Form von Luxusgütern konsumiert.

Die Situation des portugiesischen Kapitalismus - der durch rückständigere Sektoren schwer belastet war - war gekennzeichnet durch leichte wirtschaftliche Expansion und die Verteidigung der Kolonialmärkte als Rohstoffquellen und Absatzmärkte für die portugiesischen Produkte. Für die mehr entwickelten Sektoren des portugiesischen Kapitalismus, besonders die Transformationsindustrie, waren die Kolonien eine unabdingbare Basis für die Erweiterung des internen Marktes.

Deshalb setzte die Politik der Lissaboner Regierung dem Eindringen ausländischen Kapitals in die Kolonien genau definierte Grenzen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß kein ausländisches Kapital in den portugiesischen Kolonien investiert wurde, sondern, daß Investitionen nur in bestimmten Wirtschaftsbereichen getätigt werden durften, nach Regeln, die die portugiesische Regierung setzte.

(1) Zur Einschätzung des strategischen Wertes der portugiesischen Kolonien für die kapitalistischen Industrieländer ist ein von einer ad-hoc-Gruppe für den britischen "Conservative Commonwealth and Overseas Council" vorbereitetes Dokument von großer Bedeutung.
Dieses Geheimdokument wurde zum ersten Male von Africasia, Paris, in der Nr. 20. Juli/August 1970 veröffentlicht.

(2) UNO-Dokument A/7623/Add. 3 vom 25.9.1969, S.35 (englische Ausgabe).

(3) Vergl. für diese Aufteilung und Analyse: Eduardo Guerra: "Evolucao da Economia Portuguesa", Lissabon 1967, S. 17-31.

(4) Vgl. Manuel Sertório in "Africasia" Nr. 23 vom Sept. 1970 und F. Pereira de Moura "Por onde vái a economia portuguesa", Lissabon 1969, S. 22

(5) Eduardo Guerra, a.a.o., S. 20

(6) idem, S. 17

Die zweite Periode 1951-60

1950 aber kamen neue Faktoren hinzu: Das europäische Beispiel zeigte den portugiesischen Kapitalbesitzern, daß sie ihre Investitionen vorteilhafter in der Industrie tätigen könnten, und ohne großes Risiko, wenn der Staat sie unterstützte. Auch hatte sich der Druck aus den anderen europäischen Ländern verstärkt, denn es lag nicht im Interesse des europäischen Kapitalismus, daß Portugal die Entwicklung Europas nicht mitmachte.

Es entstehen die Fünfjahrespläne zur Förderung einiger Industrien. Hier zeigt sich jedoch sofort ein Widerspruch: eine bis dahin statische sozio-ökonomische Struktur verhinderte jetzt eine beschleunigte Entwicklung, und es stellte sich heraus, daß die von Arbeiterschaft und Konsumenten verlangten Opfer in keinem Verhältnis zu dem Erreichten standen.
Ein Weiterbestehen des Überangebots an Arbeitskraft und das Fehlen repräsentativer Organe der Arbeiterschaft erklären, daß auch in dieser Phase der Lebensstandard der Arbeiterschaft trotz der gezeigten Entwicklung stationär blieb. Das durchschnittliche Monatseinkommen in der besser bezahlten Branche, der Industrie, lag bei 650 escudos (7). In dem Agrarbereich war die Lage noch schlechter, denn dieser Wirtschaftssektor verblieb in der Stagnation; den Großgrundbesitzern wurden weiterhin Subventionen bezahlt. So trug die portugiesische Wirtschaft immer noch die Last einer archaischen Agrarwirtschaft. In der Zeit von 1955-65 lag die jährliche Wachstumsrate des Bruttoagrarprodukts in allen Ländern Südeuropas zwischen 3 und 4 %, in Portugal nur knapp über 1 % (8). Trotzdem änderte sich die Wirtschaftsstruktur Portugals: eine langsame, doch ständige Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse führte zum Eindringen des Finanzkapitals und zur Bildung großer industrieller Firmen und Monopole, die die Grenzen, die bisher der Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft gestellt waren, sprengten.
Tabelle 1 zeigt diese Entwicklung anhand des Bruttosozialprodukts in der Stagnations- und Entwicklungsphase.

TABELLE 1

Wachstumsrate des BSP

	1938-58	1950-60	1957-61
Portugal	3,0	4,5	5,7
Spanien	3,3	5,0	2,5
Griechenland	1,2	6,2	5,8
Türkei	3,5	5,6	2,9
Jugoslavien	4,4	10,7	7,1
EFTA	-	3,1	3,4
OECD (Europa)	2,4	4,6	4,4

Aus: Xavier Pintado "Structure and Growth of the Portuguese Economy, EFTA, S. 19.

Der Aufschwung der verarbeitenden Industrie führte zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der bis dahin existierenden Allianz zwischen Staat und Großgrundbesitz, und Gruppen mit stärkerer Bindung an Großindustrie und Finanzkapital gewannen an politischer Macht. Portugal trat der EFTA bei.

Dieser Wandel der Kräfteverhältnisse wirkte sich auch auf die Kolonien aus, und zwar dahingehend, daß sich die zwischen den portugiesischen und ausländischen Finanziers und Industriellen bestehenden Beziehungen erweiterten und nun auch das Kolonialgeschäft einbezogen, das bis dahin die Portugiesen zum großen Teil allein betrieben hatten. Auf diese Weise öffneten sich die Türen der portugiesischen Kolonien für ausländisches Kapital und Technik aus dem Ausland.
Während die anderen Kolonialmächte ihren Kolonien die formale Unabhängigkeit gewährten und sich gleichzeitig - aufgrund ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit - eine neokolonialistische Ausbeutung eben dieser ehemaligen Kolonien auf dem internationalen Markt leisten konnten, blieb der portugiesischen Bourgeoisie diese Möglichkeit verschlossen, da Portugal wegen seiner rückständigen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren kann und deshalb nicht in der Lage ist, seinen Kolonien die Unabhängigkeit zu gewähren. Die portugiesische Bourgeoisie suchte neue Wege, indem sie die portugiesische Escudozone (Portugal und Kolonien) dem ausländischen Kapital öffnete, im Rahmen der EFTA Zollsenkungen hinnahm und die veralteten Strukturen der portugiesischen Wirtschaft zu reformieren begann. Jedoch wog das Gewicht der rückständigen Wirtschaftsbereiche so schwer, daß Reformen nur sehr langsam durchgeführt werden konnten und daher auch diese Öffnung zum ausländischen Kapital hin nur sehr bescheiden blieb, zumindest im Vergleich mit der Entwicklung nach dem Beginn des bewaffneten Kampfes in den Kolonien im Jahre 1961.

Die dritte Periode 1961 bis heute

Der bewaffnete Aufstand in den Kolonien in den Sechziger Jahren und die starke Emigration der Arbeitskräfte führten zu einer Veränderung der portugiesischen Wirtschaft.
Ende der 50er Jahre hatte Portugal die Repression in den Kolonien verstärkt, vor allem durch den systematischen Einsatz der portugiesischen Geheimpolizei PIDE als Reaktion auf den im Zuge der antikolonialistischen Weltbewegung wachsenden Widerstand.
Diese Repression bereitete den Boden für den bewaffneten Aufstand. Im Laufe der portugiesischen Kolonialgeschichte hat es mehrere portugiesische "Befriedungsexpeditionen" gegeben, denn immer wieder hatten sich die afrikanischen Völker gegen die portugiesische Herrschaft erhoben. Jedoch erst jetzt findet ein bewaffneter Aufstand statt, der nicht mehr auf der Ebene der Stämme bleibt, sondern unter der Führung einer nationalen revolutionären Organisation durchgeführt

(7) 100 escudos = ca. 13.- DM
(8) Blasco Fernandes, "Para uma reforma agrária em Portugal", Lissabon 1969, S. 19

wird. Die erste Hälfte der 60er Jahre wird für die portugiesischen Kolonialisten und die Regierung Salazar zu "schwarzen Jahren", die den Niedergang der Ideologie des "mehrrassigen lusitanischen Imperiums" einleiten:

- im Februar 1961 stürmt die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (Movimento Popular para a Libertaçao de Angola = MPLA) die Gefängnisse von Luanda und leitet damit den bewaffneten Aufstand in Angola ein;
- Im März desselben Jahres erheben sich die Landarbeiter im Norden Angolas unter der Führung der Uniao das Populaçoes de Angola = UPA. Dieser Aufstand findet in den traditionellen Ausbeutungsstätten der portugiesischen Bourgeoisie statt: in den Kaffeeplantagen.
- Im Juni 1962 erhebt sich unter der Führung der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und Cap Verdes (Partido Africano para a Independencia da Guiné e Cabo Verde - PAIGC) das Volk von Guinea in einem bewaffneten Aufstand und unterbricht alle Verbindungen im südlichen Teil der Kolonien.
- Im Dezember 1962 wurde Goa in Indien von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreit.
- Im September 1964 schlägt die Front für die Befreiung Mozambiques (Frente de Libertaçao da Mocambique - FRELIMO) zu und bringt die Gebiete östlich des Niassasees unter ihre Kontrolle.

Der Aufstand in den Kolonien veranlaßte die portugiesischen Kapitalbesitzer, in einer ersten Phase der Unsicherheit ihre Kapitalien ins Ausland zu transferieren, was zu einem starken Devisenabfluß führte, der allerdings in den späteren Jahren wieder zurückging.
Der Staat bedurfte neuer Einnahmequellen für die Deckung der nun erhöhten Militärausgaben. Dies führte zuerst zu einer Erhöhung der Besteuerung. Da aber eine allgemeine Steuererhöhung die Besitzer von Produktionsmitteln stark betreffen würde, ging der Staat zu einer regelmäßigen Kreditaufnahme über. Hier entstand wieder ein neuer Faktor: das Zurückgreifen auf ausländische Kredite, und zwar in großem Ausmaß, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist.

TABELLE 2

Öffentliche Verschuldung gegenüber dem Ausland
(in Millionen escudos)

1960	1899
1961	1839
1962	5223
1963	6323

Aus: E. Guerra, a.a.o., S. 28

Ein weiterer neuer Faktor in dieser dritten Periode ist die starke Zunahme der Emigration der Arbeitskräfte ins Ausland, verursacht einerseits durch die Arbeitslosigkeit in Portugal und andererseits durch die Erhöhung der Militärdienstzeit auf 4 Jahre (und jetzt in den letzten Monaten auf bis zu 6 1/2 Jahre). Diese Emigration führte zu einer Erhöhung der Deviseneinnahmen durch die Transfers der im Ausland arbeitenden Portugiesen. Zum anderen verursachte die Emigration eine Knappheit an Arbeitskräften in Portugal, dies führte zu einer Erhöhung der Löhne, was aber wegen der Neigung der kapitalistischen Unternehmer, die Lohnerhöhungen in den Preisen niederzuschlagen, um damit die Grenzgewinne zu verteidigen, gleichzeitig zu einem Druck auf die Preise führte.

TABELLE 3

Steigerung der Löhne und Preise (für Lissabon)

Jahre	Löhne, Industrie u. Transportwesen	Verbraucher-Preise	Großhandelspreise
1966-67	+ 7,4 %	+ 12,3 %	+ 6,2 %
1967-68	+ 10,5 %	+ 4,8 %	+ 1,5 %
1968-69	+ 12,5 %	+ 10,8 %	+ 3,6 %

Anmerkung: in verschiedenen Monaten erhobene Daten
Aus: Portugal in Afrika, Trikont-Hamburg 1970, S. 18

Die Reaktion des portugiesischen Kolonialismus zeigte, daß die Lissaboner Regierung in der Lage ist, sich schnell neuen Situationen anzupassen und daß sie ihre träge Kolonialpolitik nur so lange betrieben hatte, wie die Interessen der portugiesischen Bourgeoisie nicht in Gefahr gerieten. Damit war die These der sog. oppositionellen Demokraten widerlegt, die behauptet hatten, der portugiesische Faschismus werde bald eines natürlichen Todes sterben (9).
Ebenso darf die weit verbreitete Meinung, daß die drei Kolonialkriege durch ihre finanzielle Belastung diese Entwicklung des portugiesischen Kapitalismus behinderten, nur mit Vorsicht akzeptiert werden, obwohl Portugal einen relativ höheren Militäreinsatz trägt als die USA in Vietnam. Allein die Transfers der portugiesischen Arbeiter im Ausland decken die Kriegskosten. So betrugen diese Transfers der portugiesischen Emigranten im Jahre 1969 11,41 Mrd. escudos und die Militärausgaben in demselben Jahr 10,735 Mrd. escudos (10).
Natürlich werden Wirtschaft und Finanz durch die Kriege stark gestört, was z. B. auch aus der Senkung der Investitionsrate der öffentlichen Hand zu ersehen ist. Die obigen Überlegungen sollen nur darauf hinweisen, daß die allgemein verbreitete Meinung, Portugal könne die Kriege bereits jetzt ohne die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung der der NATO-Mächte nicht weiterführen, nicht unbedingt richtig ist. Allerdings kommen die Transfers der emigrierten portugiesischen Arbeiter vorwiegend aus den NATO-Ländern Frankreich und der Bundesrepublik.
"Mit voller Kraft voraus" war die Parole, die Salazar ausgab, als er unmittelbar nach dem Aufstand 1961 ankündigte, daß portugiesische Truppen nach Angola geschickt würden, die die Interessen der Regierung in den

(9) Vgl. "Viva o Comunismo", jornal teórico dos Comités Comunistas Revolucionários Marxistas-Leninistas, Februar/März 1970, S. 34

(10) Seara Nova, Lissabon, März und Juli 1970 und Manuel Sertório, a.a.o.

Kolonien - und damit die Herrschaft der Bourgeoisie über die ausgebeuteten Klassen in Portugal und in den Kolonien - verteidigen sollten. Die Armee zur Niederhaltung der Befreiungsbewegungen ist 150 000 Mann stark.
In dieser Periode installierte sich in Portugal ein zwar verspäteter, doch deutlich monopolistischer Kapitalismus, der sich mit dem Staatsapparat verschmilzt. Die Bedingungen für die Bildung industrieller Unternehmen werden aufgegeben zugunsten der Schaffung von Monopolen, und die Großgrundbesitzer müssen ihren Platz an der politischen Macht der neuen Bourgeoisie des industriellen Kapitalismus räumen.
Der Tod Salazars erleichterte die Veränderungen im portugiesischen Kapitalismus in dieser Phase, und Marcello Caetano entsprach den neuen Bedürfnissen.
Bei einer flüchtigen Analyse dieser neueren Phase des portugiesischen Kapitalismus scheinen sich in Portugal zwei entgegengesetzte Strömungen gegenüberzustehen, eine genauere Untersuchung bringt diese jedoch auf einen gemeinsamen Nenner: der ersten der traditionellen Strömung zufolge sollte Portugal weiterhin seine Anstrengungen der Integration der Wirtschaft der Kolonien in die portugiesische Wirtschaft widmen; die zweite Richtung vertritt die Integration der portugiesischen Wirtschaft in das kapitalistische Europa und scheint somit keinen Wert auf die Beibehaltung der Kolonien zu legen, was aber nicht der Fall ist, wie wir gleich sehen werden. Portugal kann gegenüber Europa nicht konkurrenzfähig werden, solange es weiterhin höhere Produktionskosten als Europa in Kauf nehmen muß. Andererseits verlangt aber ein Hineingehen in den europäischen Markt spezialisierte Arbeitskräfte und eine höhere Arbeitsproduktivität. Dies impliziert eine Erhöhung der Löhne. Um dennoch die Preise niedrig halten zu können, bleibt dem portugiesischen Kapitalisten als einzige Möglichkeit das Ausweichen auf die Beschaffung billiger Rohstoffe. Und dies wiederum ist nur bei Beibehaltung der Kolonien möglich, da er aufgrund seiner schwachen Stellung im kapitalistischen Lager nicht in der Lage ist, den neokolonialistischen Weg einzuschlagen. So sehen wir, daß diese beiden Richtungen, was die Kolonien angeht, miteinander vereinbar sind. Dies zeigt sich auch darin, daß beide Strömungen in der Regierung Caetano vertreten sind und beiden derselben (einzig zugelassenen) Partei angehören (11).
Es wird damit deutlich, daß auch in der neuen Phase des portugiesischen Kapitalismus dieselbe Politik der Beibehaltung der Kolonien und somit der Weiterführung der Kolonialkriege gegen die Befreiungsbewegungen in Angola (MPLA), Guinea (PAIGC) und Mozambique (FRELIMO) verfolgt wird.

II Die ausländischen Investitionen in Portugal und Kolonien

Die neuen Faktoren in dieser dritten Periode führten zu einer radikalen Veränderung der Beziehungen von portugiesischem zu ausländischem Kapital und des Einflusses des ausländischen Kapitalismus in der Escudozone, d.h. in Portugal und in den Kolonien. "Die wirtschaftlichen Interessen ausländischer Firmen und der portugiesischen Regierung in den Kolonien sind durch ein System gegenseitiger Vorteile verbunden. Einerseits findet die Extraktionsindustrie (die den Großteil der Investitionen auf sich konzentriert) dort billige Arbeitskräfte, bei deren Beschaffung sie häufig auf die Hilfe der Verwaltung zurückgreifen kann, sie genießt weitgehende oder völlige Befreiung von Steuern und Zollschranken und kann die Rohstoffe nach England, in die BRD, nach Frankreich, Portugal und in andere Industrieländer exportieren. Andererseits helfen die Abgaben und die Gewinnanteile, die sie Portugal zahlen, diesem, seine Kolonialpolitik in diesen Gebieten weiterzuführen und die Repression sowie militärische Operationen gegen die afrikanische Bevölkerung zu finanzieren.
Die Berichte der Diamantengesellschaft von Angola zeigen z. B. für die Jahre 1961 und 1962, daß diese Gesellschaft sogar direkt an der Finanzierung des Baues von Kasernen und Militärstationen beteiligt war. Die Bilanz der Gesellschaft für 1962 weist einen Posten von 88,6 Mill escudos für die Verteidigung Angolas aus (12). Seit 1961 erhält die Verwaltung Angolas auch von ausländischen Firmen Abgaben und Kredite für das, was Portugal "Verteidigung des nationalen Erbes" nennt. Die Abgaben der Diamantengesellschaft unter diesem Titel liegen im Durchschnitt bei 16 Mill escudos pro Jahr..." (13).

Das Ansteigen der ausländischen Investitionen in Portugal selbst wird durch die folgenden Zahlen verdeutlicht, die den Prozentsatz ausländischen Kapitals an den Gesamtjahresinvestitionen darstellen:

1959 0,8 %
1962 10,5 %
1966 26,7 % (14)

Im Jahre 1969 betrug die Gesamtsumme der ausländischen Investitionen 600 Mill escudos (15). Wenn man bedenkt, daß allein die ausländische Petroleumgesellschaft SACOR in Portugal 1969 einen Nettogewinn von 176.748.969 escudos zu verzeichnen hatte (16), kann man sich vorstellen, welche Unmengen an Devisen in den nächsten Jahren in Form von Gewinnen, Zinsen und ähnlichem aus Portugal herausgehen werden. Gleichzeitig verlagert sich die Entscheidungsgewalt über die portugiesische Wirtschaft auf das internationale Finanzkapital. Von 1965 bis 1969 sind in Portugal und Kolonien 629 neue Gesellschaften mit ausländischer Kapitalbeteiligung gegründet worden, während weitere 292 bereits existierende derartige Gesellschaften ihr Kapital erhöhten. Für das Jahr 1969 allein ist die folgende Tabelle aufschlußreich:

➔

(11) Manuel Sertório, in "Africasia" Nr. 23, Sept. 1970
(12) Für eine Aufgliederung der Beiträge von der Diamang zum Kolonialkrieg siehe: J. Martins "Angola, L' intensificazione dello sfruttamento imperialistico nel settore minerario", Rom 1970, S. 21.
(13) UNO-Dokument, Bericht des Subkomitees I, a.a.o.
(14) Liberdade, Organ der Portugiesischen Befreiungsfront (FPLN), Nov. 1968
(15) Seara Nova, Juli 1970
(16) A. Capital, Lissabon, 3.9.70

TABELLE 4

Ausländische Firmen in Portugal u. Kolonien (1969)

Firmen	in Portugal	in d. Kolonien	Insgesamt
neu gegründ. Firmen	144	39	183
Kapitalerhöh.	78	9	87
Insgesamt	222	48	

Aus: J. Martins, Angola, l'intensificazione dello sfruttamento imperialistico nel settore minerario, Rom 1970, S. V-VI

Von den rund 1,8 Mrd. escudos, die 1969 von ausländischen Firmen in der Escudozone investiert wurden, gingen 66 % in die Kolonien. Dies macht deutlich, daß die 48 Firmen in den Kolonien dort mehr Kapital investierten als die 222 in Portugal ansässigen Firmen, und demonstriert die Präferenz der ausländischen Kapitalien für die portugiesischen Afrika-Gebiete.
Von den 1969 in den Kolonien getätigten Investitionen entfallen 98,5 % auf fünf Länder:

Belgien	775.000.000 escudos
USA	158.193.000 "
Südafrika	105.910.000 "
England	53.010.000 "
BRD	19.400.000 "

Für die Investitionen in Portugal sieht die Reihenfolge anders aus:

BRD	139.173.000 Escudos
USA	109.736.000 "
England	83.935.000 "
Spanien	67.033.000 "
Frankreich	47.596.000 " (17)

III Westdeutsche Interessen in Portugal und Kolonien

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Portugal kam besonders den westdeutschen Interessen entgegen, vor allem seit dem bewaffneten Aufstand in Angola im Jahre 1961, als Portugal seine Kolonialpolitik revidieren mußte.
Nach dem zweiten imperialistischen Krieg planten die USA die Ausschaltung der westdeutschen Konkurrenz. Der Morgenthauplan sah vor, die BRD auf dem Niveau eines auf Selbstversorgung ausgerichteten Agrarlandes zu halten. Diese Politik scheiterte jedoch angesichts der "Kommunistischen Gefahr" seit der Auflösung der Anti-Hitler-Koalition und die USA suchten einen starken antikommunistischen Partner in der BRD. Dies führte zu einer beträchtlichen Stärkung des westdeutschen Kapitals. Während der Wiederaufbauphase beschränkte sich die Aktivität der westdeutschen Wirtschaft weitgehend auf den inneren Markt. Jedoch entstanden in der Krise von 1966, die das Ende des Wiederaufbaus anzeigt, eine große Arbeitskräfteknappheit sowie Kapitalverwertungsschwierigkeiten, die zu einem Ansteigen des privaten Kapitalexports in die unterentwickelt gehaltenen Länder führte. In der Tat begann die westdeutsche Industriestruktur sich auf eine "kapitalintensive Investitionsgüterproduktion" und die Elektronik auszurichten, was einerseits die Verlagerung der "arbeitsintensiven" Verbrauchsgüterproduktion aus der BRD heraus und andererseits den freien Zugang der westdeutschen Industrie zu den Rohstoffquellen verlangte. Somit erweiterten sich die Grenzen für die Kapitalverwertung, gleichzeitig zeigt sich hier eine Lösung für das Problem der Arbeitskräfteknappheit.
Ein Bericht der Zeitung "Die Welt" vom September dieses Jahres beschäftigt sich mit dem neuesten Stand dieser Entwicklung:
"Das Auslandsvermögen der deutschen Firmen hat auch 1969 wieder deutlich zugenommen ... In der Untersuchung der Commerzbank heißt es: "Die Entwicklung der jüngsten Vergangenheit zeigt, daß die deutsche Industrie die Vorteile eigener Produktionsstätten erkannt hat. Allgemein läßt sich beobachten, daß sehr große Unternehmen eher als ihre kleineren Wettbewerber in der Lage und bereit sind, Risiken und Chancen einer Auslandsinvestitionen auf sich zu nehmen. -"...
"Bemerkenswert groß ist inzwischen auch die Auslandsfertigung der drei großen Chemiekonzerne Bayer, Hoechst und BASF", schreibt die Commerzbank. "Alle drei haben die Milliarden-Grenze weit hinter sich gelassen. Bayer überschritt 1969 sogar die Zwei-Milliarden-Marke; eine überproportionale Umsatzsteigerung erzielten auch die ausländischen Produktionsstätten der BASF,... Das gilt auch für die deutsche Elektroindustrie. Von der Eigenleistung der ausländischen Tochtergesellschaften der Gesamtbranche entfiel 1969 etwa die Hälfte auf das Haus Siemens. Dem AEG-Konzern gelang es, sein international breitgestreutes Exportgeschäft durch eine weltweit verbreitete Fertigung zu ergänzen und abzusichern....
Die Commerzbank erwartet, daß die deutschen Auslandstöchter künftig noch stärker als bisher zum Geschäftserfolg beitragen werden. Mehr als die Hälfte ihres Gesamtumsatzes erzielten 1969 bereits das Volkswagenwerk (71,1), Bayer (61,4), Hoechst (51,9) und die Demag (58,4 Prozent) im Auslandsgeschäft. Darunter lagen die KHD (49,3), die BASF (48), Daimler-Benz (47,8), Siemens (40), die Gutehoffnungshütte (38,2), AEG-Telefunken (31,2), Mannesmann (29,5) und Thyssen (26 Prozent)". (18).



(17) J. Martins, a.a.o., S. V-VI
(18) Die Welt, 12.9.70

Portugal und seine Kolonien stellten für die BRD auf diesem Gebiet ein ideales Feld dar, denn die wirtschaftlichen und politischen Interessen der portugiesischen Bourgeoisie kamen, wie wir gesehen haben, dieser Entwicklung entgegen. Die arbeitsintensive Verbrauchsgüterproduktion wird auf Portugal, wie auf andere europäische Peripherieländer, verlagert, wo Arbeitskräfte, dazu mit niedrigen Lohnkosten, freistehen, und, gleichzeitig öffnen sich die Rohstoffquellen der portugiesischen Kolonien für die westdeutsche Industrie. Für die westdeutsche Wirtschaft bleiben auf diese Weise Arbeitskräfte frei für die Schwerindustrie, die - von billigen Rohstoffquellen versorgt - die wirtschaftliche Macht der BRD stärkt.

1. Krupp in den Kolonien

In Mozambique, wo die ausländischen Investitionen besonders auf dem Agrarsektor getätigt werden, erhielt die von westdeutschem Kapital kontrollierte Companhia do Boror breite Konzessionen. Ungefähr die Hälfte der Kopra-Plantagen gehört der Companhia da Zambezia, die deutschem, englischem und südafrikanischem Kapital gehört. Ein Fünftel der Sisalplantagen gehört ausländischen, darunter westdeutschen Firmen.
Auf dem Industriesektor beteiligt sich die BRD über die Zugehörigkeit der Gelsenkirchen Bergwerk AG zu einem Konsortium an der Ausbeutung des Petroleums. Die Gelsenkirchen Bergwerk AG ist auch an der Kohleförderung beteiligt. Gegenwärtig sind fünf deutsche Firmen bekannt, die sich im Rahmen des Konsortiums Zamco am Bau des Cabora Bassa-Staudammes beteiligen. Es sind dies Brown, Boverie & Cie, Hochtief, AEG-Telefunken, Siemens und Voith. In letzter Zeit wurde bekannt, daß noch eine weitere deutsche Firma an dem Projekt beteiligt ist. Es handelt sich um die West Friesland Eurotransport GmbH, die allerdings der englischen Firma United Transport gehört, welche mit dem Transport des schweren Baumaterials beauftragt ist. Unter den Firmen, die aufgrund des Baues des Cabora Bassa-Staudammes Investitionen in der Provinz Tete planen, befindet sich die Fa. Krupp, die sich um eine Fluorit-Konzession beworben hat (19) und die westdeutsche Urangesellschaft Frankfurt/M., die im März dieses Jahres einen Vertrag mit Portugal abschloß über die Ausbeutung von Uran und anderen Mineralien.
In Mozambique und Angola wird die Urangesellschaft ein Konzessionsgebiet von 6.300 qkm ausbeuten (20).
Wie die mozambikanische Wirtschaft basiert auch die Wirtschaft Angolas auf der Agrarwirtschaft und deren Exporten, wie Kaffee, Baumwolle und Zucker. Diese kommen von Plantagen, die Europäern gehören und zwar Portugiesen und zahlreichen Deutschen. Diese sind nach dem 2. Weltkrieg nach Angola gekommen und unterhalten immer noch enge Beziehungen zu der BRD. Ihre Anzahl wurde 1963 auf 1.100 geschätzt, doch ihr Einfluß ist größer als ihre Zahl. Sie wohnen auf den Hochflächen Südangolas und in der Gegend von Cassinga, die sehr reich an Bodenschätzen und Bergwerken ist. Der Zustrom deutscher Kapitalien vor allem in das Cassinga-Gebiet ist nicht ohne Zusammenhang mit der Anwesenheit dieser Siedler (21). Einer der reichsten deutschen Kolonisten ist Kaf von Ahlefelt, der allein über einen Landbesitz von 11.000 ha, vor allem Sisalplantagen, verfügt. Bei der Sisalproduktion sind weiterhin die deutschen Firmen Berman Opelana und H.I. Jessen von großer Bedeutung (22).
In der Manufakturbranche ist westdeutsches Kapital an den Firmen Sofrio und Sinalco, beteiligt. In der Elektrobranche sind hier Grundig und die deutsch-portugiesische Firma Sonefe zu nennen (23).
Krupp, Siemens, AEG - Telefunken, und Degussa nehmen teil an der Ausbeutung der Erzvorkommen in Angola und Mozambique. Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, daß das Gesamtvolumen des deutsch-angolanischen Handels von 62,7 Mill. DM im Jahre 1968 auf 82,5 Mill. DM 1969 angewachsen ist. Besonderen Anteil an diesem Anstieg hat der westdeutsche Krupp-Konzern, der für die

politische buchhandlung
ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung
lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften
schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

(19) "Le Colonialisme Portugais à l'Age de l'Impérialisme", Committee for Freedom for Mozambique, Angola and Guinea, London 1970, S. CIII/4
(20) Handelsblatt, 5.3.70
(21) "Le Colonialisme Portugais à l'Age de l'Impérialisme", S. CIV/1
(22) "A Proposito dell'Angola", Associazione per i rapporti con i movimenti africani di Liberazione (ARMAL), Roma, 1970, S. 33
(23) idem, Seite 34

Ausbeutung der Eisenbergwerke in Cassinga quasi seine eigene Kolonie in Angola gegründet und in diese einige hundert Millionen DM investiert hat. Die in Angola angewandten Ausbeutungsmethoden bieten den ausländischen Kapitalisten günstige Bedingungen für Investitionen - Krupp war die Konzession für die Ausbeutung von Cassinga 41 Millionen Dollar wert. Im Sommer 1969 wurden die Verträge über das Eisenerzprojekt von Cassinga geschlossen, und zwar in Höhe von 300 Millionen DM. Die ersten Investitionen dienten unter anderem dem Bau einer Seitenlinie der Moçamedes-Bahn und der Modernisierung des Erzhafens von Moçamedes.

Im Jahre 1968 beliefen sich die Exporte auf 3,2 Mill. t Erz mit einem Eisengehalt von 65 %. Im Sommer 1967 wurde der erste Frachter in Dienst genommen. 1968 erhielt Westdeutschland 900.000 t Erz. Mitte Oktober 1969 betrug die Produktion 3,9 Mill. t, die hauptsächlich in die BRD und nach Japan exportiert wurden. Die Friedrich Krupp AG ist durch die Gewährung eines 180 Millionenkredits an dem Cassinga-Projekt beteiligt. Diese Kredite laufen sieben Jahre und werden von der Regierung der BRD garantiert.
Als eine seiner ersten Amtshandlungen stabilisierte Karl Schiller (SPD) mit einer Regierungsobligation in Höhe von 300 Mill. DM diese Krupp-Firma, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Ein weiteres Cassinga-Projekt in Höhe von 80 Mill. DM wird zum Teil von deutschen Banken finanziert, und zwar kommen 20 Mill. DM von der Deutschen Unionsbank und 40 Mill. DM von der Giro-Zentrale, einer Zweigbank der Hamburgischen Landesbank (24).

Die Goldvorkommen auf dem Konzessionsgebiet der Eisenerzgrube von Cassinga sollen in Zukunft ausgeschöpft werden. Die Companhia Mineira do Lobito will noch in diesem Jahr Gold aus eigener Wäscherei verkaufen. Es soll möglich sein, täglich 2 kg Gold zu fördern. Eine Pilotwäscherei soll in den nächsten Monaten in Betrieb genommen werden. Man schätzt, daß die Gesamtvorkommen in diesem Gebiet etwa einen Wert von 20 Mill. Dollar haben (25).
Im Hinblick auf die Interessen von Krupp in diesem Gebiet und die Deckung dieser Aktivität durch den westdeutschen Staat wird es erklärlich, daß - so meldeten portugiesische Zeitungen - Mitte September dieses Jahres die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse der BRD an den Bürgermeister von Benguela (die Benguela-Bahn befördert die Krupperze) gebilligt wurde; der Orden wird vom Bundespräsidenten verliehen.

2. Siemens in der Metropole

Am stärksten dringt das westdeutsche Kapital in Portugal selbst ein. Anfang 1970 bereiste der portugiesische Staatssekretär für Industrie in Begleitung von Dr. Pinto Leite (26), damals Abgeordneter und Präsident der deutsch-portugiesischen Handelskammer, die BRD, um westdeutsche Investitionen für Portugal anzuwerben. Nach seinen Angaben beliefen sich die westdeutschen Investitionen in Portugal insgesamt auf 62 Mill. DM. Nach seiner Reise soll sich diese Summe auf 90 Mill. DM erhöhen (27).

Die folgende Tabelle zeigt die Summe der deutschen Investitionen in Portugal.

TABELLE 5

BRD-Investitionen in Portugal
(kumulativ in Mill. DM ab 1951)

31.12.63	18,3
31.12.64	23,6
31.12.65	28,0
31.12.66	45,1
31.12.67	55,0
30. 9.68	61,6
31.12.68	64,0
30. 6.69	65,9

Aus: "Portugal in Afrika", S. 20

Betrachten wir wieder nur einige Beispiele:
Die Siemens AG gründete die "Siemens de Portugal" mit einer Mehrheit an deutschem Kapital und benutzte die mangelnde Konkurrenzfähigkeit kleinerer portugiesischer Firmen (z.B. die ENEA) aus, um in Sabugo die "Motra Siemens", eine Motoren- und Transformatorenfabrik, zu gründen. Zum Zwecke der Beherrschung des Elektromarktes schlossen sich Siemens und AEG in Portugal zu der "Siemens Companhia Nacional de Electricidade SARL" zusammen, die auch die gesamten Interessen des Hauses Siemens in Portugal vertritt. Durch diese Kapitalverflechtung erzielte die Gesellschaft 1969 einen Umsatz von 40 Mill. DM (28). In diesem Zusammenhang dürfte es auch von Interesse sein, daß der Präsident des Verwaltungsrates der Siemens Portugal, Dr. Jorge Goncalves Pereira, früher Direktor einer zu Osram gehörenden Elektorfirma war. Die Tätigkeit von Siemens erstreckt sich in Portugal auf die Städte Lissabon, Porto, Setubal, Evora und Sabugo. Die Firma kündigte eine Erweiterung ihrer Aktivität in Portugal an und wird laut "Die Welt"
"in Evora (Portugal), etwa 150 km östlich von Lissabon, eine Fertigungsstätte für nachrichten-technische Erzeugnisse errichten. Für die neue Fabrik, die nach fünf Jahren etwa 2000 Menschen beschäftigen dürfte, sind nach einer Firmenmitteilung Investitionen von rund 20 Mill. DM vorgesehen. Mit den Bauarbeiten auf einem kürzlich erworbenen Grundstück von 140.000 qm wird im Juni dieses Jahres

(24) "New variants, other arguments, but the same objectives", S. 3-4. Eine Analyse der Rolle der BRD im südlichen Afrika. Vorgelegt bei der Konferenz für die Solidarität mit den Völkern Angolas, Guineas und Mozambiques in Rom, Juni 1970.
(25) "Portugal Report". Herausgegeben von der Portugiesischen Botschaft in Bonn, März 1970.
(26) Dr. Pinto Leite starb im Juli dieses Jahres während einer offiziellen Reise in Guinea-Bissau bei einem Angriff der PAIGC auf seinen Hubschrauber.
(27) Vida Mundial, Lissabon, 20.3.70
(28) Diário de Lisboa, 3.7.70 und Portugal Report Juni 70

begonnen. Evora wird die zweite Siemens-Fabrik in Portugal. In Sabugo werden bereits von etwa 400 Mitarbeitern Motoren, Transformatoren und als Spezialgebiet Matrizen für Datenverarbeitungsanlagen hergestellt (29). In allen Mitteilungen an die Presse betont die Firma Siemens, daß durch ihre Tätigkeit in Portugal Arbeitsplätze geschaffen werden. So wurde in einer Erklärung die Anzahl der Siemens-Arbeiter in Portugal mit 960 angegeben, davon 360 in Lissabon, 360 in Sabugo, 180 in Evora. Für das Jahr 1972 ist die Erhöhung auf 2.000 und für 1974 auf 4.000 Arbeiter geplant. (30) In diesen Pressemeldungen erscheint aber nicht, was die portugiesischen Zeitungen in diesen Tagen anläßlich der Grundsteinlegung der neuen, ein Gebiet von 150.000 qm umfassenden Siemens-Niederlassung in Evora berichteten: nämlich eine

Niederlassung in Evora berichteten: daß nämlich eine portugiesische Arbeiterin bei Siemens einen Tageslohn von 36 escudos (= 4,50 DM!) bekommt. (31) "Siemens(in Portugal) kann jetzt schon als eine nationale Firma betrachtet werden und soll deshalb an den Interessen und Problemen des Landes teilnehmen, in dem sie Wurzeln gefaßt hat" (32), erklärte Goncalves Pereira anläßlich einer Pressekonferenz, bei der die Erweiterung der Tätigkeit der Siemens in Portugal angekündigt wurde, "die die Präsenz von Siemens in Portugal noch deutlicher machen" soll. Allerdings!

Im April dieses Jahres erklärte der portugiesische Finanzminister vor der Nationalversammlung, daß die Bundesrepublik zwei portugiesische Firmen der Elektronikbranche übernommen hätte (33). Die AEG-Telefunken von Portugal konnte im Jahre 1969 einen positiven Saldo von 340.905 escudos ausweisen (34), ebenso die Fa. "Bayer Portugal", die mit einem Saldo von 7.195.953 escudos einen erstaunlichen Nettogewinn verzeichnen konnte (35). Die "Minacorvo" - mit westdeutschem Kapital der "Gewerkschaft Exploration" - erhöhte 1969 ihr Kapital von 42.000.000 auf 52.000.000 escudos, "Schering Lusitana" von 2.000.000 auf 6.500.000 escudos. Die "Sociedade de Cooperaçao Economica" (DEG) mit Sitz in Köln, deren Kapital sich gänzlich in den Händen der Regierung der BRD befindet, beteiligte sich 1969 zum ersten Male an der Gründung einer Industriefirma in Portugal; die neue Firma heißt "Acumuladores Wilhelm Hagen (Portugal) SARL". Die deutsche Beteiligung - durch die Akkumulatoren-Fabrik Wilhelm HagenAG - an ihrem Kapital von 10.000.000 escudos liegt mit 3.683.000 escudos bei rd. einem Drittel (36). Die Eisenerzlager von Moncorvo, die wichtigsten des Landes, gehören den Vereinigten Stahlwerken.

Die Liste der westdeutschen Firmen in Portugal könnte weitergeführt werden, hier seien nur noch einige weitere Namen genannt: Höchst AG, Kali-Chemie AG, Demag AG, Klöckner-Humboldt-Deutz, VW-AG.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen Portugals um vermehrte deutsche Investitionen wird im Folgenden ein Artikel aus der von der portugiesischen Botschaft in Bonn herausgegebenen Zeitung "Portugal Report" wiedergegeben: "Der Staatssekretär für Industrie im portugiesischen Finanz- und Wirtschaftsministerium, Dipl.-Ing. Rogério Martins (37), weilte vom 17. bis 24. Januar 1970 in der Bundesrepublik Deutschland, um weitere deutsche Firmen für Investitionen in Portugal zu gewinnen. In Bonn gab er am 23. Januar eine Pressekonferenz, auf der er die Journalisten über den Stand der deutschen Investitionen in Portugal informierte. Das "Handelsblatt" berichtete am 27. Januar unter der Überschrift "Portugals neue Männer werben um mehr Direktinvestitionen" darüber ausführlich.

Um deutsche Direktinvestitionen in Portugal zu fördern, hielt sich der Staatssekretär für Industrie im portugiesischen Wirtschaftsministerium, Dip.-Ing. Rogério Martins, eine Woche lang in der Bundesrepublik auf.... Staatssekretär Rogério Martins hat eine Reihe von Firmen besucht, von denen Siemens, Grundig und Hoechst bereits in Portugal investiert haben und ihre dortigen Anlagen ausweiten wollen. Außerdem führte er Gespräche mit der Motoren-Turbinen-Union, einer Tochter der MAN, mit Daimler-Benz, den Olympia-Werken sowie mit Nixdorf Computer in Paderborn. Alle zeigten lebhaftes Interesse, in Portugal einen Zweigbetrieb anzusiedeln.

"Wenn die diskutierten Projekte realisiert werden", betonte der Staatssekretär, "so würden das Arbeitsplätze für 10.000 Menschen bedeuten und innerhalb zwei Jahren Investitionen zwischen 50 Mill. und 60 Mill. DM darstellen". Das wäre etwa der gleiche Betrag, der bisher von deutscher Seite in Portugal überhaupt investiert worden ist. Die Deutsche Bank in Frankfurt, bei der Rogério Martins ebenfalls vorsprach, will sich mehr für Investitionen in Portugal einsetzen. Auch Staatssekretär Dr. Rohwedder, Bundeswirtschaftsministerium, sowie Staatssekretär Dr. Harkort, Auswärtiges Amt, waren Gesprächspartner". (Februar 1970).

In der Juni-Ausgabe dieser Zeitung weist die Botschaft ausdrücklich auf die Vorteile hin, die die westdeutschen Investoren in Portugal zu erwarten haben: "Die deutsch-portugiesischen Wirtschaftsbeziehungen stehen in letzter Zeit im Blickpunkt des Interesses deutscher Wirtschaftskreise. Dabei spielen neben dem allgemeinen Export, der im Jahre 1968 eine Steigerung um 12 % auf 737 Millionen DM erfuhr, die Kapitalinvestitionen und die Errichtung von Fabrikationsniederlassungen eine nicht unbedeutende Rolle. Die portugiesische staatliche Investitionsförderung sieht hierzu eine Reihe fiskalischer Begünstigungen vor, die von der Steuerfreiheit für die Gewinne der ersten Jahre bis zur zollfreien Einfuhr

(29) "Die Welt", 26.5.70.
(30) "Diário de Lisboa", 3.7.70.
(31) A Capital, Lissabon, 8.9.70.
(32) Diário de Lisboa, 3.7.70.
(33) Vida Mundial, Lissabon, 1.5.70.
(34) A Capital, Lissabon, 13.8.70.
(35) idem, 11.7.70.
(36) Vida Mundial, Lissabon, 2.1.70.
(37) Rogério Martins gehörte jahrelang zum Vorstand der Siemensbetriebe in Portugal.

von Maschinen und sonstigen technischen Ausrüstungen sowie von Rohstoffen reichen".

IV Cabora Bassa als Modellfall

Das Cabora Bassa-Projekt ist eines der am besten geeigneten Beispiele für die Konkretisierung der Entwicklung des portugiesischen Kapitalismus, da hier verschiedene Aspekte zusammentreffen: die enge Zusammenarbeit zwischen portugiesischem und ausländischem Kapital, die Beherrschung von Mozambique durch die großen Finanz- und Industrietrusts, die Allianz-Portugal-Südafrika und der Versuch der weißen Kolonisierung (38). Ein wesentlicher Faktor der diplomatischen Strategie Portugals ist die Unterstützung durch Rhodesien und Südafrika. Obwohl Portugal sich bemüht, den Mythos des vielrassischen Portugal aufrechtzuerhalten, werden Bindung und Zusammenarbeit mit den Apartheid-Ländern immer enger und offener, sowohl auf wirtschaftlichem und politischem als auch auf militärischem Sektor. Südafrika leistet Portugal Militärhilfe in Form von Lieferung von Munition und Kriegsmaterial und sogar mit Truppen. Die engen Beziehungen zwischen Portugal, Südafrika und Rhodesien, die Gemeinsamkeit der Interessen in der Ausbeutung der Bodenschätze in Afrika und der Arbeitskraft der afrikanischen Bevölkerung werden durch Cabora Bassa in großem Maße verstärkt.

"Cabora Bassa", so äußerten sich südafrikanische Zeitungen, "ist der erste Schritt in Richtung auf einen Gemeinsamen Markt Australafrikas". Der Damm wird zwar nur dann wirtschaftlich arbeiten, wenn privater und industrieller Konsum garantiert ist; doch befindet sich 1.500 km entfernt das südafrikanische Zentrum Johannesburg, das die Verbindung mit dem ganzen südafrikanischen Energienetz ermöglicht.
Von seiten Südafrikas entstehen hier jedoch einige von den portugiesischen abweichende Interessen: die Hochspannungs-Gleichstrom-Überlandleitung von 1.400 km macht den Strompreis etwas höher (obwohl dieser Strom immer noch einer der billigsten der Welt bleibt), und einige südafrikanische Techniker schlugen deshalb vor, festzustellen, inwieweit es nicht möglich wäre, eine mit Kohle funktionierende thermische Zentrale in Südafrika zu bauen, zumal Kohle dort sehr billig ist. Weiterhin bieten die Überlandleitungen ein leichtes Ziel für Sabotage, was für Südafrika einen plötzlichen Stromausfall bedeuten könnte, der der Wirtschaft schwerwiegenden Schaden zufügen würde.
Da Südafrika jedoch den Vertrag eingegangen ist, hat die Lissaboner Regierung hier eine starke Waffe in der Hand, insofern, als die südafrikanische Regierung ein großes Interesse daran haben wird, den Damm und die Stromübertragung zu schützen. Und dieser Schutz hat ja bereits begonnen, indem drei südafrikanische Bataillone (39) schon jetzt auf mozambikanischem Territorium den Bau des Dammes sichern und hier den Guerillas der FRELIMO gegenüberstehen. Damit ist der Befreiungskrieg in Mozambique auf die Ebene des antiimperialistischen Kampfes gehoben worden; aus einem antikolonialistischen ist ein antiimperialistischer Krieg geworden.
Die Befestigung der rassistischen imperialistischen Allianz durch Cabora Bassa wurde von dem portugiesischen Überseeminister Silva Cunha deutlich ausgesprochen, der betonte, daß durch das Projekt unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen Vorteile für beide Länder entstanden seien, was nochmals die tatsächliche Übereinstimmung der Interessen aller Länder im südlichen Afrika, der letzten Bastion der westlichen Zivilisation, zeige. - Diese Übereinstimmung erstreckt sich auch auf die unbekümmerte Behandlung der afrikanischen Bevölkerung: am 2. Juli dieses Jahres kam der Präsident des Verwaltungsrates der "Companhia de Destroncas e Aluguer de Màquinas (CODAM)", José Manuel Coelho, von Mozambique nach Lissabon, um einen Vertrag über 60.000.000 escudos mit dem portugiesischen Überseeministerium abzuschließen, der die Aussiedlung von 25.000 Afrikanern aus dem Cabora Bassa-Gebiet vorsieht (40).
Der Löwenanteil am Cabora Bassa-Projekt fällt jedoch den kapitalistischen Industrieländern zu. Einmal ermöglicht dieses Projekt den größten Exportkredit Westeuropas, andererseits eröffnet der Bau dieses Dammes den Industrieländern unbegrenzte Investitionsmöglichkeiten in Mozambique. In diesen Zusammenhang gehören bereits die zitierten Bewerbungen von Krupp und der Urangesellschaft um Konzessionen für Fluorit bzw. Uran und andere Metalle. Für die BRD speziell bedeutet die Beteiligung an dem Dammbau die erste Anwendung einer neuen Technik, der Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ), die der BRD eine Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit innerhalb des imperialistischen Lagers, besonders gegenüber den USA, verspricht. "In Deutschland, wo man bei ähnlichen Projekten bisher immer das Nachsehen hatte, war man an dem Auftrag besonders interessiert, zumal man damit auch ein Beispiel für eine neue Technik bei der Übertragung von elektrischem Strom auf große Entfernung geben wollte" (41).

Die HGÜ wird von der "400KV-Forschungsgemeinschaft" entwickelt, die ihren Sitz in Heidelberg hat und deren Leiter Prof. W. Schäfer ist. Die technischen Versuche finden im Raum Heidelberg-Mannheim in Zusammenarbeit mit den Firmen Siemens, BBC und AEG statt. Be-

(38) Es wird hier nicht auf eine Analyse des Cabora Bassa-Projektes und seine politischen Implikationen eingegangen, da dies bereits an anderer Stelle getan wurde. Siehe mein Artikel "Cabora Bassa "Rotes Forum" 3/70, SDS-Heidelberg, oder "Der Funke" 2/70, Heidelberg, oder "Portugal in Afrika", Juni 1970, Trikont Hamburg.

(39) Marcelino dos Santos in: "Africasia" 14, S. 21.

(40) A Capital, Lissabon, 2.7.70 und Diário de Lisboa, 9.7.70.

teiligt sind die Technischen Hochschulen Darmstadt, Karlsruhe und Stuttgart. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat dieses Projekt bisher mit über 16 Millionen DM gefördert. " Die DFG weiß, daß sie ihrer Aufgabe nicht gerecht wird, wenn in ihrem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunktprogramm theoretisch ausgerichtete Arbeiten isoliert gesehen werden und naheliegende Kontakte zur Industrieforschung, die ihrerseits aus diesen Kontakten viel Nutzen ziehen kann, unterbleiben. Die DFG versucht unter anderem durch Beteiligung von Forschern aus der Industrie, aus ihren Kolloquien und Schwerpunktberatungen Brücken zwischen Hochschulforschung und Industrie zu schlagen. Nicht umsonst hat die DFG das gemeinsam von ihr, vom Bundeswirtschaftsministerium und von Unternehmungen der Elektrizitätswirtschaft und der Elektroindustrie getragene Projekt "Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung" immer besonders herausgestellt. Sie sieht es als Modellfall wirksamer Kooperation an" (42). Das Risiko für den Lieferanteil der westdeutschen Privatkonzerne trägt die Bundesrepublik durch die Übernahme von Hermes-Bürgschaften. Übrigens ist es in diesem Zusammenhang interessant, daß die deutsche Bundesregierung die Bürgschaft auch für den Lieferanteil der schweizerischen BBC in Höhe von 11 Mill. DM übernimmt.
Der portugiesische Überseeminister Silva Cunha erklärte: "Bei einem so umfangreichen Vorhaben ist eine grundlegende Bedingung für die wirtschaftliche und finanzielle Lebensfähigkeit und vor allem für die Gestehungs- und Abgabepreise der Energie, daß die Kraftwerke von Anfang an mit einem hohen Auslastungsgrad arbeiten. In unserem Falle ist diese Bedingung erfüllt, da der Verbrauchermarkt der größte in Afrika ist und eine der höchsten Wachstumsraten der Welt aufweist. Die zwischen den Regierungen Portugals und der Südafrikanischen Republik ausgehandelten Verträge werden es zu beiderseitigem Vorteil und Gewinn ermöglichen, daß die Kraftwerke von Cabora Bassa auf einer soliden wirtschaftlichen Grundlage betrieben werden können und die Energie von Anfang an zu einem Preis produziert wird, der in jedem anderen Land als äußerst niedrig gelten kann". (43)

Diese Tatsache dürfte Bundesminister Eppler bekannt sein. Dennoch versucht er, die Beteiligung der BRD an dem Staudamm-Projekt mit dem Argument zu rechtfertigen, daß zumindest nach der Unabhängigkeit von Mozambique (d.h. also dem Sieg der FRELIMO) der Damm den Mozambikanern - und nicht mehr den rassistischen Regimen Portugals, Südafrikas und Rhodesiens - dienen würde. Wenn aber die FRELIMO eine Unabhängigkeit Mozambiques erreicht, so wird sie sicherlich keinerlei Beziehungen mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime haben. Somit kann eine Lieferung elektrischer Energie nach Südafrika nicht zustandekommen und eine Wirtschaftlichkeit des Dammes ist ausgeschlossen, wie Silva Cunha sagte. Denn die Wirtschaft Mozambiques, gleichgültig mit welcher Wachstumsrate sie sich entwickeln würde, wäre nicht in der Lage, die elektrische Energie zu verbrauchen, deren Lieferung nach Südafrika ausfällt.
Was den heutigen Status angeht, so ist das Ausbeutungsverhältnis deutlich: Nach dem Gesetz (Decreto Lei) 44016 vom 8. November 1961 soll bis Ende 1971 die wirtschaftliche und monetäre Integration der Escudozone (Portugal und Kolonien) abgeschlossen sein. Von dann an soll laut Artikel 35-37 die Gesamtheit der von den Kolonien durch Export verdienten Devisen in die portugiesische Staatsbank (Banco de Portugal) fließen, die den Kolonien dann den Gegenwert in nationaler Währung kreditiert. Damit wird deutlich, daß im heutigen Kolonialstatus der Damm nicht der mozambikanischen Bevölkerung zugute kommen kann, denn die Deviseneinnahmen aus der Stromlieferung und die Einkünfte aus der aufgrund des Dammes zu errichtenden Industrie - die, wie die Bergwerksindustrie, grundsätzlich auf den Export ausgerichtet ist - gehen zugunsten Portugals und nicht Mozambiques.

Diese Implikationen für die Gegenwart und für die Zukunft sind selbstverständlich Herrn Minister Eppler und den beteiligten Firmen bekannt, die immer wieder bemüht sind, zu erklären, der Damm werde zumindest in der Zukunft in einem freien Mozambique der mozambikanischen Bevölkerung dienen. Daß diese Argumentation nur dazu dient, die wirklichen Interessen des westdeutschen Kapitals an dem Staudamm zu verwischen, zeigt die jüngste Geschichte der Kolonien: je ertragreicher ein Gebiet ist, desto größer sind die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Macht über dieses Gebiet. Deshalb werden, wenn mit dem Bau des Cabora Bassa-Dammes eine Entwicklung eintritt, die aus Nordmozambique eine reiche Gegend macht, Portugal und seine Verbündeten die Repression gegen die Befreiungsbewegungen erst recht verstärken, um die nunmehr erhöhten Profitchancen zu sichern. Somit kehrt sich das Argument des Herrn Eppler um, denn der Damm wird gerade ein schwerer Schalg für eine Unabhängigkeit Mozambiques sein und jede Argumentation über die Nützlichkeit des Dammes für ein freies Mozambique kann nur zynisch gemeint sein.
Die Implikationen des Cabora Bassa-Projektes sind inzwischen durch eine in Afrika und in der BRD geführte Kampagne gegen dieses Projekt bloßgestellt worden. Die Kampagne wird inzwischen auch in die Firmen selbst getragen, wie die Aktionärs-Zeitung "Capital" berichtete: "Bei Siemens, AEG und BBC schlossen sich junge Intellektuelle und ehemalige Entwicklungshelfer zum "Arbeitskreis Dritte Welt" zusammen und riefen zum Vertragsbruch auf: Das Firmenkonsortium solle den Auftrag für das Staudamm-Projekt Cabora Bassa in der portugiesischen Afrika-Kolonie Mozambique nicht ausführen; die jungen Revoluzzer protestierten im Klassenkampf-Jargon energisch gegen die Verflechtung westdeutschen Kapitals

(41) "Die Welt", 15.9.70.
(42) Deutsche Forschungsgemeinschaft, Aufgaben und Finanzierung III, 1969-1971, Wiesbaden 1968, S. 69.
(43) Der Europäer, Zeitschrift für die Europäische Wirtschaftsgemeins chaft, 102/69, S. 29.

mit schamloser Kolonialpolitik". (44)
"Die Welt" berichtet dazu: "Tag für Tag flattern uns Briefe auf den Schreibtisch, die mit dem Boykott unserer Waren drohen", klagten jüngst Vertreter der an dem Cabora Bassa-Projekt beteiligten Firmen". (45). Die beteiligten Firmen suchen verzweifelt nach Argumenten, die ihre Beteiligung rechtfertigen sollen und wenn keins mehr standhält, so lassen sie ihren Wortführer Siemens in "Siemens Mitteilungen" schreiben: "Ein Name ... erregt seit einiger Zeit die Gemüter: Cabora Bassa. In Heidelberg veranlaßte er Studenten zum Demonstrieren, Zeitungen und Zeitschriften haben lange Artikel gebracht. Die einen sind leidenschaftlich gegen, die anderen nüchtern, aber bestimmt für Cabora Bassa." (August 1970)

V. Zusammenfassung

Wir sahen, wie die portugiesische Bourgeoisie gezwungen wurde, sich sowohl in Portugal als auch in den Kolonien dem ausländischen Kapital zu öffnen und damit ihre Profite zu teilen und - besonders in den Kolonien - sich mit einem kleinen Anteil zu begnügen. Wir erhalten hier ein Bild vom Eindringen und von der Befestigung internationaler Trusts in den portugiesischen Kolonien und in Portugal, die dazu beitragen, daß Portugal den Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique weiterhin standhalten kann, und zwar durch die Beschleunigung der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer dieser Länder. - Die kapitalistischen Regierungen und großen Monopole sind dann Gegenstand größerer diplomatischer Manöver Portugals, und sie gewinnen großen - bis dahin nicht dagewesenen - Einfluß in den Kolonien, bekommen Bergwerks- und Petroleumkonzessionen und militärisch-strategische Vorteile (wie die NATO-Basis auf den Azoren und die deutsche Militärbasis in Beja).

Cabora Bassa gehört zu den vielen Beispielen, an denen die neue Politik - d.h. seit dem Aufstand in Angola 1961 der Lissaboner Regierung in bezug auf das Eindringen ausländischen Kapitals in die Kolonien deutlich wird. Diese neue Politik unterscheidet sich klar von der vorherigen - die aktuellen Interessen und Bedürfnisse der Bourgeoisie sind auch andere.
Diese neue Politik der Lissaboner Regierung dient der Absicherung der Profite der portugiesischen Bourgeoisie, deren Vertreter der Staat ist. Hat der internationale Kapitalismus den Löwenanteil, so bedeutet das, daß der Rest an die portugiesische Bourgeoisie fließt. Die Gewinne werden dem portugiesischen Faschismus helfen bei seinem Versuch, das Regime durch Unterdrückung und Ausbeutung der Völker Afrikas und Portugals zu festigen.
Der internationale Kapitalismus seinerseits nutzt hier die relativ schwache Stellung der portugiesischen Bourgeoisie aus und überläßt den direkten militärischen Einsatz, d.h. die Unterdrückung der afrikanischen Revolution südlich des Äquator den portugiesischen, rhodesischen und südafrikanischen Truppen.

Gleichzeitig aber bereitet sich der internationale Kapitalismus auf die Fortsetzung der Ausbeutung der afrikanischen Völker vor, so daß eine Unabhängigkeit nur formell sein kann.
Die Beschleunigung der industriellen Entwicklung in Portugal, das Engerwerden der Beziehungen zwischen der portugiesischen und den westlichen Bourgeoisien und die Aufteilung der Kolonialmärkte und ihre gemeinsame Ausbeutung durch portugiesisches und ausländisches Kapital sind die wichtigsten Faktoren in der Revision der kapitalistischen Strategie Portugals.
Die portugiesische - im Bündnis mit der internationalen - Bourgeoisie setzt die Unterdrückung der Völker Angolas, Guineas, Mozambiques und Portugals fort, und zwar mittels einer sog. Liberalisierungspolitik. Diesen Weg wird das portugiesische faschistische Regime beibehalten können, solange es sich nur den Klagen der Revisionisten und dem Weinen der Pazifisten gegenübersieht.
Die Befreiung der portugiesischen Kolonien und Portugals selbst kann nur zustandekommen durch eine gemeinsame Erhebung der Kolonialvölker und des portugiesischen Volkes gegen die portugiesische und internationale Unterdrückung. Erst diese Solidarität in der Befreiung wird es erlauben, die imperialistischen Dämme zu sprengen.
Die Existenz des Imperialismus macht die Verantwortung der fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Industrieländern deutlich. Der bewaffnete Aufstand der Völker in den portugiesischen Kolonien gegen die internationalen reaktionären Kräfte zeigt uns die Essenz ihrer theoretischen Überlegungen und Proteste.

Eduardo Ferreira



(44) Capital, das deutsche Wirtschaftsmagazin, August 1970.
(45) "Die Welt", 15.9.70

Legitimationsversuche des deutschen Kapitals

Am 20.9.70 schloß die portugiesische Regierung endgültig den Vertrag über den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms mit dem ZAMCO-Konsortium ab. Folgende Länder sind an dem Projekt Cabora Bassa beteiligt:

Frankreich:	CCI Fougerolle (Bau)	ca. 30 %
	Alsthom CGEE (EM)	
BRD:	Hochtief (Bau)	ca. 35 %
	AEG, BBC, Siemens, Voith (EM)	
RSA:	LTA, Shaft Sinkers (Bau)	ca. 14 %
	LTA, Power Lines, VPC (EM)	
Italien:	SAE (Freileitung) (EM)	ca. 13 %
Portugal:	Sorefame (EM)	ca. 8 %
	Quintas + Quintas (EM)	100 %

Der Gesamtwert des Auftrages beträgt etwa 1.5 Mrd. DM. Der deutsche Anteil verteilt sich auf die fünf deutschen Konzerne: Hochtief 26 %, Siemens 20 %, AEG 19 %, Voith 19 %, BBC 18 %.

Es ist sicherlich falsch, hinter dem Ausscheiden anderer ausländischer Firmen aus dem Projekt moralische Bedenken zu vermuten.

Wenn jetzt von Großbritannien und den USA behauptet wird, sie seien gegen das Projekt, so besteht kein Zweifel, daß die amerikanischen und englischen Firmen sehr gern dafür wären, könnten sie nur dabei sein. (1) Ihre Regierungen hatten ihnen weitgehende Unterstützung zugesagt. Die britische Regierung betonte im Unterhaus, daß kommerzielle Erwägungen allen politischen Bedenken vorgehen.

Der schwedische Konzern ASEA hat seine Beteiligung unter dem starken Druck der Öffentlichkeit schließlich zurückgezogen; entscheidend ist aber, daß die Beteiligung von ASEA an dem Cabora Bassa Projekt im Widerspruch zu der langfristigen Strategie des schwedischen Kapitals steht, das bei weitem nicht so exportabhängig ist wie etwa das deutsche. Schweden kann es sich daher auch leisten, auf das künftige Geschäft mit befreiten Gebieten zu setzen. Ausdruck dieser Strategie ist auch das Rhodesiengesetz(2), durch das die Firma ASEA letztlich gezwungen war, aus dem Konsortium auszuscheiden.

Trotz anderslautender Meldungen ist die italienische Firma SAE nach wie vor bereit, an dem Projekt Cabora Bassa mitzuarbeiten. Da aber italienische Raffinerien (vor allem AGIP) stark in Sambia engagiert sind und um ihr Geschäft fürchten mußten, als Sambia gegen die Unterstützung des SAE durch die italienische Regierung protestierte, zog diese die versprochenen Zinssubventionen zurück, die Exportgarantie erhielt sie allerdings aufrecht. Dieses Lavieren der italienischen Regierung ist also die Folge eines Interessenkonfliktes zwischen verschiedenen Teilen des italienischen Kapitals.

Im Gegensatz zum Fall Schweden und Italien können sich die deutschen Firmen ihres Cabora-Bassa-Geschäfts um so sicherer sein, als hier das Einzelinteresse des deutschen Konsortiums zusammenfällt mit dem Interesse der gesamten deutschen Industrie an der Stabilisierung der weißen Vorherrschaft im südafrikanischen Raum. (In Worten des Auswärtigen Amtes: "... Stabilisierung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verhältnisse in gesamt Südafrika") Die Südafrikanische Republik (RSA) ist Deutschlands zweitgrößter Handelspartner in Übersee und bietet zudem deutschen Konzernen ausgezeichnete Kapitalanlagemöglichkeiten. In den portugiesischen Kolonien kann die deutsche Industrie gewiß eher "Tolerierung ihrer Geschäfte" erwarten, solange die "politischen Verhältnisse dort stabil sind", d.h., solange Portugal dort seine Kolonialherrschaft ausüben kann. Der Rückendeckung durch die Bundesregierung gewiß, konnten die deutschen Firmen beruhigt auf die Proteste, die von der 14. Ministerratstagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) am 6.3.70, von der FRELIMO, von Sambia, in der schwedischen Öffentlichkeit, etc. erhoben wurden, (4) antworten, sie hielten sich nur an die Beschlüsse der Bundesregierung und wollten ansonsten nichts mit Politik zu tun haben:

"Die an dem Projekt Cabora Bassa beteiligten deutschen Firmen halten es für ihre Aufgabe, Handel zu treiben und durch Erschließung und Pflege der Exportmärkte die Interessen der einzelnen Unternehmen, der Volkswirtschaft und Weltwirtschaft zu fördern. Bei dieser wirtschaftlichen Tätigkeit bewegen sie sich innerhalb der von der Bundesregierung gezogenen Grenzen. Es liegt den Firmen fern und sie maßen sich auch nicht an, Politik zu betreiben. Diese Einstellung vertreten sie gegenüber allen Ländern, in denen sie produzieren oder in die sie exportieren. Nur mit einer politisch absolut neutralen Haltung können sie eine Tolerierung ihrer Geschäfte in aller Welt erwarten."(5)

---

1. Direktor Schröter von Siemens, der die Verhandlungen für die deutschen Firmen in Lissabon geleitet hat, erzählt, daß noch nach Vertragsabschluß die Vertreter der amerikanischen Firma zu ihm gekommen seien ("in sein Hotel!"), um ihn zu bitten, er möge der amerikanischen Firma doch ein Stück vom Kuchen abgeben.

2. Bei Gefängnisstrafe ist es verboten, Geschäfte mit Rhodesien zu führen oder sich an Geschäften zu beteiligen, von denen Rhodesien profitiert. - Rhodesien liefert Baumaterial für die Bauarbeiten bei Cabora B.

3. entfallen

4. laut "Report" alles Opfer chinesischer und kubanischer Agitatoren.

5. Memorandum, herausgegeben von dem deutschen Konsortium zu Cabora Bassa, Erlangen, 8.6.70. S.1,2

6. entfallen

Den deutschen Firmen geht es also "nur" ums Geschäft. (Portugal allerdings um mehr. Der Protugiesische Botschafter in der BRD erklärt: Die portugiesische Regierung hat sich "aus politischen Gründen für das Angebot des deutsch-französischen Konsortiums entschieden.") Die Bundesregierung hat die Grenzen zu ziehen und zwar so, daß die Geschäfte in aller Welt toleriert werden. Aber sie zieht nicht nur Grenzen, sondern trägt auch fleißig zum Gelingen der Geschäfte bei. Per Kabinettsbeschluß billigte sie schon 1967 die Teilnahme des deutschen Konsortiums am Cabora-Bassa-Projekt. Sie versichert den Auftrag über eine Hermesbürgschaft und bewilligt einen liefergebundenen Exportkredit über 286 Mio. DM an Portugal. Während der Verhandlungen traten die deutschen Botschafter in Lissabon, Lusaka, London, etc. in Aktion und sorgten für ausreichende Information.

Proteste in Deutschland selbst gegen das Cabora-Bassa-Projekt meinte man nicht befürchten zu müssen. Führende Gewerkschaftsfunktionäre, wie der Chef der Bank für Gemeinwirtschaft, Hesselbach, das DGB-Vorstandsmitglied Neemann und der DGB-Vorsitzende Vetter, die im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sitzen, haben für den Exportkredit gestimmt. "Es war eine ganz normale Sache." (7) Auch die Betriebsräte von Siemens "sehen ein, daß die deutsche Industrie ohne Export nicht lebensfähig wäre"; teilte Heidelberger Studenten der Direktor und Generalbevollmächtigte für Energietechnik von Siemens, Schröter, mit. Siemens hatte seine Betriebsräte von dem Projekt unterrichtet, denn "Unterrichtung ist besser als Verordnung; nur damit bleibt das Prinzip der Ordnung bestehen. Das ist ein wesentlicher Punkt, um rationell arbeiten zu können." (8)
Außerdem hatte sich der Imperialismusvorwurf der Linken bisher vornehmlich auf Militärinterventionen, Direktinvestitionen und die Funktion der Entwicklungshilfe beschränkt. Im Vergleich zu den USA waren die deutschen Konzerne in den antiimperialistischen Kampagnen relativ ungeschoren davongekommen.

"Um so erstaunter war das Konsortium, als man erkennen mußte, wie sehr das Projekt zum Spielball außenpolitischer Auseinandersetzungen wurde."(9) Siemens muß seinen Arbeitern mitteilen: "Die einen sind leidenschaftlich gegen, die anderen nüchtern, aber bestimmt, für Cabora Bassa."(10) "Die deutschen Firmen hätten die politische Auseinandersetzung sicherlich gern vermieden, müssen sich ihr nun aber stellen."(11) Als erstes wettert man gegen die Verknüpfung von Politik und Handel, die sich doch gerade erst als so lukrativ erwiesen hat. Fritz Berg, Präsident des BDI, sieht aber keinen Anlaß, "von der bisher verfolgten Linie abzuweichen, daß Handel und Politik nicht ohne Not gekoppelt werden sollten."(12) Jetzt, da das Geschäft gesichtert, liegt in den Augen der deutschen Industrie wahrhaftig keine Not vor, diese Verbindung wieder ins Licht zu rücken.

Und wieder ist man sich mit der Bundesregierung einig. Auch sie hätte die politische Auseinandersetzung gern gemieden. Als SPD-Regierung muß ihr das Bekanntwerden ihrer Kooperation mit dem faschistischen Portugal zur Unterdrückung der Befreiungsbewegung in Mozambique sehr peinlich sein. Um ihr Gesicht zu wahren, vollführt sie nun einen wahren Eiertanz. Im Juni wird unter dem Vorsitz von Willi Brandt nocheinmal ein Kabinettsbeschluß gefaßt, in dem die Bundesregierung dem deutschen Konsortium ihre Unterstützung zusagt. Dann schickt Brandt seinen Parteifreund Kühn, Vorstandsmitglied der Friedrich Ebert Stiftung (13), nach Sambia, um Kaunda zu besänftigen und der deutschen Industrie die Tolerierung ihrer Geschäfte auch in Sambia zu sichern. Für alle Fälle läßt er der FRELIMO Nähmaschinen versprechen, damit sie das mit dem Cabora-Bassa-Damm nicht gar so ernst nimmt. Gleichzeitig tritt der Chef des Bundeskanzleramts, Ehmke, für die Hemmungslosigkeit des internationalen Handels ein und schreibt an Fritz Berg, vom BDI:" Bei diesem Beschluß (Unterstützung des Cabora Bassa Projektes) hat sich die Bundesregierung nicht zuletzt von der Erfahrung leiten lassen, daß man Handel und Politk nicht ohne Not koppeln soll und daß es im Interesse aller Nationen, auch der Entwicklungsländer liegt, wenn der internationale Handel sich ungehemmt von Schranken und Behinderungen aller Art entfalten kann." (14)
Bundesentwicklungsminister Eppler nutzt schnell die Gelegenheit, um sein linkes Image aufzupolieren und beteuert: "Man kann darüber streiten, ob die Teilnahme deutscher Firmen an den Lieferungen für dieses Projekt nicht unser Verhältnis zu einigen Ländern Schwarzafrikas über Gebühr belasten wird, ob es also gut war, dafür (schon 1968) Hermesbürgschaften bereitzustellen. Mit Entwicklungshilfe hat dies nichts zu tun. Aus meinem Haushalt ist darin kein Pfennig. Ich fühle mich in Sachen Cabora Bassa mehr als Kabinettsmitglied denn als Ressortminister angesprochen." (15) Mit Entwicklungshilfe hat das Projekt schon per definitionem nichts zu tun. Die portugiesischen Kolonien sind nämlich laut AA "keine Entwicklungsländer, sondern überseeische, bzw. abhängige Gebiete" Portugals, sprich: portugiesische Kolonien.

Die deutschen Firmen bleiben bei der Verteidigung des Cabora Bassa Projektes nicht müßig. Da sie sich

7. Aus: "Gewerkschaftler auf Abwegen", in Entwicklungshilfe, 15.5.70

8. Interview, das Heidelberger Studenten mit führenden Vertretern der am Konsortium beteiligten dt. Firmen in Erlangen durchgeführt haben.

9. Handelsblatt, 10.9.70

10. Siemens Mitteilungen, Werkszeitschrift, 8/70

11. Handelsblatt, 10.9.70

12. ibid.

13. entfällt

14. Frankfurter Rundschau, 11.9.70 ;vgl. Berg - Zitat (Anm. 12), Ehmke als Echo des BDI - Präsidenten

15. Vorwärts, 9.7.70

aber "politisch absolut neutral" verhalten, berufen sie sich nur auf die enormen Vorteile, die dieses Projekt für Mozambique und die deutsche Wirtschaft hat. Durch das Projekt werde Mozambique "von einer archaischen Gesellschaft in einen zivilisierten Zustand gebracht. Zwar profitieren die Portugiesen davon, aber die Schwarzen profitieren ja zu ihrem Anteil mit." Der Anteil wird allerdings noch recht klein sein, denn "Gleichberechtigung zu diesem Zeitpunkt wäre grausam", die "Schwarzen dort unten haben noch gar kein Existenzminimum."(16) Ein Projektleiter von Hochtief, der gerade aus Mozambique zurückgekommen ist, es also wissen muß, erklärt mit freundlichem Lächeln: "Gegen die FRELIMO ist der Staudamm ganz gewiß nicht. In dem Gebiet um die Baustelle ist nichts von ihr zu merken."(17) Wen wunderts; die Portugiesen haben aus diesem Gebiet 25 ooo Einwohner "evakuiert" und es mit portugiesischen Truppen im Umkreis von etwa 1oo km hermetisch abgeriegelt.
Die Ansiedlung von 1 Million Weißen im Sambesital wird in "den Bereich der Fantasie verwiesen". Das sind zu viele, man hält es mit der portugiesischen Regierung, die darauf hinweist, daß ..."es sich in Mozambique nur um eine geringe Anzahl von portugiesischen weißen Führungskräften handeln könne." (18).

Nachdem die Krokodilstränen geweint sind, wird die Argumentation schon nüchterner, aber auch bestimmter: "Mit Hilfe der billig erzeugten elektrischen Energie und geregelter Wasserwirtschaftsverhältnisse wird die Erschließung und Nutzung reichlich vorhandener Bodenschätze, sowie eine großflächige Bewässerung des Sambesitales möglich werden. Die Planung sieht demgemäß die Errichtung von Minenbetrieben und Fabriken ebenso vor wie die intensive Nutzung des Bodens durch Land- und Forstwirtschaft. Die durchgeführten Prospektierungen wiesen das Vorhandensein ausgedehnter Kohlefelder, großer Eisenerzvorkommen und bedeutsamer Lagerstätten von Fluorit, Titan, Magnetit, Mangan, Nickel, Kupfer, Chrom, und Asbest nach. Eine Stahlindustrie kann unter ebenso günstigen Voraussetzungen entwickelt werden wie Düngemittelfabriken."(19) Die Schürfrechte sind schon vorwiegend an südafrikanische Firmen vergeben. Nach Aussage Direktor Schröters von Siemens sollen auch Krupp, Gelsenberg und französische Firmen Direktinvestitionen bei Cabora Bassa planen. Die deutsche Wirtschaft ist sehr besorgt um die Sicherung ihrer Rohstoffversorgung und wird gewiß gern auf Mozambique zurückgreifen.

Der wichtigste Grund für das sehr bestimmte Eintreten des deutschen Kapitals und seiner Helfer für das Cabora-Bassa-Projekt ist aber in der Struktur der deutschen Wirtschaft und bei den beteiligten Konzernen selbst zu suchen.

Zur Realisierung des produzierten Mehrwertes ist das westdeutsche Kapital viel stärker als etwa die USA abhängig vom Warenexport. Mindestens 2o % der gesamten Produktion wird exportiert. Bei den stark konzentrierten Wachstumsindustrien Chemie-, Elektroindustrie, Maschinenbau, etc. liegt der Prozentsatz noch höher. Siemens exportiert 28 % seiner inländischen Produktion. Rechnet man die sogenannten Eigenleistungen ausländischer Produktionsstätten dazu, so setzt der Siemenskonzern 50 % seiner Produktion im Ausland um. (Der Exportanteil der entsprechenden US-Firmen beträgt nur 4 - 5 %)
Ohne das hohe Auftragsvolumen aus dem Ausland hätte sich die Rezession 1966/67 in Westdeutschland wesentlich stärker ausgewirkt. 1967 begannen auch die Verhandlungen um Cabora Bassa, denn die deutschen Firmen "sind darauf angewiesen, ihre Kapazitäten auszulasten, um Arbeitsplätze zu sichern."(20) Der Antrag für die Hermesbürgschaft wurde damit begründet, daß ein großer Teil der deutschen Lieferungen "aus den besonders notleidenden Werken des Großmaschinenbaus und Berliner Werken" kommen sollte und der Auftrag mithelfen würde, weitere Arbeitseinschränkungen zu vermeiden." Die Bundesregierung stimmte der Deckung des Auftrages in "erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Exportförderung zu."

Das Argument: Schaffung von Arbeitsplätzen, wird vom Kapital immer wieder gern angeführt. Natürlich braucht das Kapital zu seiner Verwertung Arbeitskräfte, es ist aber noch nie vorgekommen, daß ein Kapitalist weiterproduziert hätte, wenn die Realisierung des Mehrwerts nicht mehr möglich war, oder wenn die Profitrate so gesunken war, daß es lohnender wurde, das Kapital in anderen Sektoren anzulegen. Dann hört man auf, von der Sorge um die Arbeitsplätze zu reden und beruft sich auf die Verantwortung gegenüber den Aktionären.

Allerdings wollen die am Cabora Bassa Projekt beteiligten deutschen Firmen glauben machen, daß sie hier ihre Verantwortung gegenüber den Aktionären vollkommen vernachlässigten. Sie verdienen nämlich gar nichts dabei, sagen sie: "Was die immer wieder erwähnte "Profitgier" der deutschen Unternehmer anbelangt, so ist leider festzustellen, daß nach über 2-jährigem erbarmungslosem Wettbewerb von "Profit" gar keine Rede mehr sein kann. Darüber hinaus beinhaltet dieses in der Welt erstmalige technische Projekt ein so erhebliches Entwicklungs- und Ausführungsrisiko, daß sich insbesondere die deutsche Gruppe nur nach schwerwiegenden Überlegungen und im Hinblick auf spätere bessere Geschäftsmöglichkeiten mit einer neuen, volkswirtschaftlich bedeutsamen Technik zu diesem Abschluß entschlossen hat."(21)

16. Interview, a.a.O.
17. ibid
18. Memorandum, a.a.O., s. 5
19. a.a.O., s.6
20. Aus einem Brief von D. Lindner, BDI, Abteilung für Integration und Entwicklungspolitik an M. Kulessa, Hauptgeschäftsführer des DED
21. Memorandum, s.4.

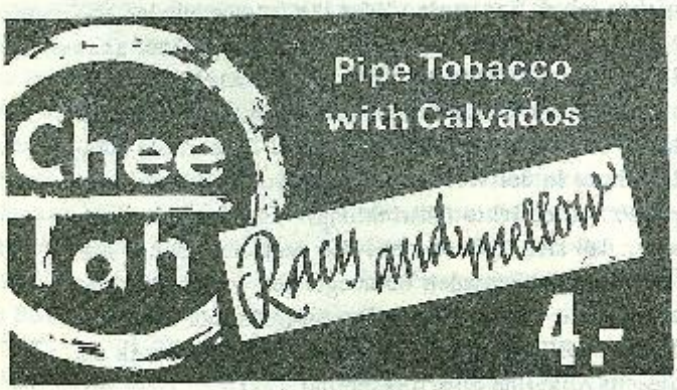
Das Kapital, das das Wort Profit ungern benutzt und lieber von Ertrag redet und Profit macht, plant langfristig. Man weiß, daß der Handel mit den unterentwickelt gehaltenen Ländern sich künftig dahingehend verschieben wird, daß die kapitalistischen Industrieländer in Produktion und Export den Schwerpunkt auf Industrieanlagen und Infrastrukturprojekte (technisch hochentwickelte Güter) legen werden, während den Entwicklungsländern die Fertigung von Konsumgütern (die eine niedrigere organische Zusammensetzung des Kapitals erfordern) überlassen wird. So große Projekte wie der Assuan-, Euphrat- und Tarbeladamm (um nur die wichtigsten zu nennen) sind der deutschen Industrie schon entgangen. Die Elektrokonzerne werden nichts scheuen, um endgültig in dem Geschäft mit Kraftwerken Fuß zu fassen. Geplant wird schon seit langem. AEG, BBC, und Siemens haben gemeinsam eine neue Hochspannungs-Gleichstromübertragung entwickelt. Bisher haben sie für diese Entwicklung 20 Mio. DM an Subventionen vom Bundesforschungsministerium erhalten und etwa die gleiche Summe selbst dafür investiert. An dem Cabora-Bassa-Projekt können sie diese Anlagen zum erstenmal in großem Maßstab erproben und als Referenzanlage im Wettbewerb um andere Staudammprojekte einsetzen. Insofern können es sich die deutschen Firmen gar nicht leisten, von dem Cabora-Bassa-Projekt zurückzutreten, selbst wenn sie tatsächlich keinen großen Gewinn dabei machen. Nach ihren eigenen Angaben würden sie jetzt schon bei einem Ausscheiden aus dem Projekt mindestens einen Verlust von 120 Mio. DM haben.

Die Heidelberger Studenten, die sich mit Sprechern des Konsortiums unterhalten haben, konnten gar nicht glauben, daß gar kein Profit in dem Auftrag steckt. Man gab dann zu, daß auch nicht gerade ein Verlust gemacht würde und ließ sie dann einen Blick in die Zukunft werfen: Der Cabora-Bassa-Damm wird in der Nordcaverne des Sambesi errichtet. Ein ähnliches Projekt ist für die Südcaverne geplant. Es gehört wenig Fantasie dazu, zu erkennen, wer am Bau dieses Dammes beteiligt sein wird und wer daran verdienen wird.

Die Tatsache, daß das Cabora-Bassa-Projekt ein Liefergeschäft und keine Direktinvestition der deutschen Konzerne ist, besagt bei weitem nicht, daß es nichts mit Imperialismus zu tun hat (wie oft behauptet wird). Diese Art von Liefergeschäften sind lebenswichtig für das deutsche Kapital und stehen im engen Zusammenhang mit seinen Kapitalexporten. Das Kapital muß sich verwerten, d.h. Mehrwert produzieren. Dieser Mehrwert kann am eigenen Markt nicht vollständig realisiert werden. Das Kapital muß andere Absatzmärkte suchen, d.h. seine Produkte exportieren. Mit der kapitalistischen Entwicklung werden auch die profitablen Anlagemöglichkeiten des Kapitals im eigenen Land begrenzt, es entsteht überschüssiges Kapital, daß in anderen Ländern investiert werden muß. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Exportmärkte erhalten bleiben und ausgedehnt werden können und daß die Direktinvestitionen im Ausland gesichert sind. Um die imperialistische Expansion des westdeutschen Kapitals erkennen zu können, reicht es keineswegs aus, nur die Politik der Bundesregierung zu verfolgen, oder ein Projekt isoliert zu analysieren. So muß auch das Cabora-Bassa-Projekt in Verbindung gesehen werden mit der konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik, der Konzentrationsbewegung in der Elektroindustrie, mit ihren Direktinvestitionen im Ausland und mit ihrer Rüstungsproduktion.

Cabora-Bassa-Gruppe

Zitate ohne Fußnote : Interner Bericht des BMZ, 1970





The World of Siemens

1970 veröffentlichte der Siemens-Konzern zum ersten Mal eine konsolidierte "Weltbilanz". Sie umfaßt das Geschäftsergebnis (1968/69) aller Siemensgesellschaften im In-und Ausland, an denen die Siemens AG mit mehr als 50% beteiligt ist. Damit trägt der Siemens-Konzern seiner imperialistischen Expansion Rechnung: Die Kontrolle "seiner" Welt, der "World of Siemens" (mit Filialen in mehr als 454 Städten der Erde) wird zunehmend wichtiger. Nur zwischen 50 und 60% des Siemens Weltumsatzes entfallen auf die BRD, der Rest auf das Ausland. (etwa 24% auf Europa, 16% auf überseeische Gebiete) Der Auslandsumsatz ist in dem letzten Jahrzehnt stetiger und stärker gewachsen als der Inlandumsatz und hat sich als stabilisierendes Element in Rezessionen erwiesen. "In der breiten geographischen Streuung unseres Absatzes sehen wir ein wichtiges Stabilisierungselement für unser künftiges Geschäft". (1)

Um diese, der Verwertung seines Kapitals dienende, weltweite Expansion abzusichern, hat Siemens schon seit Jahren Kapital exportiert. " Das Netto-Auslandsinvestment der Siemens AG - worunter hier Beteiligungen, beteiligungsähnliche Darlehen und Bürgschaften für Kreditaufnahmen von Beteiligungsgesellschaften verstanden wird - ist in den letzten Jahren um durchschnittliche 10% p.a. gestiegen. Der kumulative Stand liegt heute bei rd. DM 1 Milliarde. Darüber hinaus hat die Siemens AG Anlaufverluste von Auslandsgesellschaften getragen." (2) (Diese Anlaufverluste können bei der Muttergesellschaft von den Steuern abgesetzt werden.)

Diese Direktinvestitionen im Ausland haben schon Früchte getragen: " Innerhalb des Auslandsumsatzes hat die Eigenleistung unserer Auslandsgesellschaften stärker zugenommen als der Export der inländischen Gesellschaften. In dieser Entwicklung wird das unternehmenspolitische Ziel deutlich, den breitgestreuten internationalen Absatz auch durch eine weltweit verteilte Fertigung zu ergänzen und zu sichern."(3)

Von den Direktinvestitionen im Ausland entfallen etwa 50% auf Entwicklungsländer, und zwar in folgender regionaler Aufteilung:

Süd-und Mittelamerika rd. 50%	(Schwerpunkte: Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela, Mexico, Costa Rica)
Asien und Afrika rd. 25%	(Schwerpunkte: Indien, Pakistan, Iran, Marokko, Algerien)
Europa rd. 25%	(Schwerpunkte: Spanien, Griechenland, Portugal) (4)

Die überdurchschnittliche Expansion im Ausland wird auch in der Veränderung der Belegschaftsstruktur des Siemens-Konzerns sichtbar: In den letzten zehn Jahren wuchs die Belegschaft der inländischen Siemensgesellschaften um 29%, der ausländischen Siemensgesellschaften um 180% an. 1968/69 betrug der Zuwachs 8% im Inland und 16% im Ausland. (5) Nur etwa 1 % der Arbeitskräfte in den ausländischen Gesellschaften kommt direkt von der Muttergesellschaft. Es versteht sich von selbst, daß das die "Führungskräfte" sind.

Diese "Führungskräfte" und die Tatsache , daß Siemens bei seinen Auslandsgesellschaften Fremdbeteiligungen nur bis zu 49% zuläßt, "sichert die weltweite Einheit unserer (Siemens) Technik," (6) d.h. die absolute Kontrolle der Auslandsgeschäfte.

Die westdeutschen Konzerne - natürlich auch Siemens - gründen eigens Holdinggesellschaften im Ausland, die die Direktinvestitionen für die Muttergesellschaft durchführen. Im Fall Siemens befassen sich vor allem die Siemens Overseas Investment Ltd. in Pointe Claire P.Q. Kanada (40 Gesellschaften mit Anteilen über 50% in Amerika und Afrika) und die Siemens Asia Investments AG in Zürich (mit 8 Gesellschaften mit Anteilen über 50% in Asien) mit der Gründung von Siemensgesellschaften in den unterentwickelt gehaltenen Ländern. Das Verfahren, nicht direkt von der Muttergesellschaft aus, sondern indirekt über eine Holdinggesellschaft in Kanada eine Tochtergesellschaft z.B. in Brasilien zu gründen, scheint auf den ersten Blick recht umständlich und undurchsichtig. Ein führender Vertreter von Siemens gab als Grund für dieses Verfahren an, daß durch die Holdinggesellschaften der Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten leichter sei, daß sich dadurch Steuervorteile ergeben würden und das Risiko gemindert werde. Genaueres wollte er nicht sagen.

Bei ihren Direktinvestitionen in Entwicklungsländern versuchen die deutschen Konzerne so wenig wie möglich Kapital selbst anzulegen. Die direkte Investition der Muttergesellschaft besteht vor allem in Maschinenlieferungen. Dazu kommen Kredite der Holdinggesellschaften und eventuell einheimische Kapitalbeteiligungen. Das zur Produktion noch fehlende Kapital wird in dem betreffenden Land selbst aufgenommen. Die Kredite der Holdinggesellschaften müssen natürlich verzinst werden. Dadurch wird der Gewinn der Tochtergesellschaft zwar nominell geringer, aber - und das ist besonders bei Gesellschaften in Ländern wichtig, die den Rücktransfer von Gewinnen einschränken, - der Muttergesellschaft ist zumindest die Verzinsung eines Teils des investierten Kapitals gesichert. Siemens kann es letztlich gleichgültig sein, ob es von seiner ausländischen Tochtergesellschaft, sagen wir 500 000 DM als Gewinntransfer oder in Form von Zinsen auf Kredite, von Lizenzgebühren, von Gewinnen aus seinen Vorprodukten an diese Tochtergesellschaft, u.ä. erhält.

Eine genauere Analyse der Holdinggesellschaften kann da-

1. Geschäftsbericht der Siemens AG, 1969/69, S.9
2. Schriftliche Beantwortung von Fragen, die heidelberger Studenten an Siemens gerichtet hatten.
3. Geschäftsbericht, a.a.O., S.9
4. siehe Anm. 2
5. Geschäftsbericht, a.a.O., S. 13
6. siehe Anm. 2

zu beitragen, das Gejammere der westdeutschen Konzerne, daß sie "gar keine Gewinne in den Entwicklungsländern machen", zu entlarven.

In der Tat investieren die westdeutschen Konzerne im Ausland primär, um ihre Absatzmärkte zu sichern und auszudehnen. Um ihre Realisierungsschwierigkeiten zu überwinden, müssen sie langfristig planen und manchmal "Anlaufsverluste" in Kauf nehmen. Das schließt aber nicht aus, daß sie langfristig ein Steigen der Profite auf ihre Auslandsinvestitionen anstreben und auch erwarten. "Tacke (Vorstandsvorsitzender der Siemens AG) verweist entschieden auf die Notwendigkeit, daß die Auslandsinvestitionen auf eine Wirtschaftlichkeit hinauslaufen müssen. Dabei ist Siemens durchaus guter Dinge." (7)

Besonders guter Dinge ist Siemens im Hinblick auf Lateinamerika, wo es schon eine viertel Milliarde DM investiert hat und in den nächsten 4 - 5 Jahren noch weitere 200 Millio. DM investieren will. Der größte Teil davon wird auf Argentinien, Mexico und Brasilien entfallen. Von diesen Ländern aus soll dann der gesamte lateinamerikanische Markt beliefert werden. In Argentinien hat Siemens bisher 48 Mill. DM investiert, bis Ende 1972 sollen sich die Siemensinvestitionen in Argentinien verdoppelt haben. In Brasilien investierte Siemens bisher 129 Mill. DM. Für die nächsten 4 - 5 Jahre sind weitere 50 Mio. DM vorgesehen. Und diese Investitionen werden sich auch lohnen: " Gerd Tacke faßte die Strategie seines Hauses jüngst in Rio de Janeiro mit dem Hinweis zusammen: 'Wir hoffen, künftig alle zwei Jahre ein Kernkraftwerk in Lateinamerika in Auftrag zu bekommen.' " Jüngst noch klagte Direktor Schröter von Siemens über die Anlaufverluste, die Siemens in Brasilien hatte: " Das macht uns gar keinen Spaß." Jetzt sieht Siemens in Brasilien eine rosige Zukunft vor sich. Es wird kräftig investiert und "alle verantwortlichen Sprecher betonen übereinstimmend: 'Wir glauben langfristig an eine stabile Entwicklung in Argentinien und Brasilien'. - und nicht nur da.

Cabora-Bassa-Gruppe

7. Handelsblatt , 16.4.70

8. ibid

9. ibid

DOKUMENTATION AUS: DWI BERICHTE 7/70

Siemens-Konzern – Elektroimperium in der Expansion

Der Siemens-Konzern, der größte Elektrokonzern Westdeutschlands, gehört zu den ersten zehn Elektrounternehmen des kapitalistischen Teils der Welt.
Nach eigenen Angaben, die sich aber nur auf die Siemens AG und anteilmäßig auf die in- und ausländischen Unternehmen mit einer mehr als 50prozentigen Siemens-Beteiligung beziehen, setzte Siemens im Geschäftsjahr 1968/69 10,2 Milliarden DM um und beschäftigte 272 000 Arbeitskräfte. Tatsächlich aber dürften Umsatz und Beschäftigung bei mindestens 13,5 Milliarden bzw. 315 000 gelegen haben.
Das Produktionsprogramm von Siemens umfaßt nahezu alle Gebiete der Elektrotechnik. Neben solchen traditionellen Bereichen wie Nachrichtentechnik, Verkehrssignaltechnik, medizinische Technik, Kabeltechnik, Energieerzeugung und -verteilung, Haushaltsgeräte, die ständig ausgebaut werden, gewannen in den letzten Jahren die elektronische Datenverarbeitung und Atomtechnik schnell an Bedeutung. Mit dem Erwerb einer Kapitalbeteiligung an dem 1968/69 gebildeten großen westdeutschen Raketen- und Flugzeugkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm ist Siemens nun auch aktiv in diesem fast ausschließlich der Rüstung dienenden Produktionszweig tätig.

Festigung und Ausweitung der Machtposition

Der Siemens-Konzern wird von der Familie Siemens und der von ihr mitbegründeten Deutschen Bank beherrscht. Nominell besitzen diese zwar nur eine Minderheit des Aktienkapitals der Siemens AG, aber infolge der mit Vorzugsaktien und Depotstimmrecht der Banken zusammenhängenden Regelungen können sie alle wesentlichen Entscheidungen gegenüber den 150 000 Aktionären der Gesellschaft durchsetzen.
Ernst, Peter und Hermann von Siemens, Hermann J. Abs und Franz Heinrich Ulrich von der Deutschen Bank, sowie solche prominenten Monopolvertreter im Aufsichtsrat der Siemens AG wie Adolf Butenandt und Kurt Hansen (Bayer), Otto A. Friedrich (Flick), Hans-Günther Sohl und Hans Kerschbaum (Thyssen), Egon Overbeck (Mannesmann), Günter Henle (Klöckner) und Alois Alzheimer (Münchner Rückversicherungs AG) verkörpern die Führungsspitze eines

THEORIE & PRAXIS

1 Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung
670 S., DM 10.-; zuerst erschienen Peking 1965

2 J. Stalin, Fragen des Leninismus
740 S., DM 16.50; Erste vollständige Ausgabe seit Stalins Tod!

3 Eugen Varga, Der deutsche Imperialismus
ca. 50 S., ca. DM 3.-

4 Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den gemeinsamen Feind! Revisionismuskritik der KP Chinas 440 S., ca. DM 10,-

5 Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR (Bucharin/Feldman/Goldberg/Preobraschenski/Stalin) ca.530 S., ca. DM 14.-

6 Kommunistische Jugend- und Erziehungsarbeit
ca. 150 S., ca. DM 8.-

Die Bände 3, 4, 5 und 6

OBERBAUMVERLAG BERLIN · VERLAG FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE · 1 BERLIN 21 · BUNDESRATUFER

Imperiums, in dessen Einflußbereich sich gegenwärtig mindestens 120 in- und 115 ausländische Gesellschaften befinden. Allein in Westdeutschland und Westberlin herrschen sie über ein Nominalkapital, das 1968 mehr als 2 Milliarden DM betrug und gegenüber 1960 um 90 Prozent gewachsen ist.

Der Konzernspitze ist es gelungen, ihre Macht in den von ihr abhängigen Gesellschaften zu verstärken und auf weitere Unternehmen auszudehnen. Im Jahre 1960 gehörten in Westdeutschland und Westberlin 21 und 1968 37 größere Gesellschaften (mit einem Nominalkapital von 1 Million DM und darüber) zum Einflußbereich des Siemens-Konzerns.[1] Das Kapital dieser Unternehmen wurde von der Konzernspitze 1960 nominell zu 44 Prozent beherrscht, im Jahre 1968 dagegen zu 57 Prozent.[2]

Tabelle 1
Die wichtigsten Produktionsunternehmen des Siemens-Konzerns, Stand 1968[1]

Nr.	Name, Sitz, Rechtsform	Haupterzeugnis	Nominalkapital Mill. DM	Beherrschtes Kapital v. H.	Beherrschtes Kapital Mill. DM
1.	Siemens AG, Westberlin–München	Elektrotechn. Erzeugnisse	982,6	100,0	982,6[1]
2.	Siemens-Elektrogeräte GmbH, Westberlin–München	Haushaltgeräte	65,0	100,0	65,0
3.	Constructa-Werke GmbH, Linlorl bei Düsseldorf	Waschmaschinen	15,0	100,0	15,0
4.	Deutsche Grammophon GmbH, Hamburg	Schallplatten	24,0	50,0	12,0
5.	Vacuumschmelze GmbH, Hanau	Legierungen	8,0	100,0	8,0
6.	Siemens Bauunion GmbH, Westberlin–München	Hoch- und Tiefbauten	8,0	100,0	8,0
7.	Sigri Elektrographit GmbH, Meitingen bei Augsburg	Elektrokohle	48,0	50,0	24,0
8.	Deutsche Telefonwerke und Kabelindustrie AG, Westberlin	Fernmeldeanlagen	18,0	100,0	18,0
9.	P. Gossen GmbH, Erlangen	Meß- und Regelgeräte	10,0	100,0	10,0
10.	Bergmann Kabelwerke AG, Westberlin/Wipperfürth	Kabel	20,0	100,0	20,0
11.	Continental Elektroindustrie AG, Frankfurt/Main	Industrielle Ausrüstungen	50,0	100,0	50,0
12.	Norddeutsche Seekabelwerke AG, Nordenham	Seekabel	8,0	50,0	4,0
13.	Zuse KG, Bad Hersfeld	Computer	9,1	100,0	9,1
14.	Osram GmbH, Westberlin–München	Lichtquellen	80,0	42,8	34,2
15.	Blohm & Voss AG, Hamburg	Turbinen, Schiffe	30,7 u.	25,0	8,0
16.	Metallgesellschaft AG, Frankfurt/Main	NE-Metalle	175,0	30,0	50,0
17.	Transformatoren Union AG, Stuttgart	Großtransformat.		50,0	
18.	KWU-Kraftwerk-Union AG, Mülheim	Kraftwerke		50,0	
19.	Interatom Internationale Atomreaktoren GmbH, Bensberg	Schnelle Brüter[2]	13,5	100,0	13,5
20.	Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik GmbH, Bensberg	Gaszentrifugen für Urananreicherung[2]			
21.	Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn bei München	Flugzeuge	57,6	9,1	5,2

[1] Nr. 19—21: Stand von 1969. [2] Noch nicht produktionsreif.

Von der Zunahme des beherrschten Kapitals um 922 Millionen DM (einschl. Siemens AG) entfielen 74 Prozent auf Kapitalerhöhungen und Veränderungen des Beherrschungsgrads solcher Gesellschaften, an denen Siemens 1960 bereits beteiligt war, und 26 Prozent auf den Erwerb von Unternehmen bzw. Kapitalbeteiligung, d. h. auf Beherrschungsverhältnisse, die nach 1960 neu entstanden. An erster Stelle steht der Erwerb von vier Gesellschaften, die in den vergangenen Jahren die Marktpositionen von Siemens vor allem auf dem Schwachstromsektor wesentlich gestärkt haben (vgl. Tabelle 1, Nr. 8 bis 11). Außerdem übernahm die Siemens AG bis 1968 zwei Unternehmen aus den Bereichen Konsumgüter und EDV-Anlagen (Nr. 3 und 13), gründete einige neue Gesellschaften, darunter zwei im elektromedizinischen Bereich, und erweiterte ihr Tätigkeitsgebiet mit Beteiligungen in den Bereichen Atomtechnik und Flugzeugbau (Nr. 19 bis 21).

Eroberung von neuen Produktionsbereichen

In bezug auf den technischen Stand seiner Erzeugnisse nimmt Siemens in Westdeutschland, aber in vielen Fällen auch international, eine führende Position ein. Auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik gehört der Konzern in den kapitalistischen Ländern seit Jahrzehnten zur Weltspitze. Auch in den Bereichen Atomtechnik und elektronische Datenverarbeitung konnte Siemens in den letzten Jahren an Boden gewinnen und seine Position gegenüber den amerikanischen Kooperationspartnern verstärken, ohne auf die Vorteile der Zusammenarbeit mit ihnen zu verzichten. Beispielsweise stammt beim neuesten Computermodell Siemens 4004 nur noch die Hälfte der Bauteile für die Maschinenanlage von der Radio Corporation of America gegenüber zwei Dritteln in der Vergangenheit; bei den Programmen und ergänzenden Anlagen (software) sind es nur noch 30 bis 35 Prozent.

Der auf den EDV-Bereich entfallende Umsatz des Siemens-Konzerns stieg im Geschäftsjahr 1968/69 gegenüber 1967/68 um 25 Prozent auf rund 500 Millionen DM. Die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten beträgt 10 000. Fast jede dritte Anlage wird exportiert. Der Siemens-Konzern hat im EDV-Bereich, in dem er für Forschung, Entwicklung und Produktion bisher rund 1 Milliarde DM aufwendete, in Westdeutschland einen Marktanteil von 13,5 Prozent erobert und befindet sich mit größerem Abstand hinter der amerikanischen IBM an zweiter Stelle.

In der Atomtechnik lag Siemens noch in der zweiten Hälfte der 50er Jahre hinter AEG-Telefunken. Seine bedeutende durch staatsmonopolistische Förderungsmaßnahmen noch gestärkte Finanzkraft – Siemens gab bisher rund 100 Millionen für Forschung und Entwicklung im Bereich Atom-

Tabelle 2
Umsatz und Beschäftigte des Siemens-Konzerns 1960 bis 1968, in Millionen DM bzw. 1 000

	1960	1966	1967	1968
Umsatz*	5340	10380	10260	11320
darunter: aus westdeutscher und Westberliner Produktion	4830	8810	8760	9690
Beschäftigte*	221	296	283	298
darunter: Westdeutschland und Westberlin	199	257	243	252

* Angaben enthalten die Siemens AG und anteilmäßig alle inländischen Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften, die von Siemens zu mehr als 25 Prozent beherrscht werden bzw. ein Nominalkapital von mindestens 1 Mill. DM haben, außerdem anteilmäßig die ausländischen Gesellschaften mit einer mehr als 50prozentigen Siemens-Beteiligung.

technik aus – ermöglichte es dem Konzern aber, in Westeuropa eine führende Position im Reaktorbau zu erlangen. Außerdem kommt Siemens die jahrzehntelange Zusammenarbeit mit der amerikanischen Westinghouse Electric Corp. zugute (Austausch von Erfahrungen und Schutzrechtslizenzen), wobei Siemens innerhalb dieser wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zunehmend stärkeres Gewicht errang.

Im Jahre 1967 gab Siemens durch den Baubeginn des 662-MW-Großkernkraftwerks bei Stade den Startschuß für die wirtschaftliche Erzeugung von Atomstrom in Westdeutschland. 1968 war der Konzern Sieger im Kampf mit amerikanischen Konkurrenten und erhielt den Großauftrag zum Bau eines 340-MW-Kernkraftwerks in Argentinien (vgl. DWI-Bericht 8/1970).

Gegenwärtig betreibt der Konzern in Zusammenarbeit mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und der Interatom AG eine intensive Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf dem Gebiet der schnellen Brutreaktoren auf Natriumbasis. Seit Dezember 1969 ist Siemens an der Entwicklung von Isotopen-Trennanlagen mit Gaszentrifugen zur Urananreicherung beteiligt.

Grundlage der Siemens-Offensive sind die riesigen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, die rd. 7 Prozent des Umsatzes ausmachen, womit Siemens sogar die westdeutschen Chemiekonzerne übertrifft. 1964 gab der Konzern 400 Millionen DM, 1968 bereits 617 Millionen und seit Mitte der 50er Jahre insgesamt weit mehr als 3 Milliarden DM für Forschung und Entwicklung aus. Die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten beträgt über 16 000.

Kooperationsbeziehungen

Infolge der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sah sich Siemens – besonders seit Mitte der 60er Jahre – in verstärktem Maße zur Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen oder staatlichen Stellen gezwungen. Diese Kooperationswelle war ungefähr in jedem zweiten Fall mit einer kapitalmäßigen Verflechtung verbunden. Besonders beachtenswert ist die immer engere Zusammenarbeit zwischen Siemens und AEG-Telefunken. In den Jahren 1968 und 1969 wurden nicht weniger als vier Vereinbarungen getroffen (vgl. Übersicht 1, Nr. 10 bis 12). Durch die mit Teilfusion verbundene Konzentration zwischen Siemens und AEG-Telefunken auf den Gebieten Kraftwerke und Großtransformatoren suchen beide Konzerne eine nachhaltige Verbesserung der internationalen Konkurrenzposition zu erreichen. So verfügt die von ihnen gemeinsam (mit je 50 Prozent Kapitalanteil) gegründete Kraftwerk Union AG über eine Produktionskapazität von mehr als 10 Prozent des kapitalistischen Teils der Welt. Im April 1970 wurde bekannt, daß Siemens und AEG-Telefunken Verhandlungen über die gemeinsame Fertigung von Großrechnern aufgenommen haben.

Bedeutungsvoll ist auch das Zusammengehen von Siemens mit dem drittgrößten westdeutschen Elektrokonzern, der Robert Bosch GmbH, im Bereich der Haushaltsgeräte (vgl. Übersicht 1, Nr. 8)

Die meisten Vereinbarungen sind seit Mitte der 60er Jahre auf dem Gebiet der Atomtechnik (vgl. Übersicht 1, Nr. 4 bis 7, 10, 15) und der elektronischen Datenverarbeitung (Nr. 2, 7, 12 bis 14) getroffen worden. Über beide Wege ist Siemens in die Luft- und Raumfahrttechnik eingestiegen (vgl. Nr. 4, 14).

Teilweise haben sich die losen Kooperationsbeziehungen in feste kapitalmäßige Verflechtungen umgewandelt. So wird die Interatom AG heute, vier Jahre nach der ersten Kontaktaufnahme, vom Siemens-Konzern faktisch beherrscht. Die Erhöhung der Beteiligung von Siemens an Interatom auf 60 Prozent im Jahre 1969 „... darf man wohl als den ‚Sieg' der Siemens-Baulinie in der Reaktorentwicklung betrachten".[3]

Rüstungskonzern Siemens

Besonders rasch verstärkt der Siemens-Konzern seine Einflußnahme im Rüstungsgeschäft, an dem er bereits vor und während des ersten und des zweiten Weltkrieges maßgeblich beteiligt war. In den Forschungsabteilungen des Siemens-Konzerns – vor allem in der Erlanger Zentrale – wird auf solch wichtigen Gebieten wie Atomenergie, Elektronik und Raumfahrt mit Hochdruck gearbeitet. Kooperationsbeziehungen mit anderen Konzernen werden immer häufiger unter dem vorrangigen Gesichtspunkt gemeinsamer Entwicklungen auf dem besonders lukrativen Rüstungssektor eingegangen. Bei fast allen Neuentwicklungen fungiert der Bonner Staat, in erster Linie die Ministerien für „Verteidigung" und Wissenschaft, als Auftraggeber und Förderer.

Im Bereich Raketen, Flugzeuge, Satelliten zeigte der Siemens-Konzern in jüngster Zeit besondere Aktivitäten (vgl. die Übersichten 2 und 1). So wurde die Zusammenarbeit mit der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, die ein neues Kampfflugzeug für die Bundeswehr entwickelt, bedeutend intensiviert und erweitert. Auf dem Atomsektor ist Siemens dabei, noch vorhandene Lücken in der Versorgung und Aufbereitung von Uran, u. a. durch seinen Einfluß auf die Metallgesellschaft (vgl. Nr. 12 der Übersicht 2), die Mitbegründung der Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik sowie durch die Arbeit an den Schnellen Brütern (Interatom), die auch den Rohstoff für Kernwaffen liefern, zu schließen.

Verschärfte Ausbeutung

Infolge der Ausweitung des Tätigkeitsfeldes, der intensivierten Forschungstätigkeit und der Verstärkung der monopolistischen Kooperationsbeziehungen und Teilfusionen, vor allem auch durch verstärktes Engagement in der Produktion von Rüstungsgütern, konnte der Siemens-Konzern in den 60er Jahren auf der Grundlage vermehrter Ausbeutung gewaltig expandieren.

Wie Tabelle 2 zeigt, hat sich der Umsatz aus den westdeutschen und Westberliner Unternehmen von 1960 bis 1968 auf 201 Prozent erhöht. Im Vergleich dazu stieg der Umsatz der gesamten elektrotechnischen Industrie Westdeutschlands nur auf 168 Prozent.

Übersicht 1
Kooperationsbeziehungen des Siemens-Konzerns

Nr.	Beginn der Beziehungen	Partner	Arbeitsgebiet
1.	1962	N.V. Philips' Phonographische Industrie, Baarn	Schallplatten
2.	1964	Radio Corporation of America N.Y.	Datenverarbeitung
3.	1964	C. H. F. Müller GmbH (N.V. Philips' Gloeilampenfabrieken, Eindhoven)	Klinikausrüstungen
4.	vor 1966	Brown/Boveri, Interatom, Bölkow (Bundeswissenschaftsministerium)	Thermionische Konverter für Luft- und Raumfahrt
5.	1966	Interatom GmbH, Gesellschaft für Kernforschung mbH	Schnellbrüter

6.	1966*	Westinghouse Electric Corp.	Zahlreiche Gebiete, darunter Kernenergie
7.	1967	Blohm & Voss AG	Versch. Gebiete des Werftsektors, dar. atomarer Schiffsantrieb
8.	1967	Robert Bosch GmbH	Haushaltgeräte
9.	1967	Compagnie Générale d'Electricité, Paris	Brennstoffzellen und Supraleitungen
10.	1968	AEG-Telefunken	Kraftwerke, Transformatoren
11.	1969	AEG-Telefunken	Automatische Schiffshilfswinden
12.	1969	AEG-Telefunken, Deutsche Bundespost	Computerbenutzung
13.	1969*	Fuji Electro, Tokio	Meß- und Regelgeräte
14.	1969	Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH	Energieversorgung, Verkehrstechnik und Rechnerausrüstung für Flugzeuge und Raketen
15.	1969	MAN, Dornier GmbH, Erno Raumfahrttechnik GmbH	Isotopen-Trennanlagen mit Gasultrazentrifugen

* Vertragserneuerung bzw. -erweiterung.

Übersicht 2
Die rüstungswirtschaftlichen Aktivitäten des Siemens-Konzerns

Nr.	Produktions- bzw. Forschungsbereich	Produktions- bzw. Forschungsstätte	In Zusammenarbeit mit
1.	Radar- und Navigationsgeräte für Kriegsschiffe	Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie GmbH	AEG-Telefunken
2.	Fernmeldegeräte für die Bundeswehr	Siemens AG	—
3.	Kühlaggregate für Flugzeuge und Unterseeboote	Siemens-Forschungszentrale, Erlangen	—
4.	Flugplatzausrüstungen für die Luftwaffe	Siemens AG	—
5.	Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung für Rüstungsgüter aller Art	Siemens AG	Radio Corp. of America
6.	Computer für den militärischen Bereich	Zuse KG	—
7.	Anlagen der Energieversorgung, -erzeugung, der Verkehrstechnik und der Datenverarbeitung für Raketen und Flugzeuge	Siemens AG	Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH
8.	Thermionische Konverter (Strom aus Uran für Raumfahrzeuge u. Satelliten)	Siemens-Forschungszentrale, Erlangen	Brown/Boveri, Interatom, Messerschmitt-Bölkow-Blohm
9.	Antrieb für interplanetare Raketen auf Plasmabasis	Siemens-Forschungszentrale, Erlangen	—
10.	Nachrichtentechnische Ausrüstungen für Satelliten	Nachrichtentechn. Zentrallabor, München	—
11.	Brennstoffzellen und Supraleitungen für Raketen	Siemens AG	Compagnie Générale d'Electrocité, Paris
12.	Erschließung von Uranlagerstätten und Uranaufbereitung	NUKEM, Nuklear-Chemie und Metallurgie GmbH, Wolfgang; Urangesellschaft GmbH & Co KG, Frankfurt/M.; Lurgi-Gesellschaft f. Chemotechnik mbH, Abt. Kerntechnik, Frankfurt/M.[1]	—
13.	Reaktorgraphit	Sigri Elektrographit GmbH	Farbwerke Hoechst AG
14.	Isotopen-Trennanlagen mit Gasultrazentrifugen zur Urananreicherung	Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik mbH (GNV), Bensberg[2]	Dornier GmbH, Erno Raumfahrttechnik GmbH, MAN AG
15.	Schnelle Brüter	Interatom Internationale Atomreaktoren GmbH, Bensberg	Babcock & Wilcox AG. Demag AG
16.	Verschiedene Gebiete der Atomtechnik	Siemens AG	Westinghouse Electric Corp.

[1] Über die Metallgesellschaft AG, Frankfurt/M., ist Siemens an diesen drei Gesellschaften beteiligt. [2] Mitbegründer dieser Gesellschaft ist neben Dornier, Erno und MAN die Interatom GmbH, die von Siemens beherrscht wird (siehe Nr. 13).

Vor allem nahm das Auslandsgeschäft rasch zu. Der Anteil des Exports aus Westdeutschland und Westberlin und des Umsatzes der ausländischen Unternehmen stieg nach Angaben des Konzerns von 35 Prozent im Jahre 1960 auf 44 Prozent 1969, der der ausländischen Beschäftigten von 11 auf 19 Prozent. Siemens unterhält in etwa 45 Ländern Vertriebs- und Fabrikationsgesellschaften und in weiteren annähernd 50 Ländern Vertretungen. 1960 waren es 32 bzw. 45 Länder.

Wie sehr die Expansion des Konzerns aus den ständigen Rationalisierungsmaßnahmen und der zunehmenden Arbeitshetze in den Siemens-Betrieben resultierte, zeigt die Verdoppelung des auf den Beschäftigten bezogenen Umsatzes von 1960 bis 1969. In den Jahren 1966/67 führte diese mit verstärkter Ausbeutung verbundene umfangreiche Rationalisierung zur Entlassung von 19 000 Beschäftigten; bis 1969 war der absolute Beschäftigtenhöchststand (1965) noch nicht wieder erreicht. Demgegenüber ist der Umfang der Mehrarbeit, die aus der verringerten Zahl von Arbeitskräften herausgepreßt wurde, außerordentlich rasch gestiegen; das Profitvolumen wuchs von 1966 bis 1968 um nicht weniger als 40 Prozent, von rund 1,0 auf 1,4 Milliarden DM.

Helmut Zschocke

---

[1] Die Siemens AG ist 1966 aus den Firmen Siemens & Halske AG, Westberlin–München, Siemens-Schuckert-Werke AG, Westberlin–Erlangen, und Siemens-Reiniger-Werke AG, Erlangen, hervorgegangen.

[2] Der Grad, in dem die Siemens AG diese Unternehmen beherrscht, hängt vor allem vom Beteiligungssatz ab.

[3] Industriekurier, Düsseldorf, Nr. 75 vom 20. 5. 1969

DWI-Bericht, 7/70, S. 33 - 36

Max Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne
(„Der gemeine Verbrecher") DM 12,–

Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus DM 10,–

1 komplette Dokumentation aller Broschüren der Republikanischen Hilfe der letzten zwei Jahre (u. a. Pohle-Prozeß, Schmiedel-Prozeß, Senghor-Prozeß) ca. 350 Seiten DM 5,–
Begrenzter Vorrat ! ! !

Versand gegen Vorausüberweisung auf das Konto Nr. 28 28 80 der Republikanischen Hilfe, Frankfurt, Dresdner Bank (Postadresse: **Republikanische Hilfe, c/o Verlag Neue Kritik, 6 Frankfurt, Myliusstraße 58**)

Anläßlich der Solidaritätskonferenz mit den Völkern der portugiesischen Kolonien in Rom freuen wir uns über die Initiative der Heidelberger Studenten, eine bundesweite Kampagne gegen die Unterstützung der Lissaboner Regierung durch die BRD und jetzt gegen die Beteiligung der BRD an dem Cabora Bassa Projekt einzuleiten. Wir hoffen, daß die Kampagne Erfolg haben wird und fordern die Studenten der anderen Universitäten auf, sich in dieser Unterstützung der Befreiungsbewegungen der portugiesischen Kolonien zu solidarisieren.

Rom 29. Juni 1970

Agostinho Neto (MPLA)
Amilcar Cabral (PAIGC)
Marcelino dos Santos (FRELIMO)

BRIEF AN DIE GENOSSEN VON DER RPK UND DER «PROJEKTGRUPPE AFRIKA», BERLIN +

Dieser Brief ist eine Antwort der Cabora Bassa Gruppe in Heidelberg an die Rote Presse Korrespondenz und die Berliner Projektgruppe Afrika, die in Heft 70 der RPK die "Konzeption der Cabora Bassa Kampagne des Heidelberger SDS" scharf kritisiert hatte. Die RPK hat diese Antwort nicht veröffentlicht. Wir drucken sie deshalb hier ab.

In der RPK 70 veröffentlichte die "Projektgruppe Afrika" eine Kritik der Cabora Bassa-Kampagne, wie sie vom Heidelberger SDS (seit dem 24. 6. duch Verfügung des baden-württembergischen Innenministeriums verboten) und von der Heidelberger SAALA eingeleitet worden ist. Nachdem Berliner Genossen noch vorkurzem mit der Kampagne "Zerschlagt die Entwicklungshilfe" den latent schon immer vorhandenen Größenwahnsinn vieler Sprecher und Organisationen der Studentenbewegung auf die Spitze getrieben hatten, haben dieselben Berliner Genossen schon einen neuen Gipfel studentischer Großsprecherei erklommen, von dessen proletarischer Warte aus sie den Heidelberger Genossen väterlich auf die Finger klopfen. Sie erteilen den Heidelberger Genossen folgende Rügen:

1. würden diese ignorieren, "daß zu einer Kampagne nicht nur einige propagandistische Vorlagen bzw. Agitationsmaterialien gehören, sondern daß eine solche Kampagne organisiert und politischevorkonzipiert werden muß."

2. schürten diese die Illusionen, "als könnten Studenten die Beteiligung der westdeutschen Monopole am Bau des Cabora-Bassa-Dammes verhindern."

3. erklärten sich diese Fehler der Heidelberger Genossen aus dem offen eingestandenen "Konservativismus" des verbotenen Heidelberger SDS, der sie daran hindere einzusehen, daß "die revolutionäre Organisierung des Proletariats die entscheidende Voraussetzung und das Ziel der Kampagne darstellt".

Den Heidelberger Genossen wird empfohlen, schleunigst in sich zu gehen und einzusehen, "daß ihr Konzept einer Cabora-Bassa-Kampagne nicht nur kleinerer Korrekturen, die die technische Koordinierung der Kampagne betreffen, bedarf, sondern daß sie mit ihrem 'Konservativismus' in der Organisationsfrage, der sich auch in ihrem Konzept der Cabora-Bassa-Kampagne niederschlägt, dem umfassend und langfristig zu führenden organisierten Kampf der Arbeiterklasse gegen die nationale und internationale Expansion der BRD-Monopole im Wege stehen".

Dazu wollen wir zunächst folgendes feststellen: hinter der ganzen Kritik der Berliner Genossen steht die gegenwärtig arg abstrakte Gegenüberstellung proletarischer Organisationen und studentischer Organisationen, wobei sie selbst offensichtlich den ersteren angehören, während sich die Heidelberger Genossen in ihrer ganzen Verbohrtheit im beschränkten Umkreis der letzteren tummeln und sich dort zudem noch wohl fühlen.

Mit Hilfe dieser Gegenüberstellung werden alle Schwierigkeiten einer antiimperialistischen Kampagne wie der gegen das Cabora-Bassa-Projekt vom Tisch gewischt, die dann bloß noch unbeabsichtigt in solch widersprüchlichen Beschwörungsformeln erscheinen, wie der, es müsse "klar herausgestellt" werden, "daß die revolutionäre Organisierung des Proletariats die entscheidende Voraussetzung und das Ziel der Kampagne" darstelle. Wenn aber das Ziel der Kampagne die revolutionäre Organisierung des Proletariats sein soll, dann können wir von ihr derzeit nicht ausgehen, und wenn wir von ihr ausgehen könnten, dann

hätte die revolutionäre Organisation des Proletariats nicht sich selbst zum Ziel, sondern die Eroberung der Macht. Aus der Dialektik von ökonomischem Kampf und politischem Kampf, von Klasse und Partei wird bei den Berliner Genossen eine Wortspielerei mit "Voraussetzung" und "Ziel" in der jede konkrete Frage der Organisation des Klassenkampfes untergeht.

Welche Schwierigkeiten ergeben sich in der gegenwärtigen Phase des Klassenkampfs für die Organisierung einer antiimperialistischen Kampagne wie der gegen das Cabora-Bassa-Projekt? Offensichtlich ist die Arbeiterklasse in der BRD gerade erst dabei, in ökonomischen Kämpfen die Verteidigung ihrer Alltagsinteressen wieder aufzunehmen und sich wenigstens in Lohnfragen langsam vom verheerenden Einfluß der bürgerlichen Ideologie zu befreien. Offensichtlich besteht unsere Hauptaufgabe gegenwärtig darin, diese ökonomischen Kämpfe des Proletariats zu unterstützen, denn sie sind die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß eine proletarische Avantgardeorganisation und durch ihre Agitation und Propaganda ein politisches Klassenbewußtsein im Proletariat erzeugt werden kann. Offensichtlich kann von einem politischen Klassenbewußtsein des Proletariats noch keine Rede sein, vielmehr ist die Arbeiterklasse in ihrem politischen Bewußtsein gegenwärtig noch fast vollständig der Bourgeoisie unterworfen. Wenn auch daraus keineswegs die Schlußfolgerung gezogen werden kann, daß wir uns auf die Unterstützung der ökonomischen Kämpfe des Proletariats beschränken sollten, so ist doch klar, daß eine antiimperialistische Kampagne nicht im Mittelpunkt unserer Agitation in der Arbeiterklasse stehen kann. Die antiimperialistische und internationalistische Agitation in der Arbeiterklasse stößt deshalb auf so große Schwierigkeiten, weil die Arbeiterklasse in der augenblicklichen Phase des Klassenkampfes sich auf die Verteidigung ihrer Interessen innerhalb des Kapitalismus beschränkt und in Bezug auf die Ausbeutung und Unterdrükung der noch nicht voll durchkapitalisierten Länder dazu neigt, ihre eigenen Interessen mit denen des nationalen und internationalen Monopolkapitals zu identifizieren. Diese Interessenidentifikation (keinesfalls-identität) kann bloß in den eigenen Kämpfen, die von Lohnfragen etc. ausgehen, durchbrochen werden. Vorher bleibt der Antiimperialismus einzelner Arbeiter genauso moralisch motiviert, wie der der Studenten und Intellektuellen. Darüber sollte man sich als Leninist keine Illusionen machen.

Heißt das aber, daß wir auf antiimperialistische Kampagnen vorläufig verzichten müssen? Ein solcher Standpunkt wäre schlimmster Ökonomismismus. Die richtige Parole ist vielmehr: die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse unterstützen und die antiimperialistische Propaganda in die Arbeiterklasse tragen. Eine wichtige Rolle in dieser Propaganda aber kann auch solchen antiimperialistischen Kampagnen zukommen, die zunächst vor allem von den Studenten und Intellektuellen getragen werden. Das antiimperialistische Bewußtsein der Studenten, mag es noch so moralisch und demokratisch beschränkt sein, hat durchaus seine progressive Funktion für die Entwicklung des Klassenkampfes. Es wäre so ziemlich das Stupideste, was einer kommunistischen Organisation einfallen könnte, wenn sie die antiimperialistische Bewegung der Studenten und Intellektuellen solange einfrieren wollte, bis die Arbeiterklasse die Führung im antiimperialistischen Kampf übernimmt. Heißt das, daß die Mobilisierung der revolutinären Intelligenz zum "Hauptziel der Kampagne" werden muß? Natürlich heißt es das nicht! Richtig ist, daß die antiimperialistische Studentenbewegung systematisch und strategisch der "revolutionären Organisierung" der Arbeiterklasse untergeordnet ist. Daraus folgt aber keineswegs, daß die Mobilisierung der Studenten in einer bestimmten Kampagne der "revolutionären Organisierung" der Arbeiterklasse historisch "nachgeordnet" sein müßte. Eben diesen Fehlschluß aber zieht die Projektgruppe Afrika aus ihrem unbestreitbar richtigen Ansatz, daß die revolutionäre Organisierung des Proletariats das Hauptziel nicht nur, wie sie meinen, jeder antiimperialistischen Kampagne sein muß, sondern unserer ganzen politischen Arbeit. Manche Genossen scheinen nachgerade zu der Ansicht gekommen zu sein, daß die Studentenbewegung der historische Unglücksfall in der Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD gewesen ist, und weiterhin bleibt. Die Heidelberger Genossen können diese Ansicht umso weniger teilen, als sie die Studenten in keiner Phase zum revolutionären Subjekt hochstilisiert haben. Andererseits vergessen sie nicht, daß dieser Studentenbewegung, und erst recht den Genossen und Organisationen, die sich in ihrer Führung bewährt haben, eine progressive Funktion in der Entwicklung der Klassenkämpfe zukommen kann.

Jetzt wollen wir die Vorwürfe im Einzelnen behandeln.

ad. 1.

Genossen, plustert euch doch nicht so auf! Natürlich muß eine Kampagne organisiert und politisch vorkonzipiert werden. Da habt ihr ganz recht. Aber wie sollte denn eine Kampagne derzeit anders organisiert werden als so, daß eine bestimmte politische Organisation die Initiative ergreift und mit den anderen lokalen Gruppen (und es gibt derzeit bloß lokale Organisationen, selbst wenn sich manche von ihnen für die Keimform der KPD halten oder gar für diese selbst) ihre Konzeption diskutiert. Euch passt unsere Konzeption nicht. Gut. Das wird uns dennoch nicht dazu verleiten, euch für ein Hindernis der revolutionären Organisierung der Arbeiterklasse zu halten. Wenn diese Hindernisse so harmlos wären...

ad. 2 u. 3:

Warum soll die Parole "Verhindert den Cabora Bassa Staudamm" studentische Illusionen schüren, wenn doch jedermann klar ist, daß die derzeit einzig wirksame, die militärische Verhinderung des Projekts bloß durch die FRELIMO selbst vollbracht werden kann? Warum wollt ihr denn die ganze Kampagne auf die Frage unseres Verhältnisses zur Studentenbewegung reduzieren? Warum sollten wir denn nicht die Parole der FRELIMO zur zentralen Parole unserer Kampagne machen, wenn wir keine Zweifel daran lassen, daß unsere Funktion lediglich die einer möglichst wirsamen Unterstützung der FRELIMO in ihrer Absicht ist, d.h. daß unsere Funktion agitatorischer und propagandistischer Art ist? Wenn wir den Sieg im vietnamesischen Volkskrieg propagieren, dann denken wir ja schließlich auch nicht daran, daß wir selbst ihn herbeiführen werden. Unsere Propaganda in der Arbeiterklasse aber muß so verlaufen, daß wir klar machen, warum die FRELIMO diesen Staudamm verhindern will, warum diese Absicht nicht im

Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse steht, und warum wir diese Absicht voll und ganz unterstützen, und warum wir denRückzugder westdeutschen Monopole aus dem Projekt fordern. Das klar zu machen ist schließlich gar nicht so einfach, denn die Gegenpropaganda des Monopolkapitals, des Staats und des DGB, die auf die Furcht der Arbeiter vor dem Verlust der Arbeitsplätze spekuliert, ist so lange höchst wirksam, als die Arbeiterklasse selbst ideologisch auf dem Boden der Bourgeoisie steht und in ihren eigenen Kämpfen kein politisches Klassenbewußtsein erworben hat. Schließlich hat der Revisionismus seine ökonomische und soziale Grundlage nichtumsonst im Imperialismus, und ist der Niedergang der politischen Arbeiterbewegung nicht umsonst Ausdruck der noch keineswegs gebrochenen Weltherrschaft des Imperialismus. Die Propaganda in der Arbeiterklasse muß deshalb vor allem auf die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse zielen, d.h. die politischen Legitimationsschwierigkeiten des Monopolkapitals offenlegen und entlarven. Das wird keineswegs zu Aktionen der Arbeiterklasse gegen das Cabora-Bassa-Projekt führen, aber es kann dazu führen, daß die Arbeiterklasse ihre Kämpfe um unmittelbare Interessen in einem größeren Zusammenhang reflektiert und daß sie sich durch die imperialistische Propaganda nicht verwirren läßt.

Die Propaganda gegen das Cabora-Bassa-Projekt darf sich deshalb auch nicht auf die beteiligten Konzerne beschränken und wenn sie sich auf diese konzentrieren muß, dann vor allem deshalb, weil die Arbeiter dieser Konzerne der massiven Gegenpropaganda am stärksten ausgesetzt sind, nicht aber deshalb, weil wir uns der Hoffnung hingeben könnten, das Nahziel der Kampagne könnten etwa Streiks der Arbeiter dieser Konzerne gegen das Cabora-Bassa-Projekt sein. Richtig ist also, daß die Cabora-Bassa-Kampagne unsere antiimperialistische Propaganda in der Arbeiterklasse verstärken muß. Richtig ist, daß das Hauptziel unserer ganzen politischen Arbeit sein muß, die revolutionäre Organisierung des Proletariats zu unterstützen. Richtig ist, daß die Studenten nicht das Cabora-Bassa-Projekt verhindern können. Falsch ist, daß die "revolutionäre Organisierung des Proletariats Voraussetzung" der Kampagne ist, und daß diese Kampagne derzeit die zentrale Rolle in der revolutionären Organisierung des Proletariats spielen könnte. Völlig falsch aber wäre es, aus diesen Wahrheiten den Schluß zu ziehen, wir dürften nicht schon jetzt die Studenten agitieren und für solche Aktionen mobilisieren, die unserem Hauptziel, der Organisierung des Proletariats nicht widersprechen, durch die Herstellung einer öffentlichen Meinung in dieser Frage, auf die notwendigen militärischen und terroristischen Aktionen der FRELIMO gegen den Bau des Staudamms vorbereiten und die Legitimationsschwierigkeiten des Monopolkapitals und des Staates so weit wie möglich forcieren, um damit auch die antiimperialistische Propaganda in der Arbeiterklasse zu erleichtern.

Die einzige kontinuierliche Kampagne, die die revolutionäre Linke in derBRD bisher zu organisieren in der Lage war, ist die Kampagne gegen die US-Aggression in Vietnam. Glauben denn die Berliner Genossen, diese Kampagne sei falsch, weil sie der revolutionären Organisierung der Arbeiterklasse vorausging und glauben sie nicht vielmehr, daß diese Kampagne die antiimperialistische Propaganda in der Arbeiterklasse erst ermöglicht und eingeleitet hat? Wenn viele Sprecher der Studentenbewegung bis vor kurzem die Studenten für die Avantgarde des Klassenkampfes hielten, folgt daraus noch lange nicht, daß die Studenten jetzt solange von der Straße weggehalten werden müssen, bis ihre Sprecher ihre früheren Fehler abgearbeitet haben und als Führer des Proletariats in die Uni zurückkommen. Die Studenten möchten sonst lange warten müssen. Nicht weil das Proletariat den Kampf nicht aufnehmen wird, sondern weil es sich seine Führer nicht aufschwätzen läßt. In dieser tief verwurzelten Einsicht der Heidelberger Genossen besteht ihr sogenannter "Konservativismus".

Genossen, glaubt doch nicht, ihr könntet jede bestimmte politische Frage durch das Herbeten von Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus beantworten. Sonst werden eure Zeitungen zu eintönigen Blättchen und eure Artikel zur ständigen Versicherung, daß ihr auf dem Standpunkt des Proletariats steht. Berichtet uns lieber, welche Schwierigkeiten in Fragen der Propaganda und Agitation ihr habt, berichtet, wie ihr sie überwindet, und kommt uns nicht damit, daß ihr neuerdings Betriebszeitungen und Stadtteilzeitungen verteilt und daß ihr damit schon den entscheidenden Schritt zur proletarischen Organisation getan hättet. Die Heidelberger Genossen verteilen seit Jahren vor den Betrieben ihre Zeitungen und haben in dieser Arbeit einige Erfahrungen gemacht. Sie versuchten, jede Kampagne und Aktion auch in der Stadt propagandistisch auszuwerten. Dennoch waren sie sich der Grenzen ihrer Arbeit bewußt, vor allem auch, was die Möglichkeiten der antiimperialistischen Arbeit betrifft. Warum glaubt ihr denn, wir würden Fehler wiederholen, die wir schon kritisierten, als sie gemacht wurden ("Auflösung in die Studentenbewegung", "Zerschlagt die Entwicklungshilfe" - Kampagne etc.)? Und erwartet doch nicht von uns, daß wir den neusten Fehler einfach nachäffen und uns per Beschluß zur proletarischen Organisation erklären. Eine solche Organisation würde in Heidelberg ja doch bloß als Nachfolgeorganisation des SDS verboten werden.

Cabora - Bassa - Gruppe

Dieser Brief geht nur auf die zentralen Kritikpunkte ein. Auf die Vorwürfe der falschen Einschätzung der bürgerlichen Öffentlichkeit und des DGB wird nicht eingegangen. Die fragliche Pressekonferenz hatte rein lokale Bedeutung zur Vorbereitung der Demonstration am 19. 6. 70. Auf ihr wurde die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem DGB-Apparat in der Cabora-Bassa Frage ganz klargestellt. Wie ihr wißt, schützen solche Klarstellungen keinesfalls vor den Fehlinterpretationen der bürgerlichen Presse. Weder wurde eine zentrale Kampagne ausgerufen, noch haben wir irgendeinen Zweifel an der Haltung des DGB gelassen. Stattdessen wurde gesagt, daß die Demonstration gegen das Treffen der Entwicklungsplaner des Imperialismus auch im Rahmen einer langfristigen Propaganda und Agitation stehe, die sich nach Möglichkeit nicht auf Heidelberg beschränken solle.

→

Wir glauben, daß in der nächsten Zeit vor allem die analytische Arbeit und die publizistische Propaganda verstärkt werden muß. Wir hoffen, daß sich hier Möglichkeiten der überregionalen Kooperation ergeben, wenngleich entscheidende Differenzen in der Einschätzung der Kampagne bestehen mögen. Die durch euch eingeleitete Polemik ist dieser Kooperation keineswegs abträglich. Im Gegenteil nehmen wir beides gerne auf.

Das "TESTAMENT" von VARGA

Historische Analyse und Kritik des Revisionismus
ca. DM 6.-

GESCHICHTE DER
Band I
Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI
KOMMUNISTISCHEN
Band II
Gründung und Aufbau der KJI
JUGEND-
Band III
Der Kampf um die Massen
Vom II. zum V. Weltkongreß
pro Band ca. DM 7.-
INTERNATIONALE

trikont verlagskooperative
8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874
BAG-Nr. 18-515

ROTE ROBE

Zeitschrift des Südwestdeutschen Referendarverbandes

Nr. 3/70

AUS DEM INHALT:

Ausländerrecht und Fremdarbeiter
Tennisbälle und Wettbewerb
Vom kriminogenen Charakter der Gesellschaft
Zur psychoanalytischen Strafrechtstheorie
Der wilde Streik (BAG NJW 1970, 487)

NEUES ROTES FORUM

Nr. 2/70
erscheint Anfang November

AUS DEM INHALT:

Zum arabischen und palästinensischen Nationalismus
Zur italienischen Streikbewegung (II)
Zur Kritik der Kramerschen Thesen
Technischer Fortschritt und konstantes Kapital
Zum SDS - Verbot

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!
Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:
EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Rechtshilfefonds
Heidelberger Volksbank
Kto.Nr: 9980

GEWERKSCHAFTLICHER UND POLITISCHER KAMPF IN DEN ITALIENISCHEN STREIKBEWEGUNGEN SEIT FRÜHJAHR 69

Die Streikbewegungen in Italien seit Anfang letzten Jahres stellen im Augenblick wohl die härtesten Klassenauseinandersetzungen in einem westeuropäischen Land dar.
Italien ist eine Gesellschaft, die von vielfältigen Widersprüchen -mehr als z.B. die westdeutsche oder englische-zerrissen ist. Diese Vielfalt von Widersprüchen war wohl auch der hauptsächliche Grund für die ausgedehnte Mobilisierung der verschiedenen unterdrückten Klassen und deren Einbeziehung in die Kämpfe.
Diese Phase von Kämpfen und Streikbewegungen begann etwa im Frühjahr 1969 ohne direkte Verbindung zu den beiden Bauern- und Tagelöhneraufständen im Süden (Battipaglia und Avola (Dezember 68 und Frühjahr 69) und wurde eingeleitet vom Industrieproletariat in den norditalienischen Monopolbetrieben.
Wir werden uns im folgenden Aufsatz auf die Darstellung und Deskription der Streikkämpfe in einigen dieser Betriebe beschränken und im nächsten Heft eine allgemeinere Einschätzung dieser Streikbewegungen -besonders ihr Verhältnis zur Politik der KPI und der Gewerkschaften und ihre Auswirkung auf die Strategie des Kapitals- folgen lassen.
Nach einer Flaute des ökonomischen Kampfes von etwa 5 Jahren hatten die Streikbewegungen im Sommer und Herbst 69 die politische Situation im ganzen und die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen völlig verändert.
Besondere Bedeutung kam aber bei dieser Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse dem ökonomischen Kampf zu. Wir wollen im folgenden drei Gesichtspunkte für das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf, wie es sich in den Streikbewegungen in Italien darstellte, angeben:
1) Für das Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf hatte R. Luxemburg noch festgestellt (1a): "Mit einem Wort: Der ökonomische Kampf ist das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf. Ursache und Wirkung wechseln hier alle Augenblicke ihre Stellen, und so bilden das ökonomische und das politische Moment in der Massenstreikperiode, weit davon entfernt, sich reinlich zu scheiden oder gar auszuschließen, wie es das pedantische Schema will, vielmehr nur zwei ineinander verschlungene Seiten des proletarischen Klassenkampfes in Russland" (S. 177f) "Aber gerade diese Wechselwirkung ist bedingt durch die Revolutionsperiode." (S. 179) Demgegenüber hatte die ital. Streikbewegung gezeigt, dass unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus die Erzeugung einer solchen Wechselwirkung nicht notwendig eine Revolutionsperiode zur Voraussetzung hat, dass vielmehr schon der rein ökonomische Kampf sehr schnell und unmittelbar zur politischen Auseinander setzung führt, politische Implikationen hat. So war z.B. nach dem Einsetzen der ersten großen Streikwelle bei Fiat und deren politischem Nachspiel die Regierung zum Rücktritt gezwungen und fiel von da an auf Grund der Weiterführung der ökonomischen Streiks von einer Krise in die andere. Zudem entwickelten sich nahezu alle sozialen und politischen Kämpfe (Wohnungen, Verkehrswesen) direkt aus den Lohnkämpfen, ja waren z.T. integraler Bestandteil dieser Lohnkämpfe.
2) Der politische Kampf entwickelte sich in einem taktisch und strategisch anderen Verhältnis, als es sich die KPI vorstellen konnte oder wahrhaben wollte. Entgegen der Strategie der KPI hatten die politischen und ökonomischen Kämpfe ihre Spitze und Intensität nicht in der parlamentarischem und gesetzgeberischen Arbeit, sondern viel eher in der direkten Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit dem Kapital. Der Staat konnte effektiv weder als Garant der Errungenschaften der Arbeiterklasse (z.B. Einführung der 40-Stunden-Woche, die Fiat im Sommer 1970 versuchte, wieder rückgängig zu machen; oder die Verminderung des Arbeitstempos, auf das der Staat keinen effektiven Einfluß hat) noch als Vermittler zwischen Kapital und Arbeit (Der Arbeitsminister Donat Cattin hatte diese Rolle bis spätestens Dez. 69 ausgespielt) auftreten.

Gerade die z.T. strategisch bedingte Unfähigkeit der KPI, die Bedeutung der ökonomischen Kämpfe richtig einzuschätzen, hatte es vielen kleinen spontanen Gruppen, die z.T. aus der Studentenbewegung kamen, erlaubt, effektiv in die Arbeitskämpfe einzugreifen.
3) Wesentlicher Grund für die steigende Bedeutung des ökonomischen Kampfes ist die Zentralisation und Anhäufung des Kapitals, so daß der Kampf auf Fabrikebene und gegen ein einzelnes großes Kapital sehr schnell eine politische Bewegung aus sich entläßt. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche war im wesentlichen durch die Kämpfe in den privaten und halbstaatlichen Monopolbetrieben vorbereitet worden und konnte, als sie auf nationaler Ebene gestellt wurde, relativ schnell durchgesetzt werden. Der Mechanismus der zunehmenden Konzentration des Kapitals gibt der Arbeiterklasse die wesentlichen Mittel in die Hand, mit denen der Kampf direkt gegen das Kapital und die Kapitalistenklasse geführt werden kann. In dieser Situation ist die Vereinheitlichung der ökonomischen Forderungen wichtigste politische Parole. Gerade die Konzentration des Kapitals, die Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses, leiten einen historischen Wandel im

(1a) Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaft, Politische Schriften I, Frankfurt-Wien 1967. (Unterstreichung von uns)

Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf ein, insofern der ökonomische Kampf politischere Bedeutung hat und politischeres Bewußtsein der Arbeiter voraussetzt, als es ein knechtisches Verständnis der Leninschen Ökonomismuskritik ahnen läßt.

Ein bedeutsames Moment und eine wichtige Tendenz in den ökonomischen Kämpfen in Italien war die Entwicklung einer Dialektik zwischen der Führung der Gewerkschaften und der Initiative der Arbeiter. Diese Dialektik ist in der Hinsicht bedeutsam, als sie eine scharfe Kritik an der Lohnpolitik der Gewerkschaften beinhaltet, die ihre Lohnforderungen schlicht an die Zugeständnisse der Nationalökonomie und der staatlichen Planung anzupassen versuchen, (1b) ohne gerade den ökonomischen Kampf als wesentlich politischen Kampf der Arbeiter gegen das Kapital zu begreifen.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung dieser Dialektik stellt sich heute in Italien das Problem der Organisation, wie es mit dem Aufkommen der delegati ins Blickfeld rückt. Wir werden am Schluß auf die Diskussion über die delegati und die Schwierigkeiten dieses Organisationsprinzips in der jetzigen Situation eingehen.

DIE ARBEITSKÄMPFE BEI FIAT

Die ersten Anzeichen von massenhaften Kämpfen bei Fiat (1) zeigen sich im März 1968, als beim Streik für die Rentenneuregelung eine massive Teilnahme der Fiat-Arbeiter festzustellen ist. Im April 1968 findet ein großer Streik für Arbeitszeitverkürzungen und für die Neuregelung der Schichten statt. Der neuerwachende Kampfwille der Fiat-Arbeiter bei den April-Streiks von 1968 ist umso bemerkenswerter, als bei Fiat praktisch seit mehreren Jahren keine Lohnkämpfe mehr durchgeführt worden waren (2). Der Tarifvertrag vom April 1968 bringt die Einführung der 44-Stunden-Woche (bei 49 bezahlten Arbeitstunden), den freien Samstag (für Schichtarbeiter jeden zweiten Samstag), geringfügige Lohnerhöhungen (ca. 20 Lire pro Std.). Außerdem muß nach dem Vertrag an jedem Montageband eine Tafel aufgestellt werden, die anzeigt: 1. die Anzahl der fertigzustellenden Wagen,

(1b) Vgl. Rinascita (Wochenzeitschrift der KP) 12.9.69: "... die Produktivität der Arbeit steigerte sich in unserm Land um beinahe 20%... Schon das beweist, daß die Löhne in Italien erhöht werden können, und zwar in erheblichem Umfang... Im übrigen ist die Tatsache erwähnenswert, daß kürzlich in einigen Regierungskreisen eine Steigerung der Reallöhne um 25% zu einem baldigen Termin als für die italienische Wirtschaft erträglich errechnet worden ist." Die reale Kampfbewegung hatte dagegen klargemacht, daß die Auseinandersetzungen nicht so sehr an den Prozentzahlen der Lohnerhöhung festzumachen war, sondern an weit spezifischeren Punkten.

(1) Fiat ist mit insgesamt 150.000 Arbeitern und Angestelten der zweitgrößte Automobilhersteller in Europa. Von den insgesamt 150.000 Beschäftigten bei Fiat wohnen allein 120.000 in Turin (Einwohnerzahl ca. 1,200.000). Die Fabrik umfaßt alle nötigen Abteilungen zur Herstellung eines Autos von der Aufbereitung des Metalls (Stahlwerke) über Gießereien, Walzwerke bis hin zur Montage der Wagen (im Gegensatz zu den meisten Automobilfabriken, die die aufbereiteten Metalle von anderen Fabriken beziehen), d.h. Fiat hat einen hohen Grad der vertikalen Konzentration. Das wirtschaftliche Leben Turins wird weitgehend von Fiat beherrscht (die Kontrolle von Fiat über Turin erstreckt sich jedoch auch auf das politische und kulturelle Leben sowie auf das sportliche Leben. Als Beispiele hierfür seien die vonFiat beherrschte Tageszeitung "La Stampa" oder der Fußballmeister Juventus Turin genannt, der praktisch von Fiat finanziert wird.) 50 % eines Fiatwagens werden von den Fiatwerken selbst hergestellt, die restlichen 50 % werden in anderen Fabriken produziert (z.B. die Reifen bei Pirelli). Neben den 120.000 Beschäftigten bei Fiat hängen gut weitere 120.000 Arbeiter in Turin von Fiat ab. Dies bedeutet, daß ca. die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung von Turin im Dienst von Fiat steht und dies erklärt auch, warum die Arbeitskämpfe bei Fiat immer unmittelbare Auswirkungen auf die anderen Betriebe in Turin hatten.

Hauptwerk ist der Betrieb Fiat-Mirafiori, in dem die Modelle Fiat 124, 125 hergestellt werden, mit ca. 50.000 Beschäftigten; weitere Fiatbetriebe in Turin sind: Fiat-Rivalta, Spa Stura, Spa Centro, Lingotto).
Die Fluktuation der Beschäftigten bei Fiat ist sehr hoch, ca. 10 % scheiden jährlich wieder aus (das sind ca.1000 Beschäftigte pro Monat, davon sind ca. 400 erst kürzlich eingestellte Arbeiter). Die Fluktuation steigt in den Abteilungen mit den härtesten Arbeitsbedingungen, vor allem in den Giessereien, erheblich an und erreicht ca. 70-100 % pro Jahr. Sehr hoch ist der Anteil von süditalienischen Arbeitern, man schätzt die Anzahl von Süditalienern, die allein im Laufe des Jahres 1969 nach Turin zugezogen sind, auf ca.15.000.

(2) Seit 1953 waren praktisch alle Streiks bei Fiat gescheitert. In der Zeit nach 1953 waren alle von den Arbeitern während des Kampfes gegen die Faschisten erkämpften Errungenschaften (gewerkschaftliche Abteilungskommissare, bestimmte Formen der Mitbestimmung, Verwaltung der Kranken- und Sozialversicherung durch die Arbeiter, Versammlungsrecht und Recht auf politische Arbeit im Betrieb) nach und nach preisgegeben worden. Die Betriebsleitung konnte schalten und walten wie sie wollte, weil die Gewerkschaft zu schwach war, ihre Vertreter nach und nach entlassen oder so eingeschüchtert wurden, daß sie stillhielten. Die wenigen militanten Arbeiterführer waren vollkommen isoliert. Oft war es schwierig, 300 Kandidaten für die Wahlen zum Betriebsrat (Commissione Interna) aufzutreiben - bei einer Belegschaft von 100.000 Beschäftigten. Der Betrieb sicherte sich die Kontrolle über die Arbeiter durch ein zusätzliches Instrument der Gängelung der Lohnabhängigen, die gelbe Gewerkschaft SIDA, mit der die meisten Tarifverträge ausgehandelt wurden.

2. die Anzahl der benötigten Arbeiter, 3. die Anzahl der voraussichtlichen Ersatzleute. Diese Kämpfe hatten den Arbeitern die wichtige Einsicht vermittelt, daß die Fertigungszeiten kein unantastbares objektives Datum sind,sondern von ihnen kontrolliert und bestimmt werden können. Die sich in der ersten Jahreshälfte von 1968 im Betrieb bildenden Avantgarden (vorallem von "Potere Operaio") werfen jedoch den Gewerkschaften zurecht vor, den Kampf zu einem Zeitpunkt des noch ungebrochenen Kampfwillens der Arbeiter abgebrochen zu haben.
Nach diesen Streiks blieb die Lage für einige Zeit verhältnismässig ruhig; die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich infolge der verstärkten Exportverpflichtungen und des beschleunigten Arbeitstempos erheblich. Unter diesem Gesichtspunkt war die von den Gewerkschaften ausgehandelte Bekanntmachung der Vorgabezeiten ein Hohn für die Arbeiter, da diese Bekanntmachung den Arbeitern garnicht zugute kam; oftmals wurden auf den Aushängen Daten angegeben, die um einiges stärkere Belastungen für die Arbeiter vorsahen, als in der Praxis geleistet wurde. So konnten die Vorarbeiter den Arbeitern noch vorhalten, daß sie eigentlich noch ganz gut wegkämen und daß sie, wenn die angegebenen Zeiten eingehalten würden, noch viel härter arbeiten müßten. Dies war demnach das für die Arbeiter greifbarste Resultat der gewerkschaftlichen Arbeit und das Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften nahm erheblich zu.

Ein weiterer Aspekt der neuen Arbeitskämpfe bei Fiat ist die Präsenz der süditalienischen Arbeiter deren Anzahl in den letzten Jahren erheblich angestiegen ist.
Dazu kommen noch die Kämpfe der Studentenbewegung, in denen neue Kampfformen entwickelt worden waren, ("Lotta assembleare", d.h. Agitation auf Versammlungen) sowie die Bewegung der Oberschüler, die mehr noch als die Studentenbewegung eine starke Breitenwirkung hatte und auch direkt einige Arbeiterfamilien erfaßte.

Eine weitere Politisierung der Arbeiter bei Fiat wurde auch durch die beiden politischen Demonstrationsstreiks im Zusammenhang mit den Polizeirepressionen von Battipaglia und Avola erzielt (3) (bei denen 4 Personen von der Polizei getötet wurden), insofern, als sie den direkt tradeunionistischen Rahmen der bisherigen Lohnkämpfe verließen. Entscheidend ist bei dieser Gelegenheit die außerordentliche Militanz der süditalienischen Arbeiter (4). Außerdem verschärfte sich im Zusammenhang mit diesen politischen Streiks der Konflikt mit den Gewerkschaften, die entgegen dem Willen der Arbeiter nur einen dreistündigen Streik beschlossen hatten.
Ein weiterer wichtiger Streik vor der eigentlichen großen Streikwelle findet statt, als die Betriebsleitung versucht, einen arbeitsfreien Samstag-Nachmittag zu überspringen und die Arbeiter trotz der Zahlung von Samstagsüberstunden kurzfristig und ohne große vorherige Organisation die Arbeit niederlegen.

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution

Format 29,7 x 21 cm, 528 Seiten
DM 20,00

Das 1929 im Internationalen Arbeiter-Verlag erschienene - von Paul Frölich redigierte - Werk war bis vor kurzem fast verschollen und praktisch nur Historikern und bibliophilen Liebhabern zugänglich. Erst in den Händen der revolutionären Gruppen, die an der Aktualisierung der praktischen und theoretischen Tradition des Marxismus arbeiten, wird diese "Illustrierte Geschichte" wieder zur Waffe im Befreiungskampf. Das grosse Werk ist für die Herausbildung revolutionären Geschichtsbewusstseins unentbehrlich. Es informiert nicht nur über die damaligen revolutionären Kämpfe, an ihm kann man auch die praktische Entfaltung der revolutionären Theorie in jener Epoche des Befreiungskampfes in Deutschland studieren.



agit-buch-vertrieb-gmbh 6000 frankfurt 90 leipziger strasse 67c telefon 77 91 57

Die Strategie der Gewerkschaften zu Anfang der großen Streikwelle bestand darin, in der Zeit von Mai bis Juli 1969 eine Reihe von partiellen Kampfmaßnahmen durchzuführen, die schon recht bald durch vertragliche Regelungen mit der Betriebsleitung beendet werden konnten. Es handelte sich hierbei um die Durchsetzung von Rechten für die Arbeiter, die Fiat im Grunde schon von vornherein zu konzidieren bereit war. (Diese gewerkschaftlichen Forderungen betrafen vorallem vortarifvertragliche Lohnerhöhungen und die Anerkennung der "delegati di linea", Arbeiterdelegierte für die Montageketten, die jedoch nur beschränkte formale Rechte rein konsultativer Art haben sollten). Es war zu erwarten, daß die hauptsächlichen Widerstände gegen die Einführung der Arbeiterdelegierten vorallem von den niedrigeren Instanzen der Betriebsleitung ausgehen würden. Am 11. Mai treten die 8.000 Arbeiter der Abteilungen Wartung und Instandhaltung bei Mirafiori in den Streik. Einige Tage später legen auch die Arbeiter der großen Pressen die Arbeit nieder. Diese nur zum Teil von den Gewerkschaften kontrollierten Streiks in den Abteilungen der Anfangsfertigung blockieren auch die Produktion in der Endfertigung, d.h. in den Montageketten. Bei diesen Streiks handelt es sich meist nicht um achtstündige Streiks, sondern um sogen. "scioperi articolati", d.h. Teilstreiks, die nur für kürzere Zeit in einigen wenigen Abteilungen durchgeführt werden. Im allgemeinen ruft die Gewerkschaft zweistündige Streiks aus, die Arbeiter streiken dann von sich aus länger, 4 Stunden und in einigen Fällen auch 8 Stunden. Die Gewerkschaften verfolgen den Plan, die Lohnkämpfe in den Abteilungen Wartung und Instandhaltung und in den Pressen abzuschließen, um dann erst den Kampf in den Montage- und Maschinenabteilungen einzuleiten. Dies ist ihnen auch im wesentlichen gelungen. Es zeigt sich auch hier die von den Gewerkschaften auch anderorts häufig praktizierte Strategie, die Lohnkämpfe über eine möglichst lange Zeit zu verteilen, um ihre Vereinheitlichung zu verhindern(5).

---

(3) Der Mord an zwei Demonstranten in der süditalienischen Stadt Battipaglia Anfang April 1969 löst eine gewaltige Protestwelle in ganz Italien aus. Besonders erbittert reagieren die Arbeiter bei Fiat, wo ja der Anteil der süditalienischen Arbeiter besonders hoch ist. Der politische Streik, der auf die Repressionen von Battipaglia folgt, wird zum auslösenden Moment für eine Kette von Lohnstreiks: als die Betriebsleitung gegen einen Arbeiter von Fiat, der auf einer Protestversammlung auf dem Betriebsgelände von Fiat gesprochen hatte, Repressalien ergreift und ihn in eine andere Abteilung versetzt, reagieren die Arbeiter ihrerseits mit harten Kampfmaßnahmen: Fiat ist gezwungen, die Versetzung rückgängig zu machen. Dieser Sieg über die Betriebsleitung gibt der Bewegung starken Auftrieb.

(4) Diese zunehmende Militanz der bei Fiat beschäftigten süditalienischen Arbeiter führt auch zu einer Einstellungsänderung der turiner Arbeiter zu ihren süditalienischen Kollegen. Dies kommt z.B. darin zum Ausdruck, daß der Anfang der 60er-Jahre häufig gebrauchte Ausdruck "Napoli" (als ironische Formel für süditalienische Arbeiter) nicht mehr als Synonym für Streikbrecher verwendet wird.

(5) Die Gründe dafür, daß die Streiks erst jetzt, im Mai, Juni 1969 ausbrechen:
1. in den letzten Monaten waren die Wohnverhältnisse und die Mietpreise für viele fast unerträglich geworden. Die meisten der zahllosen Neuankömmlinge aus Süditalien konnten keine Wohnung finden oder nur zu Wucherpreisen eine Schlafstelle in den städtischen "Pensionen" finden. Zugleich erhöhen sich die Mietpreise - nicht zuletzt auch wegen der zunehmenden Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt - um ca. 30 %, sodaß viele Familien ihre Miete nicht mehr zahlen können. In den Randgebieten der Stadt bilden sich auf Vorstadtversammlungen spontan sogen. Einwohnerkomitées. Nachdem von der KPI und dem PSI, der sozialistischen Partei Italiens, an den Staat die Forderung gerichtet worden war, für einen "gerechten Mietpreis" Sorge zu tragen, wurden auf diesen Vorstadtversammlungen direkte Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung niedrigerer Mieten (bzw. der Aufhebung der Mieten) beschlossen, vor allem die Durchführung von Mietstreiks und Hausbesetzungen. Der Übergang zu dieser Taktik des direkten Kampfes bedeutete implizit eine Kritik an den von der KPI und dem PSI gehegten Illusionen, die Reform des Wohnungswesens über den Staat herbeiführen zu können und ermöglicht gleichzeitig, diese Kämpfe als integralen Bestandteil der von den Fabriken ausgehenden Lohnkämpfe zu begreifen. Diese Verbindung von Lohnkämpfen und Mietstreiks ergibt sich konsequent aus der Tatsache, daß das industrielle Monopolkapital in zunehmendem Maße alle Lebensbereiche des Arbeiters seiner Herrschaft und Kontrolle unterwirft.
2. Der Leistungsdruck bei Fiat nimmt in dieser Phase so stark zu, daß die Arbeiter praktisch gezwungen sind, sich für ein paar Tage pro Monat krank schreiben zu lassen, um die Strapazen der Arbeit überhaupt auszuhalten. Dieser Arbeitsausfall von zwei bis drei Tagen monatlich pro Arbeiter ist jedoch von Fiat von vornherein in die Bemessung der Zeiten miteinberechnet. Hier liegt ein klassisches Beispiel dafür vor, wie das Kapital trotz gesetzlicher Bestimmungen über die Sozialversicherung die Mehrwertrate erhöhen kann; die Kosten für die Sozialversicherung, von der dem Arbeiter sein Arbeitsausfall zT bezahlt wird, sind Bestandteil des Lohns, d.h. vom Kapital her gesehen festgelegte Kosten. Der Arbeitsausfall bedeutet somit für das Kapital keine zusätzlichen Kosten. Er bedeutet praktisch eine Verkürzung des durchschnittlichen Arbeitstages bezogen auf einen Monat, d.h. eine Verringerung des a b s o l u t e n Mehrwerts, der eben durch die viel stärkere Steigerung des relativen Mehrwerts (= Erhöhung des Leistungsdrucks) mehr als kompensiert wird. Im Verlauf der Kämpfe bei Fiat entwickeln sich in diesem Zusammenhang nun zwei Perspektiven des Kampfes: 1. der Kampf um die Gleichstellung mit den Angestellten, d.h. der Kampf um die volle Bezahlung der ausgefallenen Arbeitstage. (Diese Forderung wird später in der Metall- und der Chemischen Industrie auf nationaler Ebene durchgesetzt). 2. der Kampf um die Reduzierung des Arbeitstempos.
3. Die von der Studentenbewegung und Gruppen wie "Lotta continua", "Potere Operaio" etc., praktizierten Kampf-

Es kommt so Ende Mai zum Abschluß von einigen unbedeutenden Verträgen in den Abteilungen Wartung und Instandhaltung, die vor allem differenzierte Lohnerhöhungen sowie einige Einstufungen in eine höhere Lohngruppe beinhalten. Die Einstellung der Arbeiter ist in diesem Augenblick ziemlich uneinheitlich und unsicher. Den Gewerkschaften ist nun vor allem daran gelegen, zu vermeiden, daß die Betriebsleitung eine starre und unnachgiebige Haltung einnimmt und zu harten Gegenmaßnahmen wie der Aussperrung greift. Sie versuchen in erster Linie die "delegati" durchzubringen.

Die Arbeiter der Montageketten halten sich jedoch nicht an die Termine der Gewerkschaften und streiken früher als vorgesehen (Ende Mai). Dadurch sind die Gewerkschaften ihrerseits gezwungen nachzuziehen und zweistündige Streiks auszurufen. Da die Arbeiter nun wieder eine abwartende Haltung einnehmen, gelingt es den Gewerkschaften, die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen. Sie gehen jetzt allmählich wieder davon ab, Streiks auszurufen. Die Situation droht jedoch den Gewerkschaften ständig zu entgleiten, denn inzwischen haben auch die Giessereiarbeiter begonnen zu streiken (6). Der Streik der Gießereiarbeiter wird sehr heftig geführt und geschlossen von den Arbeitern unterstützt, ist jedoch recht wenig politisiert: es fehlt an einer gründlichen Diskussion über die Streikziele und an der nötigen organisatorischen Vorbereitung. Die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen sind: entweder eine Erhöhung des Grundlohns um 2oo Lire pro Std. oder Entlohnung nach den tarifvertraglichen Bestimmungen für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie (dies würde sowohl eine Lohnerhöhung als auch eine Arbeitszeitverkürzung mitsichbringen) Anstatt diese Forderungen der Giessereiarbeiter aufzugreifen machen sich die Gewerkschaften praktisch die von der Betriebsleitung vorgelegten Vorschläge zueigen, die auf eine Spaltung der Arbeiter abzielen und sehr differenzierte Lohnerhöhungen von 5-70 Lire vorsehen. Diese Lohnerhöhungen sind an die Arbeitsplatzlöhne gebunden, die nach der Schädlichkeit des jeweiligen Arbeitsplatzes variieren(7). Die von den Gewerkschaften und der Betriebsleitung verfolgte Strategie erweist sich in der Tat als recht geschickt, denn gerade die Arbeiter, die am meisten von den differenzierten Lohnerhöhungen profitierten, sollten dann bei späteren Streiks nicht mitmachen.

An dieser Stelle wollen wir kurz auf die Funktion der Studentenbewegung und der externen Gruppen eingehen. Schon 1 Monat vor Ausbruch der Lohnkämpfe betreiben Studenten der Medizin, Soziologie und der Technischen Hochschule Turin regelmäßige Agitation vor den Fabriktoren von Mirafiori. Spezifische Schwerpunkte dieser Agitation sind das Problem der Techniker und Gesundheitsprobleme im Betrieb. Diese Arbeit der Studenten vor den Fabriktoren vollzieht sich sehr regelmäßig, jeden Tag, zumindest bei jedem Schichtwechsel sind mindestens 5-6 Leute anwesend, die Flugblätter verteilen und mit den Arbeitern diskutieren. Ein Lokal in der nähe von Mirafiori wird zum ersten Kontaktpunkt für die Arbeiter verschiedener Abteilungen; anfangs besteht jedoch in diesen Versammlungen, die später mehr und mehr in Räumen der Universität stattfinden, ein gewisses Mißverhältnis zwischen Arbeitern der Montageabteilungen (die schon sehr politisiert sind) und den ziemlich spärlichen Gruppen der Arbeiter anderer Abteilungen. Außerdem werden jeden Sonntag Generalversammlungen für alle Arbeiter von Fiat durchgeführt, die ermöglichen sollen , die Kämpfe in den verschiedenen Abteilungen zu koordinieren. In dieser Phase ist bei der Arbeit der nichtgewerkschaftlichen Avantgarden eine Überbetonung des Lohnes ("il salario che fa saltare il piano" - es müssen so hohe Löhne durchgesetzt werden, daß dadurch der Wirtschaftsplan zusammenbricht) und des "Moments des Kampfes und der massenhaften Zusammenstöße " gegenüber dem "Moment der permanenten politischen Organisation und der Avangarde der Arbeiterklasse" festzustellen. Typisch für diese vor allem von der Gruppe um die Zeitung "La Classe" vertretenen Linie ist auch ihre Konzeption der Basisgruppen : die Basisgruppen werden als sehr umfassende Organisationen verstanden, die alle in dem jeweiligen Augenblick kämpfenden Arbeiter erfassen und innerhalb derer keine politische Differenzierung zwischen diesen Arbeitern besteht, d.h. die Basisgruppen werden nur als Avantgarden im Sinne der materiellen Kampfführung , nicht aber im politischen Sinne des Wortes verstanden.

Die Studentenbewegung stellt sich erst verhältnismäßig spät das Problem der Fabrikkämpfe, zu einer Zeit , als die Lohnkämpfe schon in vollem Gang sind. Innerhalb der Studentenbewegung finden lange und mühsame Diskussionen statt, die Anhänger einer Intervention der Stu-

---

-Anm. (5)

methoden erweisen sich als durchschlagkräftiger als die traditionellen Kampfmethoden der Gewerkschaften; die Kämpfe der Studenten und Oberschüler werden für viele Fiatarbeiter zu einem Mythos. In dieser Phase schlägt das ursprünglich ablehnende Verhalten der Arbeiter gegenüber der Studentenbewegung in Zutrauen zur politischen Arbeit der Studenten und oft in eine Überschätzung des radikaldemokratischen Kampfes der Studentenbewegung gegen den Staat, gegen Rektoren und die Polizei um.

4. Fiat hört endgültig auf, "oberstes Ziel für einen Arbeiter zu sein", ein absolut sicherer Arbeitsplatz zu sein ;für viele (vor allem für die Süditaliener) stellt Fiat nur noch eine Übergangsetappe dar, um Arbeit in kleineren Fabriken oder im Dienstleistungssektor zu finden.

(6) Dieser Streik der Gießereiarbeiter ist insofern erwähnenswert, als er systematisch von der gesamten bürgerlichen Presse und auch der Tageszeitung der KPI, der "Unità", totgeschwiegen wird. Diese Strategie wird von der Unità auch bei anderen Gelegenheiten praktiziert: so berichtete das KPI-Organ monatelang nicht über die agitatorische Arbeit der Basisgruppenorganisation bei Pirelli-Mailand.

(7) Potere Operaio wendet sich in diesem Zusammenhang scharf gegen die Politik der "monetizzazione della salute", d.h. die Tendenz , die gesundheitschädlichen Folgen der Fabrikarbeit zum Gegenstand von Lohnverhandlungen zu machen und die Löhne nach dem Grad ihrer Schädlichkeit für die Gesundheit des Arbeiters zu bemessen.

denten in der Fabrik sind anfangs ziemlich isoliert, es galt einige von den Führern der Studentenbewegung 1968 hartnäckig vertretene Mythen zu überwinden, die den Studenten immer und immer wieder eingehämmert worden waren, daß nämlich die Fabrik der Ort sei, wo es am schwierigsten sei, sich zu organisieren und wo die Arbeiterklasse am stärksten atomisiert sei und daß der Kampf in der Fabrik leicht in unpolitische Formen ausarte. Der Führungswechsel innerhalb der Studentenbewegung in der ersten Hälfte von 1969 führte auch zu einer Verschiebung der politischen Diskussion : neben dem Problem der Generalisierung der Lohnforderungen werden allgemeine politische Probleme des Klassenkampfes aufgegriffen, die über reine Lohnforderungen hinausgehen, es werden organisatorische Fragen des Arbeitskampfes wie das Problem der Arbeiterdelegierten oder die Kontrolle der Arbeiter über das Arbeitstempo diskutiert, Probleme, die sowohl von "La classe", die sich vorwiegend auf die Agitation der Arbeiter über bloße Lohnforderungen beschränkt hatte, als auch von dem mehr kulturrevolutionären, antiautoriären Konzept der Studentenbewegung von 1968 vernachlässigt worden war.

In dieser Phase betont die Studentenbewegung vor allem Aspekte des Kampfes um Produktionsbeschränkungen ("autolimitazione della produzione") und gegen das Arbeitstempo; im Gegensatz zu "La classe" stellt sie sich konkret das Problem, die Avantgarden der Arbeiterklasse permanent organisatorisch zusammenzufassen und eine längerfristige Strategie des Klassenkampfes zu entwickeln, die über den beschränkten Horizont der jeweiligen Lohnkämpfe in den einzelnen Abteilungen hinauskommt.

Die marxistisch-leninistischen Gruppen (vor allem die "Unione dei comunisti italiani, m.l.") greifen in dieser Phase nicht in die Fabrikkämpfe ein; das Schwergewicht ihrer Arbeit liegt vor allem auf der Agitation in den Stadtvierteln, vor allem auch unter den süditalienischen Einwohnern von Turin und auf abstrakten Organisationsversuche für eine Partei des "Volkes".

Erst Anfang 1970 beginnt sich die Unione konkret das Problem des Kampfes in der Fabrik zu stellen und sucht auch eine Annäherung an "Potere Operaio".

In der ersten Monatshälfte des Juni 1969 drehen sich die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften, Betriebsleitung und Arbeitern vor allem um die Frage der Arbeiterdelegierten. Die Einstellung der Arbeiter zu den Delegierten ist nicht eindeutig : sie sind prinzipiell für die Wahl von Arbeiterdelegierten, ein großer Teil der Arbeiter ist jedoch gegen die sogen. "delegati di linea", d.h. die Delegierten, die für eine ganze Montagekette zuständig sind und oft mehr als 250 Arbeiter vertreten. Bei der Kritik der Arbeiter an den "delegati di linea" spielen auch die negativen Erfahrungen eine Rolle, die sie in den letzten 10 Jahren bei Fiat mit der "Commissione Interna" (entspricht in etwa dem deutschen Betriebsrat) gemacht haben, die vorwiegend die Interessen der Betriebsleitung (des "padrone") vertreten hat(10) Deshalb auch das Mißtrauen gegenüber den "delegati di linea", die von vielen Arbeitern als "delegati del padrone" angesehen werden, "die sich nicht die Finger dreckig machen" und deshalb auch die Forderung nach den "delegati di squadra", die nur die Interessen einer Mannschaft oder kleineren Arbeitseinheit von ca.10-30 Arbeitern vertreten sollen.

Die Gewerkschaften nehmen in dieser Situation eine zwiespältige Haltung ein : auf der einen Seite unterstützen sie die Wahl der "delegati di squadra", auf der anderen Seite verfolgen sie konsequent ihr Ziel, die Arbeiterdelegierten zu institutionalsieren und deren Kompetenzen gemeinsam mit der Betriebsleitung auszuhandeln und zu garantieren. Die Gewerkschaften haben sehr wohl begriffen, daß die "delegati di linea" ein geeignetes Instrument sind, um ihre schwer angeschlagene Stellung im Betrieb zu festigen.

Am 14. Juni kommt es nach ununterbrochenen Teilstreiks und Produktionsverlangsamungen, die sich z.T. ohne Kontrolle der Gewerkschaften entwickeln (und eben deshalb setzen die Gewerkschaften vor allem auf die Karte der "delegati di Linea", um sich so einen Einflußbereich innerhalb der einzelnen Abteilungen schaffen zu können) - und nach einer Androhung der Aussperrung - zum Abschluß eines Betriebsabkommens für die Montageabteilungen, in dem Fiat die "delegati di linea" anerkennt. In dem Abkommen werden die Delegierten jedoch "Experten" genannt; darin kommt die Intention der Betriebsleitung zum Ausdruck, der Figur des Arbeiterdelegierten seine politische Funktion zu nehmen und in erster Linie den technischen und konsultativen Charakter der Kompetenzen der Delegierten zu unterstreichen. Das Abkommen sieht vor, daß diese Delegierten bzw. "Experten" von den Arbeitern gewählt werden, aber von den Gewerkschaften ernannt werden, und über die gleichen Rechte verfügen sollen wie die Betriebsratmitglieder. Das Abkommen enthält außerdem die Möglichkeit des Aufstiegs in eine höhere Lohnstufe sowie geringfügige Erschwerniszulagen.

Ein wichtiges organisatorisches Moment in dieser Phase ist die sogen. "Lega Studenti Operai" (Arbeiter-Studenten -Liga), die die externen Betriebsversammlungen der Turiner Arbeiter organisatorisch vorbereitet und als Koordinationszentrum der Turiner "gruppetti" und Avantgarden fungiert und der einige Mitarbeiter und Redakteure der "Quaderni Rossi", von "Potere Operaio" und ein Teil der Genossen der Studentenbewegung angehören. Eine weitere wichtige Funktion dieser "Lega" besteht in der Koordinierung von Kampfmaßnahmen, die nicht nur direkt die Lohnerhöhungen betreffen, sondern auch zur Durchsetzung allgemeinerer Forderungen im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage, der öffentlichen Verkehrsmittel, der Schule etc. durchgeführt

---

Anmerkungen (8) und (9) entfallen

(10) Viele Arbeiter hegen die Befürchtung, daß die "delegati di linea", angesichts ihrer beschränkten, rein konsultativen Kompetenzen und der starken Kontrolle der Gewerkschaften gar nicht in der Lage sind, sich konkret für die Anliegen der mehr als 250 Arbeiter einzusetzen, die sie vertreten. "Wer nicht in direktem Kontakt mit den Massen steht, gilt prinzipiell als möglicher Verräter, der sich über kurz oder lang an den "padrone" verkaufen wird." (Aus "Il Manifesto n.2/3, 1969, S.19)

werden. Die "Lega" verliert im Herbst 1970 zunehmend an Bedeutung, zumal die Planung von Fabrikkämpfen in zunehmendem Maße nicht mehr von außen erfolgt, sondern von den sich allmählich bildenden "internen" Avantgarden innerhalb des Betriebs selbst, auf Betriebsversammlungen etc. übernommen wird.

Die Arbeiter sind angesichts der unbedeutenden Lohnerhöhungen ziemlich unzufrieden mit dem Vertrag, zumal sie die Wirksamkeit der neuen Delegierten bezweifeln. Der FIOM (der der sozialkommunistischen CGIL angehörenden Metallarbeitergewerkschaft) wird von den Avantgarden im Betrieb vorgeworfen, das riesige Kampfpotential der Arbeiter der Montageabteilungen vollkommen ungenutzt gelassen zu haben und im Nahmen der vielbeschworenen gewerkschaftlichen Einheit (d.h. zwischen der sozialkommunistischen CGIL, der christdemokratischen CISL und der sozialdemokratischen UIL) an die rechten Gewerkschaftsorganisationen (vor allem der der UIL angehörenden UILM und der gelben Gewerkschaft SIDA bei Fiat) zu große Zugeständnisse gemacht zu haben.

Die Arbeiter beschließen deshalb auch nach dem Betriebsabkommen weiterzustreiken. Schon am Montag, den 16. Juni brechen die Streiks erneut mit aller Macht los. Die 2. Schicht der Halle 54 (Karosserien) tritt für 5-6 Stunden in den Ausstand; in den folgenden Tagen greift der Streik auf die 1. Schicht über. Das Novum dieser Streiks liegt darin, daß sie unmittelbar nach dem Abschluß eines Tarifvertrags stattfinden, während die vorherigen Streiks in den Montageabteilungen gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Delegierten stattgefunden hatten. Sie sind also eindeutig eine Alternative der Basis zum "Kampfstil" der Gewerkschaften. Dieser Streik, der gut geplant und organisiert ist und massenhaft befolgt wird, ist nicht mehr nur Ausdruck einer rein spontanen Auflehnung und ist zugleich härter als alle bisherigen, von der Gewerkschaft kontrollierten Streiks. In diesen beiden letzten Juniwochen vertieft sich die Kluft zwischen der Basis und den Gewerkschaften in einem bisher nicht gekannten Ausmaß: die Gewerkschaften haben vollkommen die Kontrolle über die Streiks verloren.

Indessen geht die Wahl der "delegati di squadra" zügig voran, die der "delegati di linea" dagegen nur stockend, und zwar infolge organisatorischer Schwierigkeiten und wegen des unverhüllten Mißtrauens vieler Arbeiter gegen die "delegati di linea". Zugleich greifen die Streiks auch auf andere Abteilungen außerhalb von Mirafiori über: auf die Giessereien, das Werk Fiat-Rivalta, Spa Centro, Lingotto, etc. und sogar auf die "Direzione Centrale", auf die Techniker der Planungs- und Zeichenbüros.

Die Kämpfe erreichen in dieser Phase ein neues Niveau der politischen Reife: der zu einem großen Teil von der Halle 54 (Karosserien) getragene Streik legt nicht nur die Produktion in dieser Halle, sondern auch in den Montageabteilungen lahm. Hier zeigen sich zum ersten Mal seit 10 Jahren bei Fiat Ansätze zur Überwindung des korporativistischen Denkens: so werden z.B. Geldsammlungen für die Streikenden der Halle 54 durchgeführt. Auf einer großen Betriebsversammlung wird beschlossen, daß die anderen Hallen streiken sollen, wenn die Arbeiter der Halle 54 die Arbeit wiederaufnehmen. Nach einer Woche wird der Streik in der Halle 54 abgebrochen. In der darauffolgenden Woche versuchen die Gewerkschaften wieder Boden wettzumachen und einen etwas härteren Kampfkurs einzuschlagen. Sie beschließen 2-3 stündige Streiks pro Schicht: einige Forderungen der Arbeiter (40-Stundenwoche, Angleichung der Arbeiter an die Angestellten) werden in modifizierter Form von den Gewerkschaften aufgegriffen. Die Gewerkschaften, die versuchen wollten, vor Beginn der nationalen Tarifverhandlungen für die italienischen Metallarbeiter erst die Anerkennung der Delegierten auch in den anderen Abteilungen von Mirafiori durchzusetzen, sehen sich angesichts des Drucks der Basis gezwungen, Lohnerhöhungen zu fordern: sie halten jedoch weiterhin an ihrer falschen Politik fest, sehr differenzierte Vorschläge (unterschieden je nach Halle, Art der Tätigkeit, Qualifikationsgrad usw.) vorzulegen, während die Arbeiter gleiche Lohnerhöhungen für alle verlangen. Es gelingt jedoch den Gewerkschaften, die Arbeiter zu spalten und einen Teil wieder auf ihre Seite zu ziehen.

Gleichzeitig geht der Kampf in den anderen Abteilungen von Fiat-Mirafiori weiter: das Personal der Halle 85 (Verladeabteilung), das für das Auf- und Abladen der fertigen Wagen zuständig ist, wird nur nach der 3. Lohnstufe entlohnt, hat aber die eigentlich nach Lohnstufe 2 bezahlte Tätigkeit von Lastwagenfahrern auszuüben; deshalb beschließen die Arbeiter der Halle 85, die Vorschriften wörtlich zu nehmen und schieben zu viert und zu fünft die fertigen Wagen zum Ausgang. Es kommt zu einer heillosen Verstopfung, die Betriebsleitung versucht, Streikbrecher aus anderen Abteilungen einzusetzen; dieser Schachzug gelingt jedoch nur zum Teil, und schlägt gegen die Betriebsleitung zurück, denn die Arbeiter aus den anderen Abteilungen können nun umso besser agitiert werden und tragen den Kampf in andere Abteilungen weiter.

In der Halle 25 (Härterei) findet zur selben Zeit noch ein von den Gewerkschaften unabhängiger Streik statt, der allein von den Arbeitern getragen wird. Gewerkschaften und PSIUP (Sozialproletarier) verbreiten das Gerücht, der Streik sei von der CISNAL (der Gewerkschaftsorganisation der Faschisten) organisiert. Trotz dieses Boykottversuchs klappt der Streik tadellos und wird massenhaft befolgt.

Während die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitung über die Frage der Arbeiterdelegierten in ihre entscheidende Phase treten, versucht die Betriebsleitung die Arbeiter durch harte Repressalien einzuschüchtern und entlässt 16 Arbeiter: angesichts der prompten Reaktion der Arbeiter, die sofort geschlossen den Streik wiederaufnehmen, widerruft die Leitung die Entlassungen. Am 27. Juni wird der Tarifvertrag zwischen der Betriebsleitung und den Gewerkschaften unterzeichnet.

---

(11) Die Gewerkschaften wenden gegen die Forderung, die Arbeiter der dritten Lohnstufe in die 2. categoria" einzustufen, ein, daß eine solche Umstufung für viele gar keine effektiven Lohnvorteile mit sich bringen würde, weil die seit längerer Zeit in der 3. Lohnstufe tätigen Arbeiter dadurch eine Reihe von Zulagen verlieren würden (die sogen. "scatti di anzianità", etwa Treueprämien) und nach Eingliederung in die zweite Lohnstufe einen niedrigeren Lohn bekommen würden als vorher.

Das wichtigste Merkmal dieses Vertrags ist seine außergewöhnliche Komplexität: er sieht eine Unmenge von Sonderregelungen vor, und erfüllt objektiv die Funktion, den Prozeß der Vereinheitlichung der Arbeiterklasse zu bremsen, der seinen Ausdruck vor allem in der Forderung nach gleichen Lohnerhöhungen für alle und nach Aufhebung der arbeitsrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sowie nach einer einheitlichen Lohnstufe für alle Arbeiter (seconda categoria, 2.Lohnstufe) gefunden hätte.
Daneben bringt der Vertrag durchaus einige konkrete Verbesserungen für die Arbeiter : 1. Lohnstufen. Ein Teil der Arbeiter wird automatisch von der dritten in die zweite Lohnstufe eingegliedert. Außerdem wird noch eine weitere Lohnstufe eingeführt , die sogen. "terza super"). Weiterhin wird der Übergang von einer Lohnstufe in die andere erleichtert, insofern als einige der bisher erforderlichen Voraussetzungen für eine Umstufung entfallen; jeder Arbeiter wird automatisch in die nächst höhere Gruppe eingestuft, wenn er seit mindestens einem Jahr die von der höheren Lohnstufe vorgesehene Tätigkeit ausgeführt hat. Eine Reihe von Tätigkeitsmerkmalen, die bislang der 3.Lohnstufe, d.h. der nicht-qualifizierten Arbeiter , zugeordnet wurden, werden nun der 2.Lohnstufe zugeteilt. Mit anderen Worten, der neue Vertrag bringt eine größere Durchlässigkeit der einzelnen "categorie", d.h. der Lohnstufen, die vor allem den Arbeitern der dritten Lohnstufe zu Gute kommt, die früher praktisch keine Aussichten hatten, in eine höhere Lohnstufe aufzusteigen. Der Vetrag bringt zugleich zum Ausdruck , daß die vor Einführung der Automation gültigen Qualifikationskriterien, die in einem bestimmten Ausbildungssystem verankert waren, mehr und mehr ihre Gültigkeit verlieren. An dieser Stelle setzt die Kritik von "Potere Operaio" und "Lotta continua" ein, die darauf hinweisen, daß die von dem differenzierten Lohnstufensystem bei Fiat unterstellte Qualifikationsstruktur nur rein artifiziellen Charakter hat, nur zur Spaltung der Arbeiterklasse dient, daß im Grunde jede Tätigkeit sehr leicht von jedem Arbeiter nach kurzer Anlernzeit ausgeübt werden könnte. Deshalb auch die von der Basis unterstützte Forderung dieser Gruppen nach Abschaffung aller Lohnunterschiede (und als erster Schritt hierzu Einführung der zweiten Lohnstufe für die Arbeiter der niedrigeren Lohnstufen) sowie nach massiven, gleichen Lohnerhöhungen für alle (11).
2. Lohnerhöhungen: die Lohnerhöhungen differenzieren je nach Lohnstufe ganz erheblich (von 9,8 bis 37 lire bzw. 90 lire für die Nachtschichtarbeiter). Man darf jedoch nicht vergessen, daß für den Herbst 69 neue Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene vorgesehen sind, die vor allem erhebliche Lohnerhöhungen zum Gegenstand haben werden.
3. Delegierte: es werden nun in ganz Mirafiori 56 "delegati di linea" (im Vertrag heißen sie "Experten") eingesetzt. Die schon vor Abschluß des Tarifvertrags vom 27.Juni einsetzenden Repressionsmaßnahmen der Betriebsleitung gegen besonders militante Arbeiter, wurden nun nach dem Vertrag konsequent und in verstärktem Maße fortgesetzt. Es werden schwarze Listen von "gefährlichen" und mißliebigen Arbeitern angefertigt. Ende Juni werden dann 16 Arbeiter entlassen.
Anfang Juli rufen die Gewerkschaften eine Generalstreik für die 600.000 Lohnabhängigen von Turin aus. Von den Gewerkschaften und von der "Unità" wird der Streik als "Kampf zur Verteidigung des Lohns, gegen den Angriff der Spekulation, gegen die Erhöhungen der Mieten und der Lebenshaltungskosten, für eine Politik des sozialen Wohnungsbaus ("una politica popolare della casa") bezeichnet. Ein von der "Lega" herausgegebenes Flugblatt , das in ganz Italien verteilt wird, kommentiert diesen 3. Juli wie folgt:
"Hunderte von Arbeitern und Studenten beschließen in einer Versammlung, für den Tag des Generalstreiks zu einem grossen Demonstrationszug aufzurufen , der von Mirafiori aus die Arbeiterviertel erreichen und die Arbeiter der verschiedenen Fabriken zusammenfassen soll.
Am Donnerstag, den 3. Juli, versammeln sich nachmittags nach und nach Tausende von Arbeitern vor dem Werk in Mirafiori. Es ist eine Machtprobe, eine massive Demonstration der Arbeiter, nach außen wie auch gegen die Gewerkschaften und Parteien. Es ist das Ergebnis der Reife, die man in den fast zwei monatelangen Kämpfen innerhalb des Betriebes erreicht hat, und es ist zugleich die Garantie dafür, daß der Kampf weitergeht und sich noch verschärft.
Das ist zuviel für die Herrschenden. Noch bevor der Demonstrationszug sich formieren kann, stürzt sich ein Heer von Polizisten ohne jede Vorwarnung auf die Menge , prügelt, verhaftet und wirft Tränengasbomben unter die Demonstanten. Die Zusammenstöße nehmen ihren Anfang. Der Demonstrationszug formiert sich erneut in einiger Entfernung und setzt sich in Bewegung, erreicht Corso Traiano. Hier greift die Polizei erneut an. Aber Polizei, Unternehmer und Regierung haben sich verrechnet. Sehr schnell führen nicht mehr nur die Avantgarden der Arbeiter und Studenten die Auseinandersetzungen, sondern die ganze proletarische Bevölkerung des Stadtteils kämpft mit. Sie errichtet Barrikaden, sie beantwortet die Angriffe der Polizei mit eigenen Angriffen. Stundenlang dauert die Schlacht, bis die Polizei ge-

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Katalogge-bühr wird beim Kauf angerechnet

Katalog A	**5,— DM**
Katalog B	**10,— DM**
Prachtkatalog	**20,— DM**

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!

Vorkasse! Keine Nachnahme!

JEAN-PIERRE VILLENEUVE
Stockflethsvej 7
Kopenhagen F / Dänemark
Dept. FOAC

zwungen wird, sich zurückzuziehen. Es handelt sich nicht mehr um die Demonstration, jetzt kämpfen die Massen. Und das ist kein Abwehrkampf: während sich die Zusammenstöße auf dem Corso Traiano sich verschärfen, weitet sich der Kampf auf andere Stadtteile aus, von der Gemeinde Michelino auf die Vorstadt S. Pietro, auf Moncalieri. Überall wehrt man sich mit Barrikaden, Steinen und Feuern gegen die Angriffe der Polizei. Die Zeitungen werden von Extremisten sprechen: es sind Arbeiter von Turin, die Jugendlichen, die Frauen. Zehntausende von "Extremisten" sind sich bewußt, daß der Kampf die einzige Waffe der Unterdrückten ist, und daß ein Sieg möglich ist. Polizisten und Carabinieri, die bis jetzt nur feige zuschlagen konnten, haben Angst bekommen und flüchten. Ausgerückt mit dem Befehl, eine Demonstration zu zerschlagen, finden sie sich vor der Front der eindrucksvollen Kraft der Arbeiterklasse.

Der 3. Juli hat, wenn das überhaupt nötig war, gezeigt, daß Turin der fortgeschrittenste Punkt eines Kampfes ist, der in ganz Italien geführt wird, daß Turin der politische Orientierungspunkt für die ganze Arbeiterklasse Italiens ist. Die Reife und die Kraft der Turiner Arbeiter fand ihren Ausdruck zuerst darin, daß sie sich das Innere der Fabrik eroberten, um dort ihren Kampf zu führen und um die eigene Einheit und Autonomie zu entwickeln. Im Lauf dieses Prozesses wurden die Kontrolle und die Vermittlung der Gewerkschaften von den Arbeitern selbst aufgekündigt: über die einzelnen Forderungen hinaus hat der Kampf die Bedeutung gehabt, daß er sich gegen die kapitalistische Organisationsform des Arbeitsprozesses, gegen die Bemessung des Lohns nach den Profitinteressen des Unternehmers und gegen die Ausbeutung innerhalb wie außerhalb der Fabrik richtete.

In den Streiks, den Demonstrationen, den Versammlungen im Betrieb wurden die Divergenzen der Arbeiter untereinander überwunden, wurde die autonome Organisation der Klasse vorangetrieben...

Es lag im Wesen des Verlaufs dieses Kampfes, daß er am Donnerstag auf die Stadt übergegriffen hat, daß er offensiv dem repressiven Apparat des bürgerlichen Staates entgegengetreten ist, und daß er die reaktionären Manöver der Gewerkschaften und der KPI demaskiert, sie beide als Agenten entlarvt hat, die immer nur Unterschriften sammeln, um sie respektvoll Irgendeinem Präfekten oder Minister vorzulegen. Der Kampf der Fabriken konnte so auf allen Ebenen der Auseinandersetzung geführt werden. Ein Plakat auf einer Barrikade nannte klar die Bedeutung dieses Kampfes: " WAS WIR WOLLEN IST: ALLES"."

Kurz nach dem 3. Juli tritt die Regierung Rumor zurück und von dem PSI spaltet sich ein rechter Flügel ab, der von nun an als PSU, Partito Socialista Unitario, konsequent eine faschistische Politik mit sozialdemokratischen Parolen führen wird. Es taucht auch wieder die Gefahr eines Staatsstreiches am Horizont auf; das bürgerliche Lager beginnt sich zu spalten, die Rechte beginnt sich zu formieren und ihr repressives Komplott vorzubereiten, das seinen Höhepunkt in den gewaltigen Repressionsmaßnahmen im Dezember 69/Januar 1970 finden soll. Der Plan Agnellis, die Kampfbewegung der Arbeiter durch geschicktes Taktieren mit den Gewerkschaften aufzufangen und die Arbeiter durch eine "zivile" Gewerkschaft zu domestizieren, ist vorläufig gescheitert.

Als die Arbeiter Ende August aus dem Urlaub zurückkommen, setzt die Streikbewegung erneut in voller Stärke ein. Am 27. August beginnen die einzelnen Mannschaften der Halle 32 nacheinander kurze Teilstreiks, aber so, daß immer irgendwo in der Halle die Produktion ausfällt. Zuerst streiken die Schweißer, dann die anderen Mannschaften; anfänglich dauern die Streiks nur eine halbe Stunde, werden an den folgenden Tagen aber immer länger und besser organisiert.

Am 1. September legen erneut die Schweißer der ersten Schicht die Arbeit nieder, dann folgen 5 andere Mannschaften, mit denen man sich diesmal vorher abgesprochen hatte. Nach einiger Zeit bildet sich ein Zug durch die Halle 32, die anderen Arbeiter werden aufgefordert, die Arbeit niederzulegen; binnen kurzem ist die ganze Produktion in Halle 32 lahmgelegt. Auch am darauffolgenden Tag ist die Produktion in Halle 32 vollkommen blockiert, die Streiks beginnen auch auf die Montageabteilungen überzugreifen, die wegen fehlender Fertigteile nicht weiterarbeiten können(12). Am 3. September geht der Kampf in den Montage- und Maschinenabteilungen in voller Stärke weiter (und zwar gerade da, wo er vor den Betriebsferien am schwächsten gewesen war).

Hinsichtlich der Beurteilung des Streiks in der Halle 32 gehen die Interpretationen auseinander. Während die Gewerkschaften den Streik als Protest der Arbeiter über die Nichterfüllung der in dem Tarifvertrag vom 27. Juni enthaltenen Bestimmungen durch die Betriebsleitung deuten (und diese Deutung macht sich die gesamte Presse vom "Corriere della Sera" bis hin zur "Unità" zu eigen)(12), betont Potere Operaio, daß die Arbeiter der Halle 32 deshalb in den Streik getreten seien, um die 2. Lohnstufe sofort für alle zu fordern. Der Forderungskatalog von Potere Operaio und der anderen Avantgarden lautet: 1. Erhöhung des Grundlohns um 150 lire, 2. 2. Lohnstufe sofort für alle (als erster Schritt zur gänzlichen Abschaffung des Lohnstufensystems), 3. sofortige Einführung der 40-Stundenwoche (36 Stunden für Schichtarbeiter), 4. arbeitsrechtliche Gleichstellung mit Angestellten (Urlaub, Sozialsversicherung, Monatslohn usw.) und diese Forderungen werden von den meisten Arbeitern der Halle 32 unterstützt.

---

(12) Hier zeigt sich die besondere Verwundbarkeit der Produktinsorganisation von Fiat-Miraflori, die heute der größte komplexe Produktionszyklus der Welt ist (mit 50.000 Arbeitern). Die gesamte Herstellung der Kraftwagen ist in einem großen Zyklus zusammengefaßt, der die Gießereien, die Maschinen- und Montageabteilungen sowie die großen und mittleren Pressen umfaßt; diese beiden großen Produktionsstränge werden in Montageketten zusammengefaßt, wo die Wagen mit Maschinenteilen versehen, bereift usw. werden. Es genügt deshalb, an bestimmten neuralgischen Punkten (wie z. B. der Halle 32 oder 54) einzusetzen, um das ganze System zu blockieren. Deshalb wird Fiat-Miraflori auch als "grande errore del capitale" (als großer Fehler des Kapitals) bezeichnet: " zu viele Arbeiter auf einem Haufen". Ein Zeichen, daß Agnelli, der Konzernherr von Fiat, dies auch begriffen hat, ist, daß seit der ersten Jahreshälfte von 1970 systematisch bestimmte Abteilungen aus Fiat-Miraflori herausgelöst werden und in andere Fiat-Werke in der Peripherie von Turin verlegt werden.

Die Antwort von Fiat : am 3. September werden in Schüben von ca. 1.000 -2.000 Leuten nach und nach alle Arbeiter der mit der Halle 32 zusammenhängenden Abteilungen, die durch die Streiks der H 32 praktisch die ganze Zeit lahmgelegt waren, insgesamt ca. 40.000 Arbeiter " von der Arbeit suspendiert, freigestellt", mit dem Bewenden , daß sie solange Ausgleichskasse bekommen würden , bis ihre Kollegen von der Halle 32 weiterarbeiten. In den darauffolgenden Tagen werden Demonstrationszüge durch Mirafiori, Betriebsversammlungen und Diskussionen organisiert. Halle 32 streikt bis zum Ende der Woche weiter. Am Samstag, den 7. September wird die Produktion wiederaufgenommen. Am darauffolgenden Montag beginnen die Tarifverhandlungen für die Metallarbeiter, die bürgerliche Presse (und auch die Unità) feiern begeistert die Niederlage der "Extremisten".

Nach zwei von den Gewerkschaften ausgerufenen nationalen Streiks der italienischen Metallarbeiter, am 11. und 25. September (13), bricht Ende September erneut der Kampf in den Hallen 72, 26 und 56 los. Die Arbeiter und Gewerkschaften fordern eine allgemeine Lohnerhöhung um 75 lire (die Genossen von Potere Operaio fordern eine Erhöhung um 150 Lire), sowie die 40-Stundenwoche. In der ersten Oktoberhälfte verschärft sich der Kampf erneut : die Arbeiter organisieren Demonstrationszüge durch die Fabrik, um gegen die in den letzten Wochen erfolgte Beschleunigung des Arbeitstempos zu protestieren; praktisch überall in Mirafiori finden jetzt z.T. spontane, z.T. geplante Teilstreiks statt. Während die Gewerkschaften sich in dieser gespannten Situation gezwungen sehen , dem Druck der Arbeiter nachzugeben, und einen vierstündigen internen Streik für ganz Fiat-Mirafiori vorschlagen, lancieren die Avantgarden das Schlagwort "scioperi articolati", d.h. Teilstreiks, die zu verschiedenen Zeitpunkten in verschiedenen Abteilungen stattfinden sollen und bei denen durch die Arbeitsniederlegung in einer Abteilung zugleich immer mehrere Abteilungen außer Betrieb gesetzt werden. Die Gewerkschaften können nicht umhin, die Forderung der Basis nach "scioperi articolati" aufzugreifen : am 9. Oktober rufen sie vierstündige Teilstreiks für die erste und zweite Schicht aus.

Am 10. Oktober findet der von den drei großen Gewerkschaften ausgerufene 24-stündige Streik der Turiner Metallarbeiter (ca. 300.000 bei Fiat, Lancia, Siemens, Nebiolo usw.) statt.

Bei Fiat-Mirafiori kommt es zu internen Demonstrationszügen. Anschließend verlassen die Arbeiter das Fabrikgelände und ziehen vor das Direktionsgebäude von Fiat, wo es wieder zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Gegen Abend beschließen die Arbeiter , Mirafiori zu besetzen, nachdem die Confindustria (der Dachverband der italienischen Industriellen) eine Aussperrung angedroht hatte.

Anläßlich der Eröffnung des Turiner Automobilsalons kommt es wieder zu internen Streiks und Demonstrationszügen bei Mirafiori. Diesmal greifen die Arbeiter auch Produktionseinrichtungen an, reißen die Wagen von den Fließbändern und demolieren sie. Am 29. Oktober soll dann ein Demonstrationszug zur Automobilausstellung stattfinden, der jedoch auf grund mangelnder organisatorischer Planung nicht durchgeführt werden kann.

Agnelli schlägt nun zurück : ca. 100 Fiatarbeiter werden entlassen, zahlreiche Arbeiter werden angezeigt: man hat einige obskure, während des Faschismus erlassene Strafgesetze aufgestöbert, von deren Existenz kaum jemand wußte, die aber jetzt als Vorwand dazu dienen, die Streiks der Arbeiter zu kriminellen Handlungen zu machen (14). Die Aussperrungen gehen weiter, die Verhaftungen häufen sich.

11. November : Im Werk Fiat-Lingotto nehmen die Arbeiter die Entlassungen und Aussperrungen nicht länger hin; die streikenden Arbeiter versuchen, die Angestellten zur Teilnahme an den Streiks zu bewegen; als diese ablehnen, belagern die Arbeiter die Verwaltungsgebäude. Um 12 Uhr schlagen die Gewerkschaften vor, den Streik zu unterbrechen, die Arbeiter gehen nicht auf diesen Vorschlag ein : wenn die Angestellten Streikbrecher spielen wollen, dann sollen sie auch nicht zum Essen gehen. Die Belagerung der Verwaltungsgebäude geht weiter, bis zum Ende der ersten Schicht, und wird sofort von den Arbeitern der zweiten Schicht weitergeführt. Die Gewerkschaften wollen vermitteln, die Arbeiter aber meinen : die Angestellten bleiben drin bis um 24 Uhr. Da greift die Betriebsleitung zu einem extremen Mittel, sie ruft die Polizei auf das Betriebsgelände; die Arbeiter verbarrikadieren sich hinter den Wagen, können aber nicht verhindern , daß die Streikbrecher unter dem Geleit der

---

(13) Inzwischen verschärft sich der Druck der repressiven Polizeimaßnahmen. Die Polizei greift bewußt diejenigen Genossen heraus, die durch ihre politische Aktivität unter den Arbeitern besonders bekannt sind.

Dabei muß man bedenken, daß eine Festnahme wegen des Verdachts einer strafbaren Handlung wie z.B. Hausfriedensbruch (und es genügt , politische Agitation im Betrieb zu betreiben, um wegen Hausfriedensbruch angezeigt zu werden) nach italienischem Recht dem Untersuchungsrichter das Recht gibt, den Festgenommenen auch vor Anklageerhebung bis zu seinem Prozeß in Haft zu halten.

Auf diese Weise gelingt es der Justiz (vor allem im Dezember 1969 und im Januar 1970) große Teile der politischen Avantgarden in Turin, Mailand, Porto-Marghera etc. auszuschalten, ohne abwarten zu müssen bis ihnen der Prozeß gemacht wird. Im Dezember sind so viele Mitarbeiter der Zeitung Potere Operaio in Haft, daß sie für zwei Monate ihr Erscheinen einstellen muß.

Ende des Jahres wird der Chefredakteur von "Potere Operaio", Francesco Tolin, zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt,(während der Staatsanwalt in dem Prozeß gegen den Herausgeber von "Lotta continua", Bellocchio, eine Verurteilung zu 56 Jahren Gefängnis beantragt hat).

Das Gericht begründet die Verurteilung von Tolin mit der Festellung, daß " er die Arbeiter von ganz Italien zum Aufruhr gegen den Staat und insbesondere die Metallarbeiter von Turin dazu angestiftet hat, die Kraftwagen zu beschädigen" und daß er sich nicht an die herkömmlichen gewerkschaftlichen Formen der Auseinandersetzung mit der Betriebsleitung gehalten habe.

(14) Nach diesen faschistischen Gesetzen ist z.B. jede Handlung strafbar, die "dazu angetan ist, den sozialen Frieden zwischen den Sozialpartnern zu stören."

Gewerkschaften und der Polizei den Betrieb verlassen. Darauf beschließen die Arbeiter: "Sie haben die Angestellten mit Gewalt herausgeholt, wir werden sie mit Gewalt daran hindern, morgen den Betrieb zu betreten". Um sich nicht ganz vor den Arbeitern bloßzustellen, protestieren jetzt auch die Gewerkschaften gegen den Einsatz der Polizei und beschließen einen siebenstündigen Streik sowie einen Demonstrationszug zum Rathaus.

Am 12. November streiken die Arbeiter 8 Stunden und hindern die Angestellten, wie versprochen, daran, den Betrieb zu betreten. Der Zug vor das Rathaus wird wegen der Unentschlossenheit der Gewerkschaften verschoben. Zur gleichen Zeit treten auch die Arbeiter der Montage- und Maschinenabteilungen bei Fiat-Mirafiori in einen achtstündigen Streik, ohne vorherige Ankündigung durch die Gewerkschaften. Auf zwei Betriebsversammlungen bei Mirafiori wird der Beschluß gefaßt, die ausgesperrten Arbeiter wenn nötig auch mit Gewalt wieder inden Betrieb zurückzuholen. Am 14. November findet eine massenhafte Demonstration gegen die Repressionen in Turin statt.

Zur gleichen Zeit werden in ganz Italien Protestzüge gegen den Mietwucher und Hausbesetzungen veranstaltet. Die Studentenbewegung und andere linke Gruppen (Marxisten-Leninisten, Potere Operaio, Lotta Continua) organisieren den Boykott der öffentlichen Verkehrsmittel, da die Fahrpreise gerade in Großstädten wie Mailand und Turin ständig steigen.

Am 14. und 15. November werden weitere 59 Arbeiter bei Fiat angezeigt und "suspendiert", d.h. auf unbefristete Zeit entlassen. Diesmal beschränken sich die Entlassungen nicht mehr auf Mitglieder der "extremistischen" Gruppen, sondern treffen auch 22 Gewerkschaftsmitglieder. Mit dieser massiven Repressalie, die die Gewerkschaften einiger ihrer besten Leute im Betrieb beraubt, sichert sich Agnelli eine bessere Ausgangsposition für die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie. Die Gewerkschaften versuchen über die KPI auf parlamentarischem Wege den Kampf gegen Agnelli aufzunehmen und nicht durch eine direkte Mobilisierung der Arbeiter. Am 18. November wird im Palazzetto dello Sport ein "Tribunal" gegen Fiat und Agnelli veranstaltet, an dem die gesamte linke Prominenz von Turin und ca. 5.000 bis 6.000 Arbeiter teilnehmen, von denen jedoch nur ganz wenige bei Fiat beschäftigt sind. (15) Das Tribunal beginnt mit einem Eklat: Agnelli läßt mitteilen, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden.

Diese Ankündigung ist jedoch ein Täuschungsmanöver, da dieses "Entgegenkommen" Agnellis nur für die zuletzt Entlassenen gilt, nicht aber für die vor dem 14. November Entlassenen. Als einiger der nicht wieder eingestellten Arbeiter das Wort ergreifen wollen, kommt es am Mikrofon zu einer Schlägerei. Daraufhin verlassen die meisten Arbeiter den "Palazzetto".

Am nächsten Tag, den 19. November findet der von den Gewerkschaften ausgerufene Generalstreik für die "Reformen" in ganz Italien statt. In vielen Städten verlaufen die Demonstrationen nicht so "diszipliniert und ordentlich", wie es die Gewerkschaften angekündigt hatten, und verschiedentlich kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Verlauf auch ein Polizist in Mailand getötet wird.

Die Gewerkschaften nehmen die Augenwischerei in der Frage der Entlassungen hin und erklären sich bereit, die Tarifverhandlungen in der privaten Metallindustrie wieder aufzunehmen.

Während der Tarifverhandlungen geht die Streiktätigkeit zurück. Ende November jedoch flackert der Kampf bei Mirafiori noch einmal auf und legt die Produktion für fünf Tage fast ganz lahm.

Am 21. Dezember wird dann nach monatelangen Verhandlungen, nach einem mehr als halbjährigen Kampf der Metallarbeiter und unter tätiger Mithilfe des christdemokratischen Arbeitsministers Donat-Cattin (linker Flügel der DC) der neue 3-Jahres-Tarifvertrag für die Arbeiter der privaten Metallindustrie unterzeichnet: der Vertrag sieht eine Erhöhung des Stundenlohns um 65 Lire vor, sowie die Einführung der 40-Stundenwoche, jedoch nicht sofort, wie gefordert, sondern stufenweise bis Anfang 1972, die Anerkennung der gewerkschaftlichen Arbeiterdelegierten, die Verringerung der maximalen effektiven Arbeitszeit pro Woche (einschließlich Überstunden) von 60 auf 48 Stunden, sowie die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei der Kranken- und Unfallversicherung.

(15) Die Arbeiter von Fiat sind nicht zuletzt deshalb so wenig zahlreich auf dem Tribunal vertreten, weil nur 1% der Fiatarbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, während der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in den anderen Metallbetrieben bei ca. 60-70% liegt.



DIE FRONT

Herausgeber:
Sozialistisches Palästinakomitee
Heidelberg

erhältlich:
Politische Buchhandlung
Jörg Burkhard
Schiffgasse 3
und am Büchertisch an der Mensa

AL DJABHA

DER KAMPF BEI PIRELLI-MAILAND (16)

Früher als in den meisten anderen Betrieben brechen die spontanen massenhaften Lohnkämpfe bei Pirelli los. Schon kurz nach dem Tarifvertrag vom 13. Februar 1968, der weitgehend von der CISL und der UIL ausgehandelt worden war und der wegen seiner geringen Lohnerhöhungen vielen Arbeitern als Verrat erschienen war (17) - in der Tat treten zahlreiche Arbeiter aus der CISL aus - wird die Basisgruppenorganisation CUB (Comitato Unitario di Base) (18) gegründet, die aus ca. 60 der militantesten Arbeiter bei Pirelli besteht

(16) Pirelli ist neben Fiat der größte und technologisch fortschrittlichste "multinationale" Konzern Italiens (er steht an zweiter Stelle der nicht-amerikanischen Firmen auf dem Gummisektor und hat auf dem Gebiet der Kabelherstellung technologisch weit entwickeltere Produktionsmethoden als die amerikanischen Firmen.) Pirelli ist zugleich ein wichtiges Bindeglied zwischen der staatlichen und der Privatindustrie, insofern sie der wichtigste Auftraggeber für die synthetisches Gummi erzeugenden staatlichen Betriebe der AGIP und Hauptlieferant für Fiat (Reifen) und die Post (Kabel) ist. Heute hat der wichtigste Betrieb von Pirelli, Biccocca in Mailand, 11.600 Beschäftigte, von denen ca. 8.000 Arbeiter sind. Im Zusammenhang mit der Modernisierung und Rationalisierung des Betriebes verringerte sich die Anzahl der Beschäftigten von 21.000 zu Anfang der fünfziger Jahre auf etwa 12.000 (Anfang der sechziger Jahre). Der Anteil des alten Stammpersonals bleibt bei Pirelli jedoch höher als bei jedem der anderen großen Konzerne; so erklärt sich auch die Spannung zwischen den "altgedienten" qualifizierten Arbeitern, bei denen die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten sehr hoch ist und die zu einem großen Teil den antifaschistischen Kampf während der "resistenza"mitgemacht hatten, einerseits und den neuen Arbeitern, die in starkem Maße die Politik der Basisgruppenorganisation , CUB unterstützen, andererseits. "Die gewerkschaftlich-politische Führungsgruppe. (die die sogen. Politik des "aziendalismo" verfolgte, die darin bestand , für jedes einzelne Werk, für jeden Betrieb getrennte Betriebstarifverträge abzuschließen) war die geachtete Avantgarde des Kampfes gegen die Betriebsleitung , verlor jedoch zunehmend die Bindung mit den Arbeitermassen, denen sie mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstand. In den Berichten der Kommunisten bei Pirelli von 1950 heißt es, "daß die geringe Mobilisierung der Massen dadurch zu erklären ist, daß das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse Vorrecht weniger, und nicht der Massen ist" ". (Zitat aus "Il Manifesto", n.5/6, Oktober 1969, Valentino Parlato, "Rapporto sulla Pirelli", S.12)
Pirelli wird sehr zu Recht als "Avantgarde der Ausbeutung und der Reaktion" bezeichnet. Seit 1960 war es der Betriebsleitung durch eine sehr geschickte Politik der getrennten Tarifverhandlungen mit den drei Gewerkschaftsorganisationen und getrennter Tarifverträge gelungen, ihre Zielsetzungen konsequent durchzusetzen (z.B. Verlängerung der Tariffristen von 1 Jahr auf zwei Jahre 1960 und auf drei Jahre 1964 bei gleichzeitiger Verpflichtung der Gewerkschaften zur Friedenspflicht in der Zeit zwischen den Tarifverhandlungen.) Die Umstrukturierung des Betriebes in der Zeit nach 1964 schuf die Voraussetzungen für eine stärkere Ausbeutung der Arbeiter : die Anzahl der Angestellten (vor allem in den Planungsabteilungen und in den "uffici tempi") und des Personals zur Kontrolle des Produktionstempos nimmt erheblich zu, in gleichem Maße erhöht sich auch der Leistungsdruck, dem die Arbeiter ausgesetzt sind. Die Betriebsleitung kann es sich fast unwidersprochen erlauben, die Festsetzung der Vorgabezeiten vollkommen außerhalb jeglicher tarifvertraglicher Regelung vorzunehmen : sie wählt einige besonders "tüchtige" Arbeiter aus und ermittelt nach deren Leistungen die durchschnittlichen Vorgabezeiten, die dann auf einer Tabelle festgehalten werden und die niemand außer der Betriebsleitung wirklich kontrollieren kann. Das Ergebnis sind häufige Gesundheitsschäden, die Arbeiter vor allem in den Verpackungsabteilungen müssen infolge der massakrierenden Arbeit schon mit 35-40 Jahren ein Stützkorsett tragen, in der Stanzabteilung haben fast alle Arbeiterinnen Löcher in den Händen, weil es bei dem hohen Arbeitstempo einfach unmöglich ist zu vermeiden, daß die Finger oder die ganze Hand in die Stanzmaschine geraten. Außerdem ist es den Arbeitern selbst bei größten Anstrengungen nicht möglich, den ganzen Leistungszuschlag zu bekommen. Auf diese Weise gelingt es dem Kapital, die durch die Verkürzung der Arbeitszeit bedingte Verringerung des absoluten Mehrwerts durch eine maximale Ausbeutung der Arbeitskraft, durch die Vermeidung jeglichen Stillstandes der Maschinen, d.h. durch die Erhöhung des relativen Mehrwerts zu kompensieren. So sind die meisten Arbeiter gezwungen, auch während der halbstündigen Mittagspause an der Maschine zu bleiben und in aller Hast ihr Vesperbrot zu essen; will ein Arbeiter seine Notdurft verrichten, muß er so lange warten, bis der Vorarbeiter ter ihm einen Ersatzmann schickt, damit die Maschine auf keinen Fall still steht.

(17) Die im vorangegangenen Tarifvertrag von 1964 enthaltene Verringerung des Akkordlohnanteils hatte damals zu einer globalen Lohnminderung von 13.000 - 14.000 Lire pro Monat geführt. Sie wurde durch die im Tarifvertrag vom Februar 1968 vorgesehene Erhöhung um 3-4.000 Lire nur gemildert aber nicht vollkommen ausgeglichen. Abgesehen von unerheblichen Arbeitszeitverkürzungen und Modifikationen der Qualifikationsstruktur blieben zentrale Probleme wie die Frage des Arbeitstempos, des Akkords , der Unfälle und Gesundheitsschäden in diesem Vertrag unberücksichtigt. Die Tarifverhandlungen über die Produktionsprämien wurden auf den Juni 1969 verschoben. Außerdem wurde der Betriebsleitung durch den automatischen Abzug der Gewerkschaftsgebühren der eingeschriebenen Mitglieder vom Lohn ermöglicht, sich einen genauen Überblick über die gewerkschaftliche Struktur des Betriebes zu machen und spätere Repressalien vorzubereiten.

(18) Der CUB gehört zu den ersten Organisationen , in denen Studenten und Arbeiter versuchen eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Die nicht nur bei Pirelli, sondern auch bei Auto-Innocenti bestehenden Basisgruppen ermöglichen es der Mailänder Studentenbewegung , zumindestens deren fortschrittlichsten Elementen, ihre beschränkte korporativistische Perspektive zu überwinden. Die Mitarbeit der Studenten in dem CUB-Pirelli stellt insofern einen gewissen Fortschritt gegenüber den bislang praktizierten Formen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Studenten dar, als die Studenten nicht mehr nur eine vorwiegend technische,

➔

und das in enger Zusammenarbeit mit externen Gruppen, v.a. "Avanguardia Operaia" und Studenten der "Università Cattolica" steht. Anfänglich sind auch Gewerkschaftsfunktionäre im CUB vertreten, aber recht bald kommt es zu schweren Meinungsverschiedenheiten: die Gewerkschaften lehnen die Konzeption des CUB als eines politischen Kampfinstrumentes ab, das die "Selbstregierung" der Arbeiter(autogoverno degli operai) - gegebenenfalls gegen die Gewerkschaften - vorantreiben soll.

Die schwersten Meinungsunterschiede entbrennen an der neuen Theorie des "la lotta continua"(der Kampf geht weiter), die Tarifverhandlungen deshalb für falsch hält, weil damit die Ausbeutung der Arbeiter nicht aufgehoben werde. Es steht außer Frage (und wird heute auch von den Gewerkschaften zugegeben), daß der CUB - unabhängig davon, inwieweit das Konzept der Ablehnung von Tarifverhandlungen von den Arbeitern der Pirelli akzeptiert wurde, - der entscheidende Faktor bei der Radikalisierung der Kämpfe bei Pirelli war. Dabei darf nicht vergessen werden, daß in der chemischen Industrie (und nicht nur bei Pirelli, sondern vorallem auch in Porto Marghera) die Gewerkschaften schon immer hinter der Spontaneität der Arbeiter hinterherhinkten, woraus sich das weitverbreitete Mißtrauen der Chemiearbeiter gegenüber den Gewerkschaften in diesem Sektor erklärt.

Mitte Mai 1968 setzt dann der "lotta dei reparti", der Kampf der einzelnen Abteilungen in voller Stärke ein, und zwar nach dem Grundsatz: "der Kampf muß den Kapitalisten teurer zu stehen kommen als die Arbeiter." Anfangs stellt sich dieser Kampf noch als Boykottmaßnahme einer kleinen Minderheit dar, die versucht, "Sand in das Getriebe zu streuen". Allmählich sehen mehr Arbeiter ein, daß die Methode, in einzelnen Abteilungen das Arbeitstempo ganz zu drosseln und dann wieder kurz hoch schnellen zu lassen, nicht nur Auswirkungen für die jeweilige Abteilung hat, sondern auch den Produktionsablauf in den anderen Abteilungen empfindlich stört und das ganze, nach modernsten arbeitstechnischen Methoden ausgeklügelte System der Arbeitsorganisation durcheinanderbringt. Die Arbeiter begreifen in diesen Monaten vor allem eines: dieser Kampf gegen das Produktionstempo schadet dem Betrieb ungleich mehr, als den Arbeitern selbst, weil von dem Produktionsrückgang nur die Leistungszulage (die ca. 10 % des Gesamtlohns ausmacht) betroffen wird, nicht aber der feste Grundlohn. Hier erweist sich der Sieg des "padrone" bei den Tarifverhandlungen von 1964 über die durch die schwere Konjunkturkrise geschwächte Arbeiterklasse (19) als ein Schnitt ins eigene Fleisch und gibt den Arbeitern ein wichtiges Kampfmittel an die Hand, eben weil der damals ausgehandelte niedrigere Anteil der Produktionsprämie am Lohn es den Arbeitern leichter machte, teilweise oder ganz auf die Produktionsprämie zu verzichten, während gleichzeitig die Produktion zeitweise um mehr als 300% zurückging.

Die Agitation des CUB hebt in dieser Phase des Kampfes besonders auf zwei Momente ab: 1. starke Erhöhung des Grundlohns. 2. Weigerung nach den auf der Akkordlohntabelle festgesetzten Vorgabezeiten zu produzieren, d.h. der Kampf geht in die Richtung auf eine völlige Abschaffung des Akkordlohnanteils. Die CGIL wendet sich scharf gegen dieses Konzept und arbeitete eine eigene Plattform aus aus, deren wichtigster Punkt vor allem die Schaffung eines "gewerkschaftlichen Akkordkommitées" ist, das aus je einem Mitglied der drei Gewerkschaftsorganisationen bestehen soll, (die zudem von der Arbeit frei gestellt sein sollen) und jeweils für größere Abteilungen wie die

→ Anm. 18

quasi Dienstleistungsfunktion wahrnehmen und sich im wesentlichen auf das Verteilen von Flugblättern und die Teilnahme von Streikposten beschränken, sondern in den Basisgruppen als gleichberechtigte Mitglieder mitarbeiten. In der Tat lehnt das CUB den "operaismo" ("den Mythos vom Arbeiter als solchem", die Konzeption des Klassenkampfs, die allen Nichtarbeitern und den Studenten nur eine absolut untergeordnete Rolle im Klassenkampf zugesteht) und die schematische Trennung und Autonomie von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung ab, wie sie z.B. von der KPI vertreten wurde - nicht zuletzt, um zu vermeiden, daß sie von den Studenten in den neu entstehenden Organisationen links überholt würde. Es zeichnet sich schon recht bald innerhalb des CUB eine gewisse Differenzierung der Funktionen der Studenten und Arbeiter ab: " die ersteren verfügen in der Tat über mehr freie Zeit und eine größere Bewegungsfreiheit, und können deshalb besser für organisatorische Effizienz sorgen; die letzteren (d.h. die Arbeiter) wissen besser über die Lage in den Fabriken Bescheid und sind daher eher in der Lage, die jeweilige Situation einzuschätzen und konkrete Vorschläge vorzulegen" (Zitat aus "Linea di massa", n.1, Lotta alla Pirelli", S.2, herausgegeben von Potere Operaio). Was das Verhältnis zwischen CUB und den Gewerkschaften angeht, so versteht sich die Basisgruppenorganisation nicht als organisatorische Alternative zu den Gewerkschaften und sieht von einer theoretischen Analyse der Funktion des richtigen gewerkschaftlichen Kampfes ab, beschränkt sich vielmehr darauf, die objektiv im Interesse des Kapitals stehende Arbeit der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen zu kritisieren. Ausgehend von dieser Kritk entwikkelt sie das Konzept des sogen. "Kampfstreiks" als einer "unmittelbar auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Betriebes gerichteten" Kampfform und als "Ausdruck des Kampfwillens der Arbeiter" und des "Produktionsstreiks", der auf die Verminderung der Produktion und des Arbeitstempos abzielt und nicht direkt in Tarifverträge einmünden soll.

(19) Dieser Sieg bestand darin, daß der Zusammenhang zwischen Akkord und Lohnhöhe bzw. zwischen Akkord und Produktionsprämie aufgelöst wurde und ein Teil des variablen Teils des Lohnes, d.h. die Produktionsprämie, in den Grundlohn integriert wurde. Dies bedeutete einen erheblichen Lohnverlust für die Arbeiter und man schätzt, daß jeder Arbeiter durch diesen Trick von 1964 bis 1968 ca. DM 3.500.- verloren hat. Dieser Vertrag brachte noch einen weiteren Nachteil, insofern die Zeitspanne, um von einer Lohnstufe in die nächst höhere aufzusteigen, verdoppelt wurde.

Reifenabteilung und die Kabelproduktion eingesetzt werden sollen. Diese Akkordkommitées sollen in Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung eine "mittlere Arbeitsleistung" ermitteln nach der dann die Akkordlohntabellen berechnet werden. Das CUB wendet zurecht gegen diese Komitees ein, daß sie höchstens dazu dienen können, ganz flagrante Verletzungen des tarifvertraglich geregelten Arbeitstempos zu verhindern, aber keinen effektiven Einfluß auf das Produktionstempo haben.

Ein weiterer Punkt in dem Forderungskatalog des CUB ist der entschiedene Kampf gegen die "nocività", d.h. gegen die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Arbeit, die einerseits durch die wegen des hohen Arbeitstempos bedingten Gefahren und durch giftige Abgase und hohe Luftfeuchtigkeit in bestimmten Abteilungen andererseits verursacht werden.

Diese Kämpfe vermitteln den Arbeitern eine sehr wichtige Erkenntnis, nämlich daß sie trotz des ungemein komplizierten Systems der Arbeitsbemessung, das immer als Argument gegen die Möglichkeit einer Kontrolle der Arbeiter über die Produktion ins Feld geführt worden war, sehr wohl in der Lage sind, die Vorgabezeiten selbst zu bestimmen, und zwar so, daß ein geregelter Produktionsablauf gewährleistet ist, nur bei einem erheblich geringeren Produktionsrhythmus. Im September 1968 sehen sich die Gewerkschaften angesichts des massiven Drucks der Arbeiter gezwungen, ihrerseits zu Kampfmaßnahmen aufzurufen: Es werden zweistündige Streiks in einzelnen Abteilungen durchgeführt ("Scioperi articolati"). Es kommt dabei auch zu Konflikten zwischen den Gewerkschaftsorganisationen selbst, da die CISL und die UIL diese Abteilungsstreiks als illegal ablehnen, während die CGIL die Streiks nur dann ausruft, "wenn wenigstens 80 % der Arbeiter einverstanden sind." Die Streiks erfassen im Laufe des Septembers immer mehr Abteilungen, und Mitte September streiken schon 20 von 40 Abteilungen. In dieser Situation fordert das CUB den Generalstreik, die Gewerkschaften sind dagegen, weil ihrer Meinung nach die Arbeiter noch nicht "reif für eine solche Kraftprobe" seien. Am 1. Oktober 1968 beschließt die Betriebsleitung, in einer Abteilung das Arbeitstempo radikal zu beschleunigen; die Arbeiter der betroffenen Abteilung reagieren prompt und legen die Arbeit nieder; die Betriebsleitung antwortet mit einer Aussperrung in fünf Abteilungen, die alle von dem Streik in der einen Abteilung betroffen sind. Am Tag darauf wird der Generalstreik beschlossen, dem immer ausgedehntere Teilstreiks folgen. Dieser Generalstreik ist von äußerster Wichtigkeit für die Arbeiter bei Pirelli, weil er seit 10 Jahren die erste große, erfolgreich von den Arbeitern bestandene Kraftprobe ist.

Am 22. Oktober findet ein weiterer 24-stündiger Streik statt; angesichts der zunehmenden Teilstreiks und der ständigen Produktionsbeschränkungen, deren Ausmaß jeweils in den vom CUB bestimmten Abteilungsversammlungen von den Arbeitern selbst beschlossen wird, entschließt sich Pirelli am 2. Dezember 1968 zu einem extremen Gegenschlag: er droht all denen, die die Produktion verlangsamen mit einem Abzug des Lohnes für drei Arbeitsstunden; während die Gewerkschaftsleute zum Rathaus pilgern, um gegen diese Maßnahme zu protestieren, beschließen die Arbeiter vonsich aus, die Produktion um 300 % zu reduzieren, Pirelli antwortet mit der Aussperrung. In dieser Situation der extremen Spannung kommt die Nachricht vom Mord an zwei Tagelöhnern in Avola anläßlich einer Protestkundgebung. Ein Demonstrationszug zieht vor das Pirellihochhaus und es kommt zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, die Gewerkschaften versuchen abzuwiegeln und einige Gewerkschaftsvertreter werden von den erbosten Arbeiter verprügelt. Am 12. Dezember 1968 wird dann der neue Tarifvertrag unterzeichnet. Der Vertrag sieht die Einsetzung der von den Gewerkschaften geforderten Akkordkomitées und die Erhöhung des Akkordlohnanteiles um 32 Lire sowie eine einmalige Vergütung von 50.000 Lire für den Lohnausfall für alle Arbeiter der Pirelli vor. Das CUB übt heftige Kritik an diesem Vertrag und weist mit Recht darauf hin, daß nur diejenigen in den vollen Genuß der Erhöhung um 32 Lire kommen, die den geforderten Leistungsdurchschnitt erreichen, und das sind nur die wenigsten.- trotz der Akkordkomitées. Bei diesem Vertrag zeigt sich schon, was die ganze weitere Entwicklung der Streiks (auch in Porto Margera und bei Fiat) kennzeichnen sollte: während die konkrete Agitation vorwiegend von den spontanen Gruppen (CUB und später "Lotta Continua" bzw. "Potere Operaio") vorangetrieben wurde, übernimmt die Gewerkschaft in der letzten Phase vor dem Tarifvertragsabschluß wieder die Initiative, nachdem sie sich einige Forderungen der Basis zueigen gemacht hatte, und setzt ihre Vorstellungen durch, häufig gegen den Widerstand dieser Gruppen.

Die Arbeiter honorieren den Gewerkschaften ihren Erfolg dadurch, daß sie in Massen den Gewerkschaften beitreten. Nach dem Dezember 1968 sind bei der CGIL 1000 Neueinschreibungen und etwa 400 bei der CISL zu verzeichnen. Das CUB verliert in dieser Phase des Kampfes eindeutig an Boden, erstens weil es ihm nicht gelingt seine enge, nur auf den Betrieb beschränkte Perspektive zu überwinden, zweitens weil er noch nicht in der Lage ist, eine praktikable organisatorische Alternative anzubieten, die über die abstrakte Ablehnung des Delegationsprinzips und der Tarifverträge hinauskäme. Im März 1969 versucht die Betriebsleitung, gemäß der Taktik, möglichst eine Häufung von Lohnkämpfen zu vermeiden, und die Verhandlungen über die verschiedenen Punkte über einen möglichst langen Zeitraum zu verteilen, die erst im Herbst 1969 fällig werdenden Tarifverhandlungen der chemischen Industrie vorwegzunehmen und legt ein Paket von Vorschlägen vor, das sich auf den ersten Blick sehr gut ausnimmt: es beinhaltet Arbeitszeitverkürzungen, die Einführung der Fünftagewoche, Neueinstellungen von Arbeitern sowie die Möglichkeiten der Halbtagsarbeit für Frauen und Studenten. Nach anfänglichem Schwanken entschließt sich jedoch die Gewerkschaft (vor allem die CGIL)-auch unter dem Druck des CUB - einen Streik auszurufen, nachdem auf Grund einer genauen Analyse deutlich geworden war, was das "Paket" eigentlich bezweckte, nämlich eine noch bessere Auslastung der Produktionskapazitäten, Ausschaltung allen Leerlaufs, kein Stillstand der Maschinen mehr; daher auch der Vorschlag, einen rotierenden freien Tag einzuschalten, um so auch Samstags nachts arbeiten zu lassen. Die Gewerkschaften vermögen durch diesen Linksruck ihre Position bei den Arbeitern für eine gewisse Zeit zu festigen;

doch der ständige Kampf des CUB gegen die Qualifikationsstufen (deren Unsinnigkeit den Arbeitern während ihres auch nach dem Tarifvertrag von 1968 anhaltenden Kampfes gegen das Arbeitstempo deutlich geworden war) und die Unfähigkeit der Gewerkschaften, die ständig wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter für die Durchsetzung konkreter Ziele und Forderungen auszunützen, ihre Angst, den Konflikt mit der Betriebsleitung vor Ablauf des Tarifvertrags über die Produktionsprämie zuzuspitzen, verschieben erneut das Kräfteverhältnis zu Gunsten der spontanen Gruppen. Diese Situation erreicht (ähnlich wie auch bei Fiat) ihren Höhepunkt unmittelbar vor den Betriebsferien im August 1969.

Nach den Betriebsferien gelingt es jedoch den Gewerkschaften, erneut das Ruder in die Hand zu nehmen. Die bevorstehenden Tarifverhandlungen zwingen sie dazu, ihre Hinhaltetaktik aufzugeben und einige recht massive Forderungen zu artikulieren und den Abteilungsstreik sowie vereinzelte "wilde Streikmaßnahmen" zu unterstützen, wenngleich sie in den vorangegangenen Monaten gerade harte Kritik an den Basisgruppen geübt hatten, die solche Kampfmaßnahmen durchgeführt hatten. Die Gewerkschaften unterstützen auch die Kampfmaßnahmen, die auf eine Produktionsbeschränkung abzielen, wenngleich mit einer gewissen Zurückhaltung, denn die Gewerkschaften gedachten die Auseinandersetzung mit Pirelli auch und gerade auf der Ebene des Akkordlohnsystems zu führen, das natürlich durch diese Streikformen an Wert verliert. Die von den Gewerkschaften vorgelegte Plattform sieht im wesentlichen vor: Erhöhung der Produktionsprämie um 15.000 Lire für alle und Wiedereinführung der 1964 aufgehobenen Koppelung von Produktionsprämie und Produktivität. Außerdem Einführung der sog. Abteilungskomitées (comitato di reparto), dessen Aufgabe vor allem in der Kontrolle über die Vorgabezeiten und das Arbeitstempo besteht, sowie das Versammlungsrecht innerhalb des Betriebs auch für betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre. Der Konflikt zwischen dem CUB und den Gewerkschaften spitzt sich zu. Die Gewerkschaften, die lange nicht gewagt hatten, das CUB offen anzugreifen, attakieren in verschiedenen Flugblättern, die Versuche des CUB, die politische Dimension der Lohnkämpfe herauszustellen. Das CUB gerät in eine schwere Krise, es kommt sogar zu einer Spaltung innerhalb des CUB, das einige seiner Mitglieder an die CGIL verliert(20).

Mitte September erreicht der Kampf einen neuen Höhepunkt: Pirelli bezeichnet die Forderung nach Erhöhung der Produktionsprämie als unvereinbar mit den Regelungen des nationalen Tarifvertrags vom Februar 1968 und des Betriebsabkommens vom Dezember 1968, da diese Verträge eine Erhöhung der Produktionsprämie um höchstens 1.000 Lire vorsähen; die Arbeiter verstehen dies als Provokation und als versteckte Drohung der Aussperrung und verringern die Produktion um die Hälfte. Pirelli antwortet mit einer weiteren Provokation: am 15. September werden gerade in der Abteilung, in der am härtesten gekämpft wurde, in der Reifenabteilung, 7.000 in Griechenland, Spanien und Portugal hergestellte Reifendecken abgeladen, um auf diese Weise den Streik zu brechen. Antwort der Arbeiter: sofortiger, totaler Produktionsstopp. Innerhalb weniger Minuten liegt der gesamte Betrieb lahm. Es bilden sich Demonstrationszüge, die durch das Betriebsgelände ziehen, um die anderen Abteilungen zu informieren. Nach einigen vergeblichen Versuchen der Gewerkschaften, die Lage wieder in die Hand zu bekommen, beschließen die Arbeiter, "mit extremer Gewalt zurückzuschlagen": sie werfen die Autos der leitenden Angestellten um, verursachen Zusammenstöße der Testautos und zünden die ausländischen Reifen an; dies ist ihre Antwort auf diese neue Methode des "padrone", ihren Streik zu brechen. Am 16. September findet eine permanente Versammlung vor den Fabriktoren statt, an der auch viele Arbeiter anderer Mailänder Betriebe teilnehmen. Am 17. September findet ein großer, von den Gewerkschaften organisierter Demonstrationszug von der Fabrik in die Stadt statt. Als die Gewerkschaftsvertreter den Zug zum Rathaus lenken wollen und nicht vor das Pirelli-Hochhaus, verlassen die meisten Arbeiter aus Protest gegen die Demonstrationsführung den Zug. Die Gewerkschaftsfunktionäre kommen fast allein vor dem Rathaus an, wo sie ihren "ordentlichen und gemäßigten Protest" vortragen.

Am 23. September versucht die Leitung erneut den Trick mit griechischen und türkischen Reifen. Angesichts der harten Reaktion der Arbeiter (Demolierung der Kantine der Angestellten, Zusammenstöße der Testautos usw.) beschließt die Betriebsleitung die Aussperrung in den zwei wichtigsten und größten Abteilungen, in der Kabel- und Reifenproduktion. Mehr als 10.000 Arbeiter sind von dieser Aussperrung betroffen.

Das Ziel dieser Aussperrung ist vor allem, die Avantgarde des Kampfes bei Pirelli und in ganz Mailand zu isolieren. Diese Absicht wird zum Teil erreicht, nur in wenigen Fabriken Mailands finden Solidaritätsaktionen statt. In dieser Situation der extremen Spannung und Mobilisierung bei Pirelli versuchen die Gewerkschaften einen weicheren Kurs einzuschlagen. Sie heben dabei vor allem auf die Wahl der Abteilungskomitées ab; so gelingt es ihnen, langsam auch in den Abteilungen Fuß zu fassen, die, ohne sich an gewerkschaftliche Direktiven zu halten, bislang spontane Streiks durchgeführt hatten. Der Vorschlag des CUB, auf die Aussperrung mit einer Fabrikbesetzung zu antworten, kann nicht realisiert werden. Das Konzept der Gewerkschaften hingegen, die Situation durch die Wahl der Abteilungskomitées zu pazifizieren, geht auf.

Im Verlaufe des Oktober zeigt sich immer mehr, daß die Abteilungskomitées ihre Funktion als Kontrollinstanzen der Gewerkschaft über die Arbeiter bestens erfüllen. Die Betriebsleitung honoriert den Gewerkschaften ihre Bemühungen um das Wohlverhalten der Arbeiter, mit einem Betriebsabkommen, das am 7. November abgeschlossen wird, und das eine Erhöhung der Produktionsprämie vorsieht. Während die Abteilungsstreiks weitergehen, wird am 14. November ein weiteres Betriebsabkommen mit den Gewerkschaften unterzeichnet, das die Einsetzung der Abteilungsdelegierten vorsieht.

(20) Diese Krise trifft nicht allein das CUB, sondern auch die anderen Basisgruppen, die zu ausschließlich um die Stärkung ihrer Position innerhalb der Fabrik bemüht waren und die sich aufdrängende Notwendigkeit der Organisation des "sozialen Kampfes" (Kampf um bessere Wohnverhältnisse, besseres Verkehrssystem) und die Koordination der Fabrikkämpfe in Mailand auf städtischer Ebene vernachlässigten.

Am 7. Dezember 1969 wird der nationale Tarifvertrag der chemischen Industrie unterzeichnet, der Lohnerhöhungen um ca. 60 Lire pro Stunde, die Einführung der 40-Stunden-Woche bis Anfang 1972 und eine Angleichung von Arbeitern und Angestellten in der Sozialversicherung bringt.

PORTO MARGHERA

Der Konzern Montecatini-Edison, kurz Montedison, der Ende 1967 aus einer Fusion der Betriebe SADE-Montecatini, Edison S. Marco und Montecatini hervorgeht, gehört, neben Fiat und Pirelli zu den technologisch-fortschrittlichsten und größten Betrieben Italiens und ist mit 40.000 Beschäftigten der größte chemische Betrieb Italiens nach Pirelli. Die beiden größten Werke der Montedison in Portomarghera sind die "Petrolchimica" und die "Chatillon" (Kunstfaserherstellung), die auch die wichtigsten Zentren der Lohnkämpfe in Portomarghera sind.

Im Juni 1968 beginnt (nach einigen z.T. sehr heftigen, spontanen Abteilungsstreiks seit Mitte 1967, die durch die Umstrukturierung der Betriebe und die damit verbundene Erhöhung des Leistungsdrucks verursacht werden) der Kampf in der Montedison. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung der Produktionsprämie um 5.000Lire für alle. Diese vor allem von den Gruppen um "Potere Operaio" artikulierte Forderung geht nicht von den Gewerkschaften aus, sondern wird direkt von der Basis der Petrolchimica erhoben, und dann von der Arbeiter der anderen Werke des Konzerns aufgegriffen. Die Gewerkschaften nehmen diese Forderung nur zögernd auf. In dieser Situation wird die Betriebsversammlung zu einem entscheidenden Instrument des Kampfes der Arbeiter.

Am 21. Juni findet der erste in einer langen Reihe von Streiks statt. Auf der Betriebsversammlung vom 27. Juni wird beschlossen, alternierende Streiks an jedem zweiten Tag durchzuführen; die Betriebsleitung droht daraufhin mit Aussperrung, die Arbeiter mit der Besetzung der Fabrik.

Die Gewerkschaften halten sich jedoch nicht an die auf der Betriebsversammlung vom 27. Juni getroffene Entscheidung, alternierende Streiks durchzuführen, und erklärt diesen Beschluß für nichtig. Daraufhin kommt es innerhalb der CGIL selbst zu schweren Auseinandersetzungen und schließlich gelingt es dem linken Flügel, sich durchzusetzen: am 12. Juli akzeptiert die CGIL die Kontrolle und Leitung der Streiks durch die Betriebsversammlung.

Für den 18. Juli wird ein Demonstrationszug geplant, der in Venedig stattfinden soll; die Arbeiter fahren jedoch nicht wie von den Gewerkschaften vorgesehen mit Bussen in die Stadt, sondern ziehen zu Fuß zum "Cavalcavia", dem Damm, der Portomarghera und Mestre mit Venedig verbindet. Der Demonstrationszug blockiert den Verkehr von und nach Venedig vollkommen. Dann fahren die Arbeiter in den Bussen nach Venedig weiter, wo sie das Redaktionsgebäude der reaktionären venezianischen Zeitung "il Gazzettino" stürmen. Am 25. Juli stürzen Arbeiter und Studenten die Wagen von Streikbrechern um. Am 29. Juli verhandeln Gewerkschaften und Betriebsleitung über die sogen. "indispensabili"(21): die Anzahl der vom Streik freigestellten Arbeiter wird zwar verringert, aber die Arbeiter beschließen, auch die "indispensabili" nicht in den Betrieb zu lassen. Als dann am 31. Juli die "indispensabili" von den Streikposten aufgehalten werden, greift die Petrolchimica zur Aussperrung. Sofort bildet sich ein Demonstrationszug von 4.000 Arbeitern; die Arbeiter der anderen Betriebe der Montedison legen die Arbeit nieder und schließen sich dem Zug an. 10.000 Arbeiter blockiern zum 2. Mal innerhalb kurzer Zeit den gesamten Verkehr nach Venedig. Kurz darauf kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und 800 Arbeitern im Bahnhof von Mestre, wo die Arbeiter ein "sit-in" auf den Schienen veranstalten.

Am darauffolgenden Tag, dem 2. August 1968 dehnt sich der Streik auf alle chemischen Betriebe von Portomarghera aus. Zur gleichen Zeit beginnen die Tarifverhandlungen in Rom. Am 3. August wird die Aussperrung bei der Petrolchimica beendet und schon am 4. August wird der neue Tarifvertag ununterzeichnet. Obwohl die Erhöhung des Akkordlohnanteils um 5% weit unter den Forderungen der Arbeiter liegt, wird der Vertrag von der Betriebsversammlung angenommen. Als kleine Zugabe zum Vertrag werden 106 Arbeiter und Studenten von der Betriebsleitung angezeigt.

Die Bilanz dieser Kämpfe, wie sie im "Manifesto" vom Juni 1969 gezogen wird (22), ist korrekt, wenn es heißt: "Die Entwicklung der Bewegung weist viele spontane Elemente auf, der Druck und die Initiative der Massen entwickelt sich weitgehend autonom, geht nie vom Nullpunkt aus und führt zur Bildung neuer Organisationsformen (z.B. der Betriebsversammlung). Die Gewerkschaft vermag oft diese Initiativen aufzugreifen und zu intensiviern, aber die Kluft zwischen der Reife der "neuen Arbeiterklasse" einerseits und den politischen und gewerkschaftlichen Methoden, Strategien und Inhalten (bei allen gebotenen Differenzierungen) auf der anderen Seite vertieft sich.

Hier setzen vor allem die "externen Gruppen" (Potere Operaio") ein. Einige von ihnen entfalten ihre Tätigkeit in Situationen, die die Gewerkschaften vollkommen vernachlässigen. Der Einfluß dieser Gruppen reicht jedoch nicht zur Bildung eines wirklichen Massenaufstandes gegen die Ausbeutung und gegen die Ideologie und politischen Konzepte aus, die die Ausbeutung als "objektives Faktum" rechtfertigen".

Die neuen Avantgarden erkennen jedoch auch, daß die Betriebsversammlung als organisatorisches Moment nicht aus-

(21) Die "indispensabili" sind jene Arbeiter, die während der Streiks dafür zu sorgen haben, daß die Maschinen der Anlagen mit kontinuierlichem Produktionszyklus" durch den Produktionsstop nicht beschädigt werden. Die Betriebsleitung versucht durch die Festsetzung einer möglichst hohen Anzahl von "indispensabili" zu erreichen, daß ein minimaler Produktionsablauf gewährleistet wird und so die Auswirkungen der Streiks gemildert werden.

(22) Nico Luciano, "Portomarghera", in "Il Manifesto", n.2/3 Juni/Juli 1969, S.26

(23) In diesem Betrieb werden Hungerlöhne von 52.000 bis 58.000 Lire gezahlt; für 165 Personen ist eine Toilette vorhanden, Duschen fehlen ganz, und das in einem Zementwerk.

(24) Die Lohnzonen sehen eine niedrigere Entlohnung der Arbeiter vor, die in bestimmten "zone depresse", wirtschaftlich schwächeren und rückständigen Gebieten, wie z.B. dem Süden, Sardinien und auch dem Veneto beschäftigt sind.

reicht und beschließen die Gründung eines "Arbeiterkomitees" (Comitato Operaio), das die Arbeit der verschiedenen Abteilungen und Betriebe der Montedison koordinieren soll.
Im Herbst tritt eine gewisse Beruhigung ein, nur in den Zementwerken SCAC von Portomarghera (23) findet im Herbst ein längerer Streik statt; nach achttägigen Streiks wird die Fabrik für 21 Tage besetzt. Die CGIL beschließt daraufhin einen Generalstreik in Portomarghera für den 16. Oktober 1968; die CISL und UIL lehnen den Generalstreik ab. Der Streik wird kaum von den Arbeitern befolgt und muß als Niederlage der CGIL gewertet werden.

Im Februar 1969 finden die nationalen Streiks gegen die "Lohnzonen" und für höhere Renten statt. In der Frage der Lohnzonen kommt es zwischen den Gewerkschaften und der "Intersind" (der Dachorganisation der Betriebe mit staatlicher Beteiligung) zum Abschluß eines Vertrages, der die stufenweise Aufhebung der Lohnzonen bis Anfang 1971 vorsieht (24). Dieser Vertrag hat eine wichtige Funktion bei den Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Kampfbewegung.
Im Frühjahr 1969 nimmt die Streiktätigkeit langsam wieder zu. Vor allem bei der Chatillon erheben die Arbeiter eine Reihe von Forderungen, wie z.B. die Einführung der 36-Stundenwoche, die der allgemeinen Entwicklung in der italienischen chemischen Industrie weit voraus sind.
Am 29. Mai 1969, ein Tag bevor die Arbeiter der militantesten Abteilung der Chatillon, der AT 8, unabhängig von den Gewerkschaften in den Ausstand treten wollen, konzidiert die Betriebsleitung dieser Abteilung freiwillig die 36-Stundenwoche und Lohnerhöhungen von 7.000 bis 15-000 Lire. Und all dies ohne eine Stunde Streik vorher. Die Betriebsleitung weiß sehr wohl, warum sie sich zu diesem Schritt entschließt: hätte sie es auf einen Streik der AT 8 ankommen lassen, dann wäre der Streik im ganzen Betrieb losgebrochen und die Forderung nach der 36-Stundenwoche wäre für den ganzen Betrieb gestellt worden.
Anfang Juni werden einige Mitglieder des CO (Comitato Operaio) aus dem Betriebsrat der Chatillon und der CGIL ausgeschlossen. Dies führt zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen dem CO und den Gewerkschaften. In dieser Phase erkennt das CO durchaus die organisatorischen Mängel seiner Organisation: "Die Perspektive konnte sicher nicht die direkte Leitung der Kämpfe sein...sondern vielmehr... der Versuch, die Arbeiterorganisationen weiterzuentwickeln. Es hatte durchaus eine Periode gegeben - einschließlich des ersten Teils der Tarifkämpfe - in der wir die direkte Leitung und Kontrolle der Kämpfe hätten übernehmen können. Aber in dieser Richtung arbeiten, hätte die Gefahr einer Isolierung vergrößert, die Gefahr, den Kontakt mit der allgemeinen Klassenlage, mit den Gewerkschaften, der Partei und dem Staat zu verlieren."(25)
Am 16. Juli sollte eine von langer Hand vorbereitete Betriebsversammlung bei der Petrolchimica stattfinden; als das CO merkt, daß jedoch nur ein paar Arbeiter teilnehmen wollen, verschiebt es die Versammlung. Die Gewerkschaften werten dies als einen Sieg der "politischen Verantwortung" der Arbeiterund als Niederlage des CO. Am 22. Juli wird nach dem Scheitern des für den 16. Juli geplanten autonomen Streiks ein Arbeiter entlassen. Als Antwort darauf legen am 25. Juli auf Initiative des CO etwa 2.000 Arbeiter spontan die Arbeit nieder. Daraufhin ziehen die Gewerkschaften nach und fordern ihrerseits die Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters. Dieser Streik vom 25. Juli ist zugleich der Auftakt zu den Tarifverhandlungen für die chemische Indsutrie.
Die vom CO für diese Tarifverhandlungen vorgelegte Plattform enthält folgende Forderungen: Lohnerhöhungen von 1.000 Lire pro Tag, unabhängig von der Produktivität; Mindestlohn 120.000 Lire, 40-Stundenwoche sofort (für Schichtarbeiter 36 Stunden); Angleichung von Angestellten und Arbeitern; Reduktion des Arbeitstempos und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage (im Gegensatz zu den Metallarbeitergewerkschaften) die von der Basis geforderte Vereinheitlichung der Löhne als gewerkschaftliche Forderung zu artikulieren (26) und fordern differenzierte Lohnerhöhungen sowie die Abschaffung der beiden niedrigsten Lohngruppen.
"Die Diskussion um die tarifvertragliche Plattform, die militante Kritik der Arbeiter der Chatillon und ihre bislang von den Gewerkschaften zurückgewiesene Forderung nach einer Vereinheitlichung der Kämpfe sind ein Anzeichen für die Bildung einer politisch-gewerkschaftlichen Autonomie, die durch eine Reihe von Fakten bestätigt wird... Es handelt sich um eine Reihe von Gegensätzen und Konflikten zwischen der Basis und den Gewerkschaften, die fast immer mit einem Nachgeben der Gewerkschaften enden, und dies ist ein Zeichen dafür, daß wir es nicht mit einem subalternen Proletariat zu tun haben, sondern mit der Herausbildung einer autonomen Fähigkeit zur Leitung der Kämpfe."(27)
In den Betriebsratswahlen vom August 1969 verliert die CGIL mehr als tausend Stimmen. Das CO versucht durchzusetzen, daß am Tag des Beginns der Tarifverhandlungen der Metallarbeiter ein Streik bei der Petrolchimica organisiert wird. Den Gewerkschaften gelingt es, diesen Solidaritätsstreik zu verhindern.
Am 16. September ist der erste nationale Streik der Chemiearbeiter: wieder sind es die "indispensabili", die - wie schon im Vorjahr - einen Konflikt zwischen der Gewerkschaft und der Basis auslösen. Die Gewerkschaft bzw. der Betriebsrat geht auf die Forderung des Betriebs nach 128 "indispensabili" ein, die Arbeiter protestieren heftig, einige Gewerkschaftsvertreter treten aus dem Betriebsrat aus, aber sie bleiben vorläufig eine Minderheit. Währenddessen versucht der Betriebsrat der Chatillon, der einige Fabrikeingänge mit der Petrolchimica gemeinsam hat, Gegenstreikposten zu organisieren, um zu verhindern, daß auch die Arbeiter der Chatillon streiken. Das Mißtrauen der Arbeiter gegenüber den Gewerkschaften nimmt zu.

(25) aus "Lotte operaie e il problema dell'organizzazione. Luglio 1968 - Febbraio 1970", hg. vom Comitato Operaio di Portomarghera, Mailand 1970

(26) Die Metallarbeitergewerkschaften hatten ursprünglich auch differenzierte Lohnerhöhungen gefordert, dann aber unter dem Druck des Basis die Forderung nach einer Erhöhung des Stundenlohns um 75 Lire für alle, bzw. 15.000 Lire für die Angestellten - was auf das Gleiche hinauskam - unterstützt.

(27) aus "Il Manifesto", n. 5/6 Oktober, November 1969, S. 16

Auf einer Provinzialversammlung der Gewerkschaften der chemischen Industrie vom 23. September in Venedig wird die bislang von den Gewerkschaften verfolgte Linie heftig attackiert; die Gefahr, daß die Arbeiter von Portomarghera auch weiterhin ihre Streiks unabhängig von den Gewerkschaften organisieren, zwingt die Gewerkschaftsführer zu einem Kurswechsel. Die bisher von ihnen vertretenen Forderungen werden zwar nicht angetastet, aber es wird beschlossen, zu härteren Kampfformen überzugehen.

Für das CO stellt stellt sich nun das unmittelbare Problem der Vereinheitlichung der Kämpfe bei der Petrolchimica und der Chatillon (wo der Betriebsrat zwar die Forderungen des CO unterstützte, aber versuchte, den Kampf um jeden Preis auf den Betrieb beschränkt zu halten und eine Vereinheitlichung der Lohnforderungen zu verhindern). Aber angesichts des zunehmenden Drucks der Arbeiter sehen sich die Gewerkschaften gezwungen, einen alternierenden Streik am 23. und 25. September auszurufen; auf einer Betriebsversammlung der Chatillon wird beschlossen, eine gemeinsame Vollversammlung der beiden Betriebe einzuberufen, die aber von den Gewerkschaften vereitelt wird, die es nun auf eine Kraftprobe mit dem CO ankommen lassen wollen. In der Versammlung vom 25. September bei der Petrolchimica wird von den Arbeitern mit eindeutiger Mehrheit , die Fortsetzung der alternierenden Streiks beschlossen; Die Gewerkschaften, die dagegen für harmlose Teilstreiks sind, versuchen eine Gegenversammlung zu organisieren; daraufhin bilden die Arbeiter ihrerseits eine Versammlung vor den Fabriktoren, auf der der Beschluß der alternierenden Streiks bestätigt wird.

Am 27. September zerschlagen die Gewerkschaftler die Streikposten des CO und schicken die Arbeiter in die Fabrik. Am 29. September stellen sie auf einer Versammlung vor den Fabriktoren ihre Plattform zur Abstimmung; nur eine Minderheit ist dafür. Spontan bildet sich aus dieser Versammlung ein Zug von etwa 1.000 Arbeitern der Petrolchimica, der zu einem anderen Betrieb der Montedison, der "Fertilizzanti" zieht, deren Arbeiter sich dem Zug anschließen.

Immer wieder versuchen die Arbeiter der Petrolchimica gemeinsame Aktionen, gemeinsame Demonstrationszüge mit den Arbeitern der anderen Betriebe von Portomarghera durchzuführen, doch irgendwie gelingt es den Gewerkschaften immer, solche Aktionen zu vereiteln.

Die Gewerkschaften übernehmen langsam wieder die Kontrolle über die Lage. Die Arbeiter der Petrolchimica begreifen, daß die von ihnen vertretene radikale Plattform von den Arbeitern der lokalen und der anderen Chemiebetriebe in Italien nicht übernommen wird, daß sie praktisch isoliert sind. Dies führt dazu , daß sie den Gewerkschaften wieder in starkem Maße die Kampfführung überlassen. Der Kampf der Basis zielt nun darauf ab, die von den Gewerkschaften kontrollierten Abteilungsdelegierten für ihre Kampfziele zu instrumentalisieren. Die Reaktion des CO auf die Einführung der Delegierten ist zwiespältig : auf der einen Seite kritisiert es sie als Instrument der "Pazifizierungspolitik der Gewerkschaften" , deren Funktion darin bestehe, eine mit den Erfordernissen des auch von den Gewerkschaften unterstützten Wirtschaftsplans der Regierung vereinbare gewerkschaftliche Strategie durchzusetzen. Auf der anderen Seite sieht das CO ein, daß die Abteilungsdelegierten eine wichtige Rolle im Kampf gegen den "padrone" und vor allem bei Rückzugsgefechten spielen können.

Am 8. Oktober findet ein weiterer nationaler Streik der Chemiearbeiter statt, die Teilnahme der Arbeiter ist nur gering; auf Demonstrationen kommt es erneut zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Genossen von Potere Operaio und dem "Ordnungsdienst" der Gewerkschaften. Am 10. Oktober geben die Gewerkschaften auf einer Betriebsversammlung der Petrolchimica während eines vierstündigen Streiks zu verstehen, daß sie von nun an für harte Kampfmaßnahmen sind; am 16. Oktober setzen die streikenden Arbeiter der Maschinenabteilung der Petrolchimica durch, daß alle übrigen Abteilungen bestreikt werden sollen.

In allen Betrieben der Montedison wird nun ständig gestreikt: wichtigstes Kampfmittel sind die "scioperi articolati", Teilstreiks in einzelnen Abteilungen und Schichten, die bei einer nur geringen Zahl von Streikenden dem Betrieb einen maximalen Schaden zufügen.

Am 10. November versuchen die Arbeiter der Chatillon erneut einen gemeinsamen Demonstrationszug mit den Arbeitern der Petrolchimica zu organisieren. Wieder schafft es die Gewerkschaft , die Vereinigung der Arbeiter auf der Ebene von fortschrittlichen, nicht auf die jeweiligen Betriebe beschränkten Zielen zu verhindern. Bei diesen Zielen handelt es sich um Forderungen, die nicht unmittelbar die Kämpfe in den Fabriken betreffen, wie die Forderung nach Aufhebung der Mieten, kostenlosen Kantinen, unentgeltlichen öffentlichen Verkehrsmitteln etc. Die Funktion solcher Ziele besteht darin, den Kampf in der Fabrik auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen, die gemeinsamen Interessen der Proletarier aufzuzeigen. "Im Zusammenhang mit diesen Zielen der Weigerung , die Miete zu zahlen, oder das Fahrgeld für die öffentlichen Verkehrsmittel, können bestimmte Momente der Koordinierung des Kampfes zwischen den einzelnen Fabriken (gemeinsame Versammlungen über alle angehende Probleme), zwischen der Arbeiterklasse und tendentiell proletarischen Massen hergestellt werden, um so den Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die ganze kapitalistische Gesellschaft zu vereinheitlichen und voranzutreiben. "(28)

Die Gewerkschaften unterstützen in dieser Frage eindeutig die Politik der KPI, die betont, daß diese Probleme viel besser und wirkungsvoller nach dem Abschluß der großen Tarifverträge auf institutioneller und parlamentarischer Ebene in Angriff genommen werden können.

Der von den Delegierten der Chatillon verschiedentlich unternommene Versuch , die eigene Plattform (die weitgehend mit der vom CO erarbeiteten identisch ist) auch in anderen Betrieben durchzusetzen, wird Ende November erneut lanciert; es finden eine Reihe von gemeinsamen Besprechungen zwischen den Delegierten der Chatillon und den Betriebsräten der anderen chemischen Betriebe und Textilbetriebe in Portomarghera statt. Die Betriebsräte der anderen Fabriken, lehnen die Forderungen der Delegierten der Chatillon als undurchführbar und unrealistisch ab.

(28) Aus "Lotta operaia e il problema dell'organizzazione" a.a.O., S. 51

Die Arbeiter der Chatillon beschließen nun allein weiterzukämpfen ; der "padrone" verhängt zur Warnung die Ausgleichskasse über 300 Arbeiter. Dann, nachdem der Kampf in von Form von "scioperi articolati" und Schachbrettstreiks weitergeht, beschließt er Mitte Dezember die Aussperrung, die zwei Wochen andauert. Nach langwierigen Verhandlungen und nach Vermittlungsaktionen des Arbeitsministers Donat Cattin wird die Aussperrung aufgehoben und ein Betriebsabkommen abgeschlossen : Erhöhung der Produktionsprämie um 30 Lire pro Stunde, Erhöhung der Krankheitszulage für die Arbeiter (die die Gewerkschaften als "halbe Angleichung" an die Angestellten ausgeben) und eine einmalige Entschädigung für die Lohnverluste während der Aussperrung.

DER AUSGANG DER TARIFVERHANDLUNGEN UND DAS PROBLEM DER ARBEITERDELEGIERTEN

Der Abschluß der Tarifverträge im November-Dezember 1969, dem eine in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung einmalige Konzentration von Lohnkämpfen vorangegangen war, die ca. 5 Mio Lohnabhängige (davon ca. 3 Mio Industriearbeiter) erfaßten, führte zu einer Reihe von Lohnverbesserungen und institutionellen Neuerungen, die im wesentlichen ähnliche Ergebnisse für die verschiedenen Berufsgruppen (abgesehen von den landwirtschaftlichen Tagelöhnern und den Bauarbeitern) brachten (29).

Wichtigste Elemente dieser Tarifverträge sind:

1. Die Einführung der 40-Stundenwoche bis Ende 1971, Anfang 1972. Es muß als partielle Niederlage der Gewerkschaften angesehen werden, daß es ihnen nicht gelungen ist, die von der Basis geforderte s o f o r t i g e Einführung der 40-Stundenwoche durchzusetzen. Dies wiegt insofern besonders schwer, als die Betriebe nun die Möglichkeit haben, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit als Druckmittel gegen die Arbeiter im Falle von weitergehenden Lohnforderungen einzusetzen.(So wurde die Arbeitszeit bei Fiat im Sommer 1970 nicht nur nicht verringert, sondern erhöht).
2. Erhöhung der Stundenlöhne um ca. 65 Lire (30)
3. Eine weitgehende Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten in Fragen der Unfall- und Sozialversicherung.
4. Die Anerkennung des Versammlungsrechts innerhalb des Betriebes.
5. Die Einführung des Instituts des Abteilungsdelegierten in ca. 50 Betrieben der Metall- und Textilindustrie und der chemischen Industrie.

Das Problem der Arbeiterdelegierten taucht zum ersten Mal bei Fiat auf, als Agnelli 1967/68 in einigen Abteilungen die Teilautomation einführt; die neuen Maschinen ermöglichen es der Betriebsleitung, die Vorgabezeiten und den Produktionsrhythmus nach Belieben zu modifizieren und die letzten Elemente der traditionellen Qualifikations- und Berufsstruktur aufzuheben. Sie erhöhen die Austauschbarkeit der Arbeiter in beträchtlichem Maße : für die Arbeiter stellt sich unter diesen Umständen das Problem, wie man dem damit verbundenen verstärkten Leistungsdruck begegnen soll. In dieser Situation wählen die Arbeiter die ersten Delegierten, "delegati di squadra" (,d.h. Delegierte , die für je eine Mannschaft verantwortlich sind), die den Arbeitern unmittelbar verantwortlich sind und jederzeit abgewählt werden können und die den Kampf der Arbeiter gegen den Leistungsdruck und für eine Produktionsverlangsamung organisieren sollen (31)

(29) Insgesamt werden ca. 50 Tarifverträge abgeschlossen. Die wichtigsten Gruppen sind : 1,5 Mio Tagelöhner (deren Tarifvertrag im Dezember in aller Eile von den Gewerkschaften abgeschlossen wurde und nur unerhebliche Lohnverbesserungen brachte, ohne die schweren sozialen Probleme der "braccianti," wie die vollkommen unzureichende Sozialversicherung und die Frage des Arbeitsschutzes auch nur annähernd zu lösen), 1,3 Mio Metallarbeiter, 900.000 Bauarbeiter, 200.000 Chemiearbeiter, 110,000 Bankangestellte.

Das wesentliche der Lohnkämpfe im Herbst 1969 ist nicht so sehr die absolute Erhöhung der Streikstunden (Jan-Aug. 1969 94 Mio Streikstunden gegen 35 Mio im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, und ca. 200 Mio Streikstunden von Jan- Dez. 1969) und der Rückgang der absoluten Produktionsziffern im Vergleich zum Vorjahr (bei der chem. Industrie um 11,3%, bei der Metallindustrie um 6,1%), sondern die erheblich gesteigerte Effektivität der Streikformen im Verhältnis zum Produktionsrückgang. Entscheidend hierfür ist vor allem die Durchführung der "scioperi articolati" und der Schachbrettstreiks etc., die bei geringer Zahl von Streikstunden und bei geringen Lohnverlusten in den bestreikten Betrieben zu erheblichen Produktionsrückgängen führten.

(30) Während die Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Metall- und chemischen Industrie im allgemeinen für alle Lohnstufen gleich sind (ca. 65 Lire), variieren sie bei den Bauarbeitern erheblich je nach Lohnstufe. Dieses Faktum spiegelt das geringe Niveau des gewerkschaftlichen Kampfes in dieser Branche wider : während die Gewerkschaften in der chemischen und Metallindustrie durch den Druck der Basis gleiche Lohnerhöhungen für alle fordern, fehlt dieser Kampf um die Vereinheitlichung der Lohnerhöhungen bei den Bauarbeitern fast ganz. Das Gleiche zeigte sich auch bei dem Abschluß des Tarifvertrages für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, bei denen die Lohnerhöhungen je nach Lohnstufe von 20 bis 190 Lire variierten.

(31)Potere Operaio übt eine differenzierte Kritik an diesem Kampf der "autolimitazione della produzione", der Selbstbeschränkung der Produktion, der zu Anfang der Lohnkämpfe 1968 eine wichtige agitatorische Funktion hatte, aber immerhin einen Lohnverlust von ca. 10.000 bis 15.000 wegen des Ausfalls der Leistungszulage für die beteiligten Arbeiter bedeutete. Dieser Konzeption der Produktionsbeschränkung stellt Potere Operaio den Kampf des "gatto selvaggio"(etwa Heckenschützenkampf), den nicht kontrollierbaren, autonomen Streik entgegen, der von einigen wenigen Arbeitern an einem bestimmten neuralgischen Punkt der Produktion für ein paar Stunden organisiert wird und dann von einer anderen Gruppe aufgenommen wird, und der die Produktion des gesamten Produktionszyklus lahmlegt : der Vorteil dieser Streikform liegt darin, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiter Lohnverluste für eine kurze Zeit hat, der Produktionsausfall aber genau so groß ist wie bei der "autolimitazione della produzione".

In dem Maße, wie nun die Nachteile dieser Strategie der Produktionsbeschränkung deutlich werden, verändert sich auch der strategische und politische Stellenwert der "delegati". Die Gewerkschaften erkennen sehr bald, daß der "delegato" ein sehr nützliches Instrument des gewerkschaftlichen Kampfes sein kann : sie formulieren das Konzept des "delegato die reparto", des Abteilungsdelegierten bzw. des "delegato di linea" (etwa Fließbanddelegierter) : die Aufgaben dieser Delegierten besteht vor allem darin, über die Einhaltung der Produktionsrhythmen und der Vorgabezeiten zu wachen;andere Funktionen können sein : Kontrolle der Akkordsätze und des ausgezahlten Lohns, Verbesserung des Arbeitsmilieus etc. In sehr vielen Fällen übernehmen die Delegierten auch Funktionen , die traditionell von den Gewerkschaften und den Betriebsräten wahrgenommen werden, vor allem bei Tarifverhandlungen auf betrieblicher Ebene; die Gewerkschaften erblicken hierin sowohl eine Chance wie eine Gefahr: in Situationen, wo die Stellung der Gewerkschaften sehr geschwächt ist (z.B. bei Fiat , wo sie kaum vertreten sind (32)) können die Delegierten dazu dienen, eine neue gewerkschaftliche Organisation aufzubauen; auf der anderen Seite besteht jedoch die Gefahr, daß die Delegierten sich gegen die Gewerkschafts - politik wenden und sich zu Kampfinstrumenten der Basis entwickeln, die weitgehend von der Gewerkschaft unabhängig sind . Um dieser Gefahr zu begegnen, betreiben die Gewerkschaften mit allen Mitteln eine Institutionalisierung der Arbeiterdelegierten, die möglichst in tarifvertraglichen Vereinbarungen mit den Betrieben abgesichert werden soll. An einer solchen Lösung sind auch die Betriebe selbst nicht uninteressiert (z.B. Fiat), da durchaus ein gemeinsames Interesse von Gewerkschaften und Kapitalisten besteht, die Kämpfe in bestimmten Grenzen zu halten.

Die Kontrolle der Gewerkschaften über die Abteilungsdelegierten wird vor allem dadurch gewährleistet, daß diese von den drei Gewerkschaftsorganisationen (auf Provinzialebene) ernannt werden müssen. Hier setzt besonders die Kritik von "Potere Operaio" und "Lotta continua"an, die zu Recht monieren, daß durch diesen Wahlmodus zwei grundlegende Prinzipien verletzt werden : 1. die ständige Abberufbarkeit 2. die Wahl der Delegierten nach den Präferenzen der Arbeiter und nicht nach einem bestimmten Proporzschlüssel der Gewerkschaften. (33)

Die Stellung der Gewerkschaften zu den Delegierten ist nicht einheitlich : die CISL und die UIL sind selbstverständlich an paritätischen Wahlen für die Delegierten interessiert, aus der nicht unberechtigten Furcht, bei der Wahl der Delegiertenins Hintertreffen zu geraten. Dadurch wird natürlich auch das Verhalten der CGIL zu den Delegierten bestimmt, die es sich nicht mit der CISL und UIL verderben kann, wenn sie ihre Strategie der einheitlichen Gewerkschaftspolitik nicht preisgeben will. In der Tat ist der rechte Flügel der CGIL für eine Instrumentalisierung der Delegierten für ihre gewerkschaftlichen Ziele, während der linke Flügel für eine größere Autonomie der Delegierten ist. Ganz im Einklang mit dieser widersprüchlichen Einstellung steht auch die Bereitschaft der FIOM, die Wahl der "delegati di squadra" (bei Fiat z.B.) zu unterstützen, die eine geringere Anzahl von Arbeitern vertreten und sehr viel konkreter an den Lohnkämpfen teilgenommen haben und nicht der unmittelbaren Kontrolle der Gewerkschaften unterworfen sind (und die auch nicht von den Betrieben anerkannt werden). Die Arbeit der "delegati di squadra e di linea" wird bei Fiat in einem "Consiglio dei delegati", einem "Rat der Delegierten" koordiniert.(34)

Bei diesem Delegiertenrat ist eine ziemliche Fluktuation festzustellen. Vor allem nach den letzten Lohnkämpfen im Mai 1970 bei Fiat sind viele Delegierte aus dem "Rat" ausgetreten. Auf der anderen Seite müssen die Genossen von Potere Operaio zugeben, daß ohne eine übergreifende Organisation (die immer noch fehlt) die Arbeit und Agitation der militanten Delegierten (wie sich in den Streiks der Halle 54 im Mai 1970 zeigte) eine Vereinheitlichung der Kämpfe und Forderungen unmöglich ist.

Im Augenblick erscheint es ziemlich schwierig und wohl vielleicht ein wenig verfrüht , ein endgültiges Urteil über die Arbeit des "Consiglio dei delegati" bei Fiat zu fällen. Die bisherige Praxis dieses Rats scheint jedoch zu be-

---

(32) Es ist bezeichnend , daß in Betrieben mit langer gewerkschaftlicher Tradition, z.B. in den Metallbetrieben in Mailand, die Delegierten kaum Fuß fassen konnten.

(33) Der Wahlmodus der Delegierten kann sehr verschieden sein: In einigen Betrieben werden sie einfach durch die Provinzialorgane der 3 Gewerkschaften ernannt (Indesit, Ignis-Sud), ohne eine Kontrolle von unten; oder auf Grund einer Einheitsliste von den Arbeitern gewählt (Singer, Marzotto, Italsider) bzw. auf Grund von Listen, die nach Gewerkschaften differenziert sind (Tessili Biellesi). In anderen Fällen sind die Delegierten einfach Mitglieder des Betriebsrats (Commissione Interna), die abgestellt werden, um bestimmte Kontrollfunktionen wahrzunehmen; in anderen Fällen schließlich kann das Akkordkomitee bei bestimmten Kontroversen über die Akkorde einen der betroffenen Arbeiter zum Delegierten ernennen."Auch wenn die Arbeiter direkt an der Wahl der Delegierten beteiligt sind, sind die dabei verwendeten Formeln zumindestens zweideutig, verworren : in einzelnen Fällen ist einerseits von direkter Wahl die Rede, aber gleichzeitig von Ernennung durch die Gewerkschaften, dergestalt, daß die 3 Gewerkschaften je eine Kandidatenliste vorbereiten, aus der dann nach einem bestimmten Proporzschlüssel, also nicht einheitlich, die Namen der zu wählenden Kandidaten ermittelt werden. Im Grunde handelt es sich immer um einen Kompromiß, der auf den Druck einer wenig gewerkschaftlich organisierten Basis hin mit der Betriebsleitung ausgehandelt wird. Diese kann zwar die Forderung nach den Delegierten nicht zurückweisen, sie kann jedoch versuchen, sie an Verfahrensfragen festzunageln, um zu erreichen, daß der Delegierte nicht mehr direkter Ausdruck des Willens des Basis ist, d.h. daß er die Stärke und Autonomie verliert, die ihn vor allem gefährlich machen." (Zitat aus Luciana Castellina, "Il movimento dei delegati", "Il Manifesto", n.1, Jan.1970, S.21)

(34) Diesem "Consiglio" gehörten anfänglich nur 30% Gewerkschaftsmitglieder an, deren Anteil im Laufe des letzten Jahres jedoch auf 70% angestiegen ist. Zur Kritik von Potere Operaio am Delegiertenrat vgl. folgendes Zitat aus einem Arbeitspapier der Turiner Gruppe von Potere Operaio : "Der De-

➔

stätigen, daß er nicht in der Lage ist, die autonomen Initiativen der Basis aufzugreifen und zu artikulieren, wie z.B. die Forderung nach der 2.Lohnstufe für alle; auf der anderen Seite bestätigen auch die anderen Erfahrungen mit den Delegierten (z.B. in der Textilindustrie (35)), daß deren Arbeit fast immer auf die Wahrnehmung partieller, oft auch korporativistischer Interessen beschränkt war und am Fehlen von übergreifenden Organisationen der Avantgarden in den Betrieben scheitern mußte.
Es scheint auf jeden Fall ein wenig Erfolg versprechender Ausweg aus diesem Dilemma zu sein, wenn das "Manifesto" (das theoretische Organ einer Gruppe von ehemaligen KPI-Mitgliedern, die Ende 1969 wegen ihres linksabweichenden Kurses aus der Partei ausgeschlossen wurden, und die vor allem die Thematik der Räte, ausgehend von der italienischen Rätebewegung von 1919/20, in den Mittelpunkt ihrer theoretischen Arbeit stellen), die Bewegung der Arbeiterdelegierten als Alternative zur Politik der KPI und ihrer Gewerkschaft hinstellt. Angesichts des augenblicklichen Stands der Delegiertenbewegung muß der Anspruch des "Manifesto", aufbauend auf den "ersten Ansätzen einer Rätebewegung" (wie es die Bewegung der Delegierten einschätzt) zu einer Überwindung der revisionistischen Politik der KPI und der Gewerkschaften zu gelangen, als unrealistisch erscheinen.
Bei seiner Einschätzung der Delegiertenbewegung als einem Ansatz zu einer Rätebewegung geht das "Manifesto" von einer zu undifferenzierten Beurteilung der verschiedenen Formen der "delegati" aus und übersieht, daß die meisten der Ende 1969 gewählten 300.000 Delegierten entweder nur ganz partielle Kontrollfunktionen (wie z.B. Überprüfung der Richtigkeit der Akkordtabellen) wahrzunehmen haben, die eigentlich in die Kompetenz der Betriebsräte fallen oder aber dem Betriebsrat unterstellt sind bzw. bloße Ausführungsorgane der gewerkschaftlichen Politik (und zwar nicht nur der CGIL, sondern auch der UIL und der CISL) sind.
Die einzig mögliche Perspektive, um zu einer korrekten Beurteilung der Delegierten zu gelangen, ergibt sich aus der Frage, inwieweit sie in der Lage sind, das hohe Niveau der Arbeitskämpfe des letzten Jahres und die vorhandenen Ansätze zu einer Vereinheitlichung der Kämpfe über die einzelnen Betriebe und Sektoren hinaus voranzutreiben. Legt man dieses Kriterium zu Grunde, muß man zu dem Schluß gelangen, daß in den meisten Betrieben die von den dort anerkannten Delegierten gemachte Politik diesen Erfordernissen nicht genügt. Dies zeigte sich ganz deutlich bei Fiat, wo der "Consiglio" gerade nicht die Forderung der Basis nach der 2.Lohnstufe im Rahmen des Kampfes um die Vereinheitlichung des Lohniveaus (wie sie z.B. in der Karosserieabteilung vertreten wurde) unterstützte.

Im Verlauf der Streikbewegung hat sich eine Reihe von Kadern soweit geschult, daß sie Funktionen der Leitung und Planung von Streiks und der Agitation wahrnehmen konnten, die vorher von externen Vertretern von "Potere Operaio" und "Lotta continua" ausgeübt wurden. Dies blieb nicht ohne Einfluß auf die Delegiertenbewegung; während auf der einen Seite ein Teil der Delegierten nur als Transmissionsriemen der Politik der Gewerkschaften im Betrieb fungiert, versuchen gerade die militantesten Delegierten ihre Kritik an der von den Gewerkschaften vertretenen Politik in konkrete Forderungen umzusetzen, ohne jedoch ein alternatives organisatorisches Konzept entwickeln zu können. Tatsächlich kommt es im Augenblick nicht auf die bloße numerische Stärke der Delegierten, sondern vielmehr auf die Durchsetzung einer politischen Linie in dieser Delegiertenbewegung an.

K.F.Hauber u. U.Herrmann

---

* **

legiertenrat hingegen funktionierte nicht als Instanz der Koordinierung der verschiedenen Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Die Genossen, die den Kampf in der Karosserieabteilung führten (Frühjahr 1970), wußten sehr wohl, daß der Kampf der Karosserieabteilung nicht ausreichte, und es ist ihnen auch gelungen, den Kampf auf ganz Mirafiori auszudehnen; aber sie wußten auch, daß Mirafiori nicht ausreichte, und daß ein paar Delegierte zu wenig waren, um eine feste, organisatorische Verbindung zwischen den "Karosserien" und den Montageabteilungen herzustellen. Der Kampf hätte also auf die Abteilungen außerhalb "Mirafiori" ausgedehnt werden müssen... theoretisch hätte der Delegiertenrat diese Aufgabe übernehmen sollen. Er hat es aber nicht getan. Viele Delegierten, auch in der Karosserieabteilung, führten nicht die Kämpfe der Arbeiter an, sondern folgten passiv der Linie der Gewerkschaften; und auch die militantesten Delegierten waren nicht in der Lage, die Bevormundung des "Consiglio" durch die Gewerkschaftsbosse zu durchbrechen.."
(35) vgl. Ninetta Zandigiacomi, "Delegati: verifica alla Marzotto", aus "I 1 Manifesto", Feb.1970, S.16/17